ANDREAS WISCHNER
FRINZREGENTENSTR. 46
D-1000 BERLIN 31

Zeitung für Selbstverwaltung

D 8008 E | Vertrieb: Krebsmühle-Druckerei, Niedernhaler Str. 7, 6370 Oberursel 5 | Nr. 13 / Jahrgang 2 | Oktober '85 | 3.0

Knete gibts....

...und zwar gleich mehrfach, wenn Ihr die Termine für die Antragsstellung beachtet:

- für Lohnkosten im Forschungs- und Entwicklungsbereich, zum Teil noch rückwirkend. Die Höhe des Zuschusses kann bis zu 55 % der Lohnkosten betragen. Näheres auf Seite 15
- für hessische Betriebe und Projekte gleich zweifach: nämlich der Hessenknete Topf und ein hessisches Förderprogramm für den ländlichen Raum.

Die Termine zur Antragsstellung sind zum Teil noch im Oktober!

Näheres auf Seite 2

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Intro...

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe vollzieht sich eine Wende innerhalb der CONTRASTE. Nein, keine politische, es ändert sich unser Verhältnis zur Kultur. CONTRASTE war bisher doch fast ausschließlich eine Wirtschaftszeitung, es ging um Geld, Macht, Ökobank, Organisationsfragen... . Ab dieser Ausgabe schlägt die Kulturredaktion zu. Konkret: Eckhard vom Club Voltaire in Tübingen wird in den nächsten Ausgaben regelmäßig eine Kultur-Rubrik redigieren.

Das Echo auf unsere Aktion BUNTE SEITEN war bisher sehr mäßig. Deswegen haben wir beschlossen, den Redaktionsschluß noch einmal weiter nach hinten zu schieben, und hoffen nun, daß die Selbstverwalter/innen ihre Trägheit überwinden und diese Aktion unterstützen.

Dagegen ist die CONTRASTE-Aktion zur Hebung unseres Finanzspiegels gut angelaufen (siehe Kasten). Wenn das so weitergeht, wird CONTRASTE doch noch weiterbestehen. Wer die Aktion noch nicht kennt, und helfen will, unseren Finanzlochhorror zu beseitigen, dem sei ein Blick auf unseren Kasten unten links und auf Seite 16 empfohlen

Von Knete, Kohle, Patte, Zaster und anderen Geldobzönitäten

Alternative Finanzierungskonzepte. Bestandsaufnahme, Modelle, Konflikte, Perspektiven.

Tagung vom 21. bis 23. November 1985 in Berlin. Wer immer noch nicht genug hat, von den Finanzdiskussionen, sollte sich diesen Termin merken. Es werden alle da sein, die in der etablierten Finanzwelt Rang und in der alternativen Namen haben. Mehr dazu auf der STATTwerke-Seite Seite 11

FREIES RADIO NUR IM DREYECKLAND?

Aus Freiburg tönt es in die BRD: **Das aktivste freie Radioprogramm der Republik – von Radio Dreyeckland. Der Radiofrühling im April, als RDL fünf Tage lang mit großer Resonanz öffentlich und illegal sendete, wurde durch die Herren des Morgengrauens jäh unterbrochen. Auch die Sommersendewoche im Juli stand unter ständiger Bedrohung durch die Polizei. Nichtsdestotrotz: die Sendepause ist vorbei, jetzt melden sich die Frequenzbesetzer zurück. Sie haben einiges zu sagen zur Medienentwicklung im Ländle und in der BRD. Aber auch die medienpolitische Tatenlosigkeit der Linken wird beleuchtet. Dies und die neuen Pläne des Radio Dreyeckland auf den Seiten 8 und 9.**

Wettrennen zwischen SPD und GRÜNEN?

Selbstverwaltung wird zur Zeit großgeschrieben bei den Sozialdemokraten. Der Arbeitskreis Genossenschaftswesen beim SPD-Vorstand arbeitete sich durch Tonnen von Material und hat sich mit der Herausgabe einer Broschüre zum Thema „Genossenschaftswesen und Selbstverwaltungswirtschaft" öffentlichkeitswirksam in Szene gesetzt. Damit überflügeln die SPD-Aktivitäten eindeutig die Anstrengungen der GRÜNEN, die sich doch als die eigentliche Vertretung der Selbstverwaltungsbewegung verstehen. Die GRÜNEN werden alle Mühe haben, sich gegen die linken SPD-Reformer abzuheben.

Eine erste Reaktion aus grünen Kreisen stellt der Artikel von Michael Raetsch dar. Er zeigt auf, wie die Aktivitäten der großen Partei zu bewerten sind und welche konkrete Forderungen die GRÜNEN den doch allgemeinen Aussagen der SPD entgegenstellen könnten .... Seite 3

Böse Zeitgenossen sagen der SPD nach, daß sie mit der Selbstverwaltungseuphorie letztlich nur auf neue Wählerpotentiale zielt, vergleichbar mit der Bildungsreformeuphorie in den Spätsechzigern. Die SPD sei in Wirklichkeit der Wolf im Schafspelz, ohne wirkliches Interesse an der Idee. Matthias Neuling beschäftigt sich mit der Antwort auf einen früheren Artikel mit den Hintergründen des neuen SPD-Engagements. Will die SPD wirklich nur lernen? Seite 4

Zu einer eher ablehnenden Haltung zu den Umarmungsversuchen der SPD kommt Uwe Mädger in seinem Beitrag über Genossenschaftsgründungen. Er beschreibt die Schwierigkeiten, die sich gerade für kleine Betriebe aus der Anerkennungspraxis ergeben. Seite 4

Eine Zeitung werden ist nicht schwer - Zeitung sein dagegen sehr

...unter diesem Titel veröffentlichten wir in unserer letzten Ausgabe u.a. einen Kreditaufruf für CONTRASTE, der uns ermöglichen soll, CONTRASTE auch weiterhin zu produzieren.

Aktueller Stand der Krediteingänge bis zum letzten Produktionstag (6.10.85): 7.200 DM

Dieser überraschende Anfangserfolg unserer CONTRASTE-Aktion hat uns doch einigen Auftrieb gegeben. Die finanzielle Lage scheint sich nun etwas zu entspannen, und die Schnelligkeit mit der die ersten Gelder eingingen, ließen uns doch von dem Engagement und der Verbundenheit der CONTRASTE-Leser spüren. Also schlagen wir uns nicht umsonst die Nächte um die Ohren, also lohnt sich der monatliche Aufwand.

Nichts desto trotz müssen wir noch mehr Leser bitten, an der finanziellen Gesundung unserer Zeitung mitzuwirken.

Für jeden geworbenen Abonnenten gibt es ein Werbegeschenk. Geschenkliste und Abo-Werbeabschnitt auf Seite 16.

Natürlich gibt es für all diejenigen, die CONTRASTE mit einem Darlehen unterstützen, diese Zeitung für die Laufzeit des Darlehens umsonst.

Details hierzu in unserem Aufruf auf Seite 16

Sind Frauen bessere Menschen?

Frankfurt **Nach der Machtübernahme der Frauen bei den Grünen ist es nun auch im Ökobank-Verein soweit. die Frauen haben das Steuer ergriffen.**

Noch am Vorabend der Mitgliederversammlung war der Bundesvorstand (bisher ein reiner Männerclub) nicht in der Lage, sich - gemäß seines Auftrags - auf ein Konzept zu einigen. mit dem die Regionalisierung voranzutreiben wäre.

Die Mitgliederversammlung versprach, noch turbulenter zu werden, als sie es sowieso dann wurde.

Nun, die Frauen, 23 aus verschiedenen Regionen, trafen sich auch an diesem Freitagabend und einigten sich schnell darauf, aktiv in die Mitgliederversammlung einzugreifen und aus den vorliegenden Modellen einen praktikablen Kompromißvorschlag zu entwickeln. Alle vorhandenen Differenzen, die die Situation der Frauen im Verein oder im allgemeinen betreffen, wurden hintenan gestellt. Und siehe da, die Mitgliederversammlung verabschiedete doch tatsächlich alle Vorschläge dieser Frauengruppe.

Fortsetzung auf Seite 12

In dieser Ausgabe:

Alternativer Betrieb von Amis eingekauft!
Es gibt Krach beim Blätterwald, der „Umweltschutz-Papiergenosssenschaft. Die inneren, hart geführten Auseinandersetzungen drehen sich um eine Agentur des Hauptstaates des westlichen Imperialismus, genauer gesagt, um das Konsulat der USA in Frankfurt. Dasselbe will nämlich Computerumweltschutzpapier bei Blätterwald bestellen, ein Auftrag von etlichen tausen DM. Soll man nun das Geld nehmen oder versuchen, die „reine"Linie zu befolgen. Was ist überhaupt die „reine" Linie? Stimmen aus der internen Diskussion und Kundenmeinungen auf **Seite 2**

Zukunft der Alternativen Ökonomie
Nach dieser Geschichte voll aus dem Leben, wenden wir uns der Theorie zu. Diese, so graue Substanz wird hier von Rolf Schwendter dargestellt, in einer Rede anläßlich der Ökobank-Tagung in Achberg. Ihm geht es um die Tendenz des Kapitalismus, den Umweltschutz in sein Lieferprogramm zu integrieren, ja daraus sogar neue Wachstumsimpulse zu erhalten.... **Seite 6,7**

Schenken Sie uns reinen Wein ein, Herr Pieroth!
Mit der Ökologie des Menschen hatte das Glykol im Wein wohl wenig zu tun. Auf einem kleinen Umweg kommt der „größte Lebensmittelskandal" doch noch auf die Seiten von CONTRASTE. Wir bringen nämlich ein Interview mit einem Verwandten des Oberweinpanschers Pieroth. Dieser andere Pieroth heißt mit Vornamen Elmar und ist zufällig Wirtschaftssenator in Berlin. Unsere Reporter befragten ihn über seine Gedanken zur Selbstverwaltung, Staatsknete und Vernetzung.... **Seite10**

Konkurrenz belebt die Inhalte – auch im Sozialbereich
Auch im Sozialbereich regt sich was. Ist es Widerstand? In Hamburg gründete sich der erste alternative Wohlfahrtsverband. Was Wohlfahrtsverbände sind und wo sie in das soziale Netz eingreifen, beschreibt Anette Schröhr auf **Seite 14**

Alternativer Betrieb von Amis eingekauft!

So oder so ähnlich würde sicherlich die BILD-Zeitung über unser seit Wochen heißestes Diskussionsthema, das nun schon mehrmals auf dem wöchentlich stattfindenden blätterwald-Plenum besprochen wurde, berichten.

Was ist passiert ?

Das amerikanische Konsulat mit Sitz in Frankfurt braucht Computer-Papier. Im dortigen Einkauf arbeitet ein engagierter Mensch, der zum einen daran interessiert ist, aus ökologischen Gründen selbiges aus Umweltschutzpapier zu bestellen und zum anderen, uns als Selbstverwalteten Betrieb und politisches Projekt zu unterstützen, indem er uns als Lieferant das Geschäft machen läßt. Bei den bisherigen Einkaufspreisen der Amis wäre unsere Gewinnspanne von mehreren 1.000 DM nicht schlecht. Doch, so einfach ist das alles nicht: Zwar sind wir als Selbstverwalteter Betrieb mit viel zu geringer Kapitaldecke und permaneneten Finanzproblemen auf jedes günstige Geschäft mit Umweltschutzpapier angewiesen, aber mit Amerikanern, deren Armee Vietnam bombadiert hat, die eine permanente Bedrohung für Nicaragua libre darstellt, ...

Im folgenden einige Auszüge aus unserer Diskussion:

G: *Das Konsulat ist der verlängerte Arm der Reagan-Administration und der 7. Armee. Wer weiß, was die mit unserem Computer-Papier alles anstellen. Wenn wir die beliefern, machen wir uns mitschuldig.*
N: *Ich finde das inkonsequent: auf der einen Seite gegen Reagans Nicaragua-Politik demonstrieren und auf der anderen Seite die dadurch zu unterstützen, daß wir sie mit unseren Produkten beliefern!*
M: *Das ist doch zu kurz gegriffen. Wir beliefern doch nicht die Army, sondern nur ein Konsulat. Die werden dadrauf wahrscheinlich nur Visaanträge und sonstigen harmlosen Kram drucken. Die wirklichen Entscheidungen werden ja schließlich in Washington getroffen.*
O: *In der Nazizeit hat auch jeder Geschäfte mit Krupp gemacht, der ja kein Nazi war. Am Ende war Krupp aber doch ein wichtiges Rad im Kriegsgetriebe, weil dort der Stahl für die deutschen Waffen gegossen wurde. Waren die KZ-Wächter etwa unschuldig?*
A: *Moment, Moment! Hier gehts weder um Waffen noch um KZs! Und alles, was amerikanisch ist, mit den Nazis gleichzusetzen, ist ja wohl auch nicht so ganz richtig. Jedenfalls ist der amerikanische Staat kein totalitärer und KZs gibts da auch nicht. Was ich denen verkaufen will, ist ein ökologisch sinnvolles Produkt: Computerpapier aus Umweltschutzpapier.*
Ts: *Genau! Die verbrauchen das Zeug da zentnerweise und jeder Zentner, den die statt dem energie- und rohstoffintensiven weißen Papier unser tolles Umweltschutzpapier benutzen, kommt dem Wald zugute. Damit wird doch auch der Raubbau in den Ländern der Dritten Welt erheblich reduziert. Wir haben doch schließlich auch ne Verantwortung für unser Produkt und dessen optimale Vermarktung!*
U: *Ich wär ja mal gespannt, wie Du reagieren würdest, wenn es nur um ein paar Mark ginge. Dann würdest Du bestimmt aus politischen Gründen das Geschäft verweigern. Mensch, das Geld, womit die uns bezahlen, ham die den kleinen Malochern oder Bauern in Südamerika mit Waffengewalt abgepresst!*
Ul: *Ach weißte, wir können das ja auch mal ganz anders sehen: Wir ziehen den Jungs das Geld aus der Tasche und setzen es auf der anderen Seite ganz zielgerichtet gegen sie ein, indem wir es beispielsweise dem Nicaragua-Komitee zur Verfügung stellen oder für Waffen für El Salvador spenden.*
A: *Das mit dem 'Geld aus der Tasche ziehen' find ich ja auch richtig, aber ich meine, daß wir es hier behalten sollen. Zum einen, weil unser Projekt hier aus finanziellen Gründen ohnehin ständig gefährdet ist, zum anderen versuchen wir hier in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem einen antikapitalistischen, demokratischen, gleichberechtigten Betrieb aufzubauen und diese Politik auch im gesamtgesellschaftlichen Rahmen durchzusetzen. Zudem unterstützen wir andere Selbstverwaltete Betriebe – soweit es geht auch finanziell – bei der gleichen* politischen *Arbeit, ebenso wie freie Kulturarbeit, also ARENA. Auch unsere Kindergruppe, die wir bislang unabhängig von staatlichen und sonstigen Subventionen finanzieren, könnte eine kleine Finanzspritze gut vertragen. Entweder wir* sind *ein gesellschaftspolitisches und emanzipatives Projekt oder nicht. Wenn ja, brauchen wir die Kohle auch nicht – quasi als Alibi – woanders hinzugeben, wo wir sie hier doch so bitter nötig haben. Ich meine, daß wir hier ganz problemlos sehr viele sinnvolle Einsatzzwecke für die Dollars finden werden.*
J: *Ürigens, wißt Ihr, wer Nicaraguas Hauptabnehmer in Sachen Zucker ist? Dreimal dürft Ihr raten.*
T: *Wenn die das Papier bei uns nicht kaufen, dann halt woanders. Womöglich beim Papiergroßhändler X, der zum Konzern Y gehört, der wiederum der Deutschen Bank gehört, die das Geld an die Südafrikanische Regierung verleiht, die davon Waffen kauft und gegen die Schwarzen einsetzt. Nee, nee – da ist der Gewinn bei uns wesentlich besser aufgehoben.*
M: *Also, ich finde, daß wir als Betrieb das Geschäft auf jeden Fall machen sollten. Oder wir dürfen als Privatperson keine Marlboro rauchen, weder Tina Turner noch Bruce Springsteen hören, keine Levis tragen und so weiter. Wenn schon, dann aber auch bitte konsequent. Das zu einen. Zum anderen denke ich, daß die Grenzen bei jedem einzelnen unterschiedlich sind – ich würde nie das Militär beliefern. Hab ja schließlich auch Kriegsdienst verweigert und wäre dafür auch in den Knast gegangen. Die Grenzen muß jeder für sich ziehen.*
J: *Ich denke auch, daß wir den Deal machen sollten. Wie wir das Geld einsezten, sollten wir dann entscheiden, wenn es da ist. Klappt das Geschäft, haben wir die große moralische Verantwortung, das Geld sinnvoll einzusetzen und es nicht irgendwo im Betrieb z.B. für die Urlaubskasse oder Fehlinvestitionen untergehen zu lassen.*
H: *Haste eigentlich recht. Ich denke aber auch, daß es für uns und unser Papier ein großer Erfolg ist, nun auch in solchen Kundenkreisen Beachtung zu finden. Vom Kopf her – alles klar, nur im Bauch habe ich doch ein flaues Gefühl bei der Sache.*

Soweit in einigen prägnanten Aussagen zusammengefaßt die Diskussion. Im Laufe des Gesprächs stellte sich heraus, daß einige, die anfangs unsicher waren dann doch eher das Geschäft befürworteten, zumal die Gründe, die dagegen sprachen eher spontan und aus dem Bauch kamen, etwa so wie im letzten Diskussionsbeitrag dokumentiert.

Doch wie nun damit umgehen?

Eine breite Mehrheit befürwortet das Geschäft, einzelne sind strikt dagegen. Was, wenn nächste Woche der CDU-Parteivorstand bei uns anfragt, das BKA oder gar die Bundeswehr? Werden wir uns da schon weigern oder erst bei der NPD? Müssen wir jeden 'zweifelhaften' Kunden plenar diskurieren oder können wir eine Richtlinie festlegen? Oder können die Kollegen, die im Verkauf/am Telefon sitzen, autonom entscheiden?

Ich meine, daß dies alles nicht nur unser Problem ist. Zum einen, weil wir uns zu einer Szene zugehörig fühlen und zum anderen, weil wir wissen, daß jeder Selbstverwaltete Betrieb, der nicht nur für einen kleinen engen Markt produziert und mehr als 10 Arbeitsplätze umfaßt mit ähnlich gelagerten Problemen konfrontiert werden kann/möglicherweise schon konfrontiert worden ist. Ich denke auch, daß hier unsere Szene zu einer gemeinsamen Einschätzung kommen sollte, weil man uns sonst gegeneinander ausspielen kann: „Wenn Ihr uns nicht beliefert, bestellen wir eben bei Euren Kollegen in Augsburg. Vielleicht haben wir da mehr Glück."

Wünschenswert wäre ein ganzer Wäschekorb voll anregender Diskussionsbeiträge, den wir dann für die nächste CONTRASTE-Ausgabe zu sortieren hätten. Zuschriften bitte direkt an blätterwald:

blätterwald e.G.
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5

Natürlich haben wir auch in unserem Umfeld einzelene Personen nach ihrer Meinung zum Thema befragt. Hier zum Abschluß noch einige Äußerungen:

„Das amerikanische Konsulat? – Haha, ich lach mich kaputt! Wieso denn nicht?!" (Ein ehemaliger langjähriger Mitarbeiter der ASH Krebsmühle)

„Womit sich Geld verdienen läßt, läßt sich Geld verdienen. Ihr solltet natürlich einen möglichst hohen Preis fordern!" (Ein Stammkunde und Mitglied der blätterwald eG)

„Reizvoll ist das Angebot schon, aber ich würds nicht machen. Irgendwo muß man sich ja auch Grenzen setzen und lieber versuchen, das Papier in den eigenen Reihen zu vermarkten." (Eine Neu-Kundin)

„Bei Euch ist das Geld doch gut aufgehoben, da kann kein anderer mehr Unsinn damit anstellen." (Ein Freund des Hauses)

„Holt denen raus, was Ihr (Ein Frankfurter Vollkorn-Bäcker)

„Ich fänds albern, wenn Ihr das Geschäft nicht machen würdet." (Eine Mitarbeiterin der Krebsmühle)

„Wenn Ihr Euch so ein Geschäft entgehen laßt, könnt Ihr es Euch wohl leisten!.. (Ein Mitarbeiter des Ökobank-Vereins)

„Das ganze Wirtschaften ist ja heute so vernetzt, daß Du – was immer Du machst – immer in dieses System verstrickt bist. Wir hatten ja ähnliche Probleme wie Ihr und haben das heiß diskutiert. Dabei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, daß es eigentlich nichts nützt, jemanden zu boykottieren. Für mich ist vielmehr wichtig, daß wir die Mittel, die bei CCS erwirtschaftet werden, politisch richtig einsetzen im Sinne einer besseren Gesellschaft. Genau da leigt unsere Verantwortung! Andere im Betrieb meinten hingegen, daß wir an diesem Punkt die Flagge zeigen müssen und nicht liefern dürfen." (Ein Mitarbeiter CCS)

„Ich sehe das als einen großen Erfolg für den Umweltschutz. Das ist ja schließlich Euer Anspruch und Auftrag: Durch die Verbreitung Eurer Produkte die Natur zu schonen." (Ein Schweizer Xylophon-Fabrikant)

„Ich verstehe nicht, warum man Leute davon ausschließen sollte umweltfreundliche Produkte zu benutzen." (Eine schwäbische Künstlerin)

Der nächste Winter kommt bestimmt

Sofort Kohle bestellen!

Das hessische Programm zur Förderung selbstverwalteter Betriebe, angesiedelt beim Wirtschaftsministerium, ist in Kraft. Demnächst wird es möglich sein, konkret über die Auswirkungen des Programms zu diskutieren.

Jetzt geht es darum, rasch Anträge zu stellen für das laufende Haushaltsjahr. In der SPD haben sich die noch nicht durchgesetzt, die selber mit 'den Alternativen' in's Geschäft kommen wollen. Von daher wirkt sich jeder politische Furz unmittelbar auf das Programm und die Möglichkeiten seiner Weiterentwicklung aus. Seine Fortsetzung in 1986 hängt direkt von der Art der Zusammenarbeit zwischen Grünen und SPD ab.

Möglich sind nach dem Programm:
- Beratungshilfen.
- Investitionszuschüsse in Fördergebieten:
- Investitionskredite:
- Eigenkapitalhilfe:
- Zuschüsse für Forschung und Entwicklung;
- Zuschüsse für umweltverbessernde Investitionen;
- Personalkostenzuschüsse.

Die Anträge werden bei der Hessischen Landesentwicklungs- und Treuhandgesellschaft gestellt, dort aufbereitet und einer Kommission zur Genehmigung vorgelegt, die zur Hälfte aus Vertretern der selbstverwalteten Betriebe, zur Hälfte aus Vertretern der Ministerien besteht.

Es wurden inzwischen einige Erfahrungen mit den Möglichkeiten des Programms gesammelt. Wir vermitteln Kontakte zu Beratern, die sich auskennen und ihre bisherigen Erfahrungen in Treffen austauschten.

Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen e.V.
Mainzer Landstr. 147
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/738 18 74

HESSENPROGRAMM

Bei einem Gespräch zwischen Vertretern des Genossenschaftsverbandes Frankfurt und des Wirtschaftsministeriums über selbstverwaltete Betriebe und örtliche Beschäftigungsinitiativen erklärte sich der Verband bereit, seine Aufnahme- und Prüfungsgebühren im Einzelfall flexibel zu handhaben. Diese Gebühren sollen keine Barriere sein, die kleine Genossenschaften am Verbandsbeitritt und damit an der Genossenschaftsgründung hindern.

Es ist sinnvoll, sich bereits vor dem Aufnahmeantrag mit dem Genossenschaftsverband in Verbindung zu setzen und Einzelpunkte zu klären, so daß die kostenpflichtige Prüfung nach Aufnahmeantrag auf einen Tag reduziert werden kann.

Verband der selbstverwalteten Betriebe in Hessen, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, 069/738 18 74

HESSISCHES FÖRDERPROGRAMM FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM

Es handelt sich um ein Zuschuß-Programm, durch das ein Projekt mit bis zu 50 % und bis zu DM 50.000.– gefördert werden kann, mit dem Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum geschaffen und erhalten werden, der sozialen Infrastruktur gedient ist und einheimische Ressourcen genutzt werden. Darunter fällt sehr vieles zwischen Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften (evtl. mit Verkaufsstelle in einer Großstadt) bis zu neuen Formen des Tourismus, Beratungstätigkeit etc.
Nähere Informationen: Verband der selbstverwalteten Betriebe...

P.S.: Die Beratung für dieses Programm kann u.U. über den Hessenknete Topf abgerechnet werden. Solange es den noch gibt.

Wettrennen zwischen SPD und GRÜNEN?

Zum Thema Selbstverwaltungswirtschaft

Aufregung im GRÜNEN Hühnerstall: Schon wieder war der Fuchs nachts da und hat Beute gemacht. Diesmal war es das Küken „Selbstverwaltungswirtschaft". Eigentlich ein echt GRÜNES Hühnchen, entwicklungsfähig und irgendwie zu Größerem ausersehen, gleichwohl im eigenen Stall vernachlässigt, wenig gepflegt, niemand wußte so recht, wohin damit.

DIE SPD IM NEUEN GEWAND

Ende August hat die „Arbeitsgruppe Genossenschaftswesen" beim SPD-Vorstand eine Broschüre **„Materialien zum Genossenschaftswesen und zur Selbstverwaltungswirtschaft"** präsentiert, die ebenso aus GRÜNER Feder hätte stammen können: Historische und aktuelle Betrachtungen über kooperative Arbeitsformen in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern münden in der Forderung nach einer Stärkung unkonventioneller Arbeits- und Betriebsformen, nach einer Ausweitung der Selbstverwaltungswirtschaft sowie entsprechenden Vorschlägen hierzu.

Seit dem Machtwechsel in Bonn pflegt die SPD wieder einmal einen anderen Umgang mit linken Reformern in ihren eigenen Reihen. So gewinnen heute offenbar zunehmend Leute Gehör und Gewicht, die bei der Entwicklung einer neuen Wirtschaftspolitik der SPD an die (verschüttete) genossenschaftliche Traditionslinie der Sozialdemokratie anknüpfen wollen: Der Idee der „freien, individuellen Assoziation der Arbeiter", der Arbeiter-Selbsthilfe in Form von Genossenschaften als einer „Säule" der historischen Arbeiterbewegung. Sie sehen in der „Wiederbelebung des Genossenschaftsgedankens" – bei einer entsprechenden Aktualisierung und Weiterentwicklung – eine „Chance zur Lösung beschäftigungspolitischer Probleme, zur Wirtschafts- und Gesellschaftsreform in einer solidarischen und demokratischen Organisationsform und zur Mobilisierung kreativer und kultureller Tätigkeiten der Menschen". Diese „Säule" war spätestens seit dem Godesberger Programm in Vergessenheit geraten, ab da wurde unter Wirtschaftsdemokratie parteioffiziell nur noch betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung verstanden.

So wurden denn nach der „Wende" beim Parteivorstand und der Bundestagsfraktion der SPD gut ausgestattete Arbeitsgruppen eingerichtet – versehen mit namhaften Abgeordneten –, die sich mit Genossenschaftsfragen im weitesten Sinne, mit Alternativbetrieben, Selbsthilfeprojekten, alternativen Beschäftigungskonzepten u.a.m. beschäftigen. Bei mehreren groß angelegten Anhörungen wurde der geballte Sachverstand aus der Alternativökonomie – und Selbsthilfebewegung – abgefragt und nun in dieser Broschüre auf recht aktuellem Niveau zusammengetragen.

Erstes **Fazit**: Die SPD zeigt sich auf der Höhe der Zeit, hat die Hand am Puls der „Bewegung", greift aktuelle Forderungen auf. Sie hat damit im Augenblick das Thema öffentlichkeitswirksam besetzt und hat die GRÜNEN – hier: die schwachbrüstige Arbeitsgruppe „Selbstverwaltungswirtschaft/Alternative Ökonomie" in der **GRÜNEN Bundestagsfraktion** – klar ausgepunktet!

Da hilft auch nicht, daß die GRÜNEN schon länger als die SPD an diesem Thema arbeiten, ebenfalls „Experten" – Anhörungen gemacht haben und in ständigem Kontakt zur Selbstverwaltungsszene stehen, mit anderen Worten: mindestens so schlau sind wie die SPD. Sie haben es eben bislang nicht (richtig) verkauft.

Und unabhängig davon: Selbst wenn sie etwas wirklich Gutes zu verkaufen haben – wie zum Beispiel die Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes (kapitalisierte Arbeitslosenunterstützung für selbstverwaltete Betriebe) – ist der Presserummel erheblich kleiner: es ist natürlich von größerer Bedeutung und von mehr öffentlichem Interesse, wenn der Tanker SPD vom alten Kurs abzukommen scheint, als wenn der GRÜNE Achter ohne Steuermann mal wieder für sein Klientel durch die Gegend rudert.

KEINE PANIK AUF DER TITANIC

Dennoch besteht im Augenblick (noch) **kein Grund zur Panik**: Die SPD hat bislang noch in keinem Punkt konkretere Vorschläge gemacht, die über die allgemeinen Forderungen der Szene und der EG nach rechtlichen und finanziellen Erleichterungen für Alternativbetriebe hinausgingen. Sie ist auch programmatisch nicht einen Schritt weiter als die GRÜNEN, nicht weiter als die alternative Szene insgesamt: auch sie hat noch kein **wirtschaftspolitisches Konzept**, in dem die Rolle der Selbstverwaltungswirtschaft, der Alternativbetriebe in der Gesamtwirtschaft schlüssig definiert wäre.

Die jetzt vorgelegte Broschüre ist nicht mehr als eine Zusammenstellung von Artikeln, die in den letzten zwei Jahren zu und aus dem Bereich der Selbstverwaltungswirtschaft verfaßt und überwiegend schon veröffentlicht wurden. Hinzugekommen ist lediglich ein Arikel von Klose/Müller/Otten, der die Selbstverwaltungswirtschaft aus SPD-Sicht einschätzt und sich im wesentlichen den Forderungen aus der alternativen Szene anschließt.

Mit einer Konkretisierung ist aber in nächster Zeit kaum zu rechnen. Die Broschüre ist eben nicht das Ergebnis einer innerparteilichen Diskussion sondern der Versuch der SPD-Linken, stärkeren Einfluß auf das künftige Parteiprogramm zu bekommen. Dementsprechend stehen der SPD jetzt die innerparteilichen Diskussionen und Kämpfe über den von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Kurs bevor. Die erste Reaktion aus den Genossenschaftsverbänden war auch prompt: „... sozialromantische Experimente...".

Von den reformfreudigen Teilen der SPD wird daher zunächst die ideologische und innerparteiliche Arbeit vorangetrieben werden müssen, z.B. durch die bereits angekündigte Gründung eines „Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens".

SCHNELLSCHUSS ODER RAHMENPROGRAMM

Was also tun als GRÜNE (im Bundestag)? Entweder: Sie **kontern** sofort und bringen einen eigenen Gesetzentwurf zum Thema Alternativökonomie im Bundestag ein – wie es offenbar einigen GRÜNEN vorschwebt. Nach Lage der Dinge und der Vorarbeiten könnte das im Augenblick aber nur ein „Gesetz für Produktiv- und Kleingenossenschaften" sein. Oder: Sie bringen eine Art **Teilprogramm** zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Demokratisierung der Wirtschaft in die öffentliche Diskussion, entwickeln daraus mehrere gesetzliche Initiativen (unter anderem ein Gesetz für eine „alternative Betriebsform"), die sie in den kommenden Wochen/Monaten in den Bundestag einbringen.

Für die erste Lösung spricht, daß die GRÜNEN mit einem eigenen, schnellen Gesetzentwurf zu Produktivgenossenschaften parlamentarisch einen Punkt gegen die SPD machen und öffentlich zeigen könnten, daß auch sie am Ball sind. Allerdings würde es sich dabei (mal wieder?) um einen – aus Panik gebotenen – GRÜNEN „Schnellschuß" handeln, mit dem man den Anschluß an die davongaloppierende SPD gewinnen will. Der könnte sich aber leicht als Rohrkrepierer erweisen: die gesetzliche Normierung einer neuen, eigenen Betriebsform für Alternativbetriebe macht nämlich nur dann Sinn, wenn diese Betriebsform in der Praxis lebensfähig ist und von den „alternativen Unternehmern" auch angenommen wird. Nachgewiesenermaßen ist aber das Fehlen einer eigenen Rechts- bzw. Betriebsform nur ein Hindernis – und nicht das größte – für die Entwicklung von Alternativbetrieben. Gravierender sind finanzielle, administrative und politische Restriktionen: schlechter bis gar kein Zugang zu privaten und öffentlichen Finanzquellen; politische Geringschätzung bis hin zum Boykott bei (Genossenschafts-) Verbänden, staatlichen und kommunalen Behörden u.a.; keine nationalen, regionalen oder kommunalen Förderprogramme für derartige Initiativen; keine Abstimmung zwischen den lokalen Behörden, zum Beispiel den Wirtschaftsbehörden und Arbeitsämtern u.a..

Fazit: Mit einem neuen Gesetz, das lediglich die Betriebsstruktur eines Alternativbetriebs normiert, würde kein einziger Alternativbetrieb zusätzlich entstehen!

Ein Gesetz über selbstverwaltete Betriebe taugt zwar als Ansatz, als ein Element für eine andere Wirtschaftspolitik/Wirtschaftsförderung, es muß aber mindestens in zwei Richtungen verkoppelt werden:

a) Auf der Ebene des Steuerrechts, des Sozialrechts, des Subventions- und Haushaltsrechts, im administrativen Bereich, u.a. – kurz: bei den **Rahmenbedingungen** müssen Regelungen geändert und neu geschaffen werden, die eine direkte und indirekte Förderung von alternativen Betrieben ermöglichen: Steuererleichterungen bzw. Subventionen, nationale, regionale und kommunale Sonderprogramme, (Modell-) Beratungseinrichtungen, flexible (kapitalisierte) Arbeitslosenunterstützung u.a.m.

b) Das Gesetz muß ferner eingebettet werden in eine wirtschaftspolitische **Programmatik** der GRÜNEN: Welche Ziele werden mit einer Ausweitung des Selbstverwaltungssektors verfolgt; welchen Stellenwert, welchen Umfang soll ein genossenschaftlicher/selbstverwalteter Sektor neben dem privatwirtschaftlichen und dem öffentlichen/gemeinwirtschaftlichen Sektor haben, soll er gar den einen oder anderen (oder beide) langfristig ersetzen; welche überbetrieblichen Steuerungs- und Planungsinstrumente sollen auf der Ebene des Marktes und des Staates existieren; welche Rolle fällt perspektivisch den Gewerkschaften und den sozialen Sicherungssystemen zu?
Hierzu gehört auch: Welche Rolle kann/soll der Selbstverwaltungssektor aktuell bei der Eindämmung der Erwerbslosigkeit spielen?

TAKTIK ODER REFORMWILLE DUALWIRTSCHAFT ODER DRITTER SEKTOR

Zu all diesen Fragen klaffen bei den GRÜNEN – und nicht nur bei ihnen – derzeit noch „programmatische Löcher" größeren Umfangs.

Gerade hier ließe sich aber der Unterschied zwischen SPD und GRÜNEN auch nach außen hin verdeutlichen:

Ist die SPD als Gesamtpartei wirklich in der Lage und bereit, ein wirtschaftspolitisches Programm zu entwickeln, das selbstverwalteten Betrieben und damit kollektiven Eigentumsformen Prioritäten einräumt, das also an der Grundsäule unseres Wirtschaftssystems rüttelt: dem iniviuellen Privateigentum an Produktionsmitteln? Das wäre in der Tat eine revolutionäre Wendung der SPD. Oder geht es nicht doch (den meisten in der SPD?) mehr um beschäftigungspolitische und wahltaktische Effekte? Steckt nicht hinter dem versuchten „Brückenschlag zwischen traditioneller Genossenschaftsbewegung und Selbstverwaltungswirtschaft" das vordergründige Ziel, die SPD wieder wählbar zu machen? Mit Beschäftigungsprogrammen gegen die Erwerbslosigkeit und mit der Wiederbelebung wirtschaftsdemokratischer Modelle kann die SPD eventuell gleichermaßen für „betroffene" Arbeitslose, für Alternativwirtschaftler und für Teile der linken Intelligenz wieder als **„eigentliche Reformpartei"** ansprechbar werden. Ihr könnte hier abermals ein Einbruch in ein bisher von den GRÜNEN besetztes Feld gelingen, damit auch ein Einbruch in (potentiell) GRÜNE Wählerschichten.

Erleichterungen für alternative Betriebe zu schaffen ist eine Sache und zweifellos wichtig. Dies ersetzt jedoch kein Wirtschaftsprogramm, weder für die SPD noch für die GRÜNEN. Mit solchen Einzelmaßnahmen läuft man stattdessen Gefahr, in die neokonservativen Konzepte einer **Dual-Wirtschaft** (mit einem „formellen" (Hochleistungs-) Sektor und einem weichen, „demokratischen", „informellen" (Abfederungs-)Sektor) oder in kurzatmige Beschäftigungspolitiken eingepaßt und verwertet zu werden. Die SPD weist der Selbstverwaltungswirtschaft sowohl in ihren bisherigen programmatischen Annäherungsversuchen (z.B. der Beitrag Müller/Klose/Otten in der Broschüre) als auch praktisch in den von ihr regierten Ländern/Kommunen allenfalls eine marginale Rolle, ein Nischendasein im informellen Sektor zu.

Dagegen könnten die GRÜNEN hier ihre weitergehende Perspektive (wenn es denn eine gibt) in die Diskussion bringen: keine Dualisierung der Wirtschaft (und Gesellschaft), sondern die Entwicklung eines eigenen kollektiv-wirtschaftlichen oder Selbstverwaltungssektors als drittem Sektor neben dem privatkapitalistischen und dem staatlich/gemeinwirtschaftlichen Sektor (vgl. hierzu auch die entsprechenden Bemühungen in Frankreich, Italien, Großbritannien und Spanien). Hierzu bedarf es zweifellos mehr als einer Änderung des Genossenschaftsgesetzes und einiger Krediterleichterungen für Alternativbetriebe.

Zum Thema Selbstverwaltungswirtschaft muß also bei den GRÜNEN eine breite, innerparteiliche, fachliche und politische Absicherung hergestellt sowie eine fundierte öffentliche Diskussion in Gang gebracht werden.

Fortsetzung auf Seite 4

Fortsetzung von S. 3

Wettrennen zwischen ...

Es müssen also mittelfristig Entwürfe zu den verschiedenen rechtlichen und administrativen Handlungsebenen und zu den GRÜNEN Zielvorstellungen erarbeitet werden. Dies von der Bundestagsfraktion allein machen zu lassen, ist weder möglich noch politisch sinnvoll, sondern kann nur im Zusammenhang mit Leuten aus der GRÜNEN Partei und mit befreundeten Fachleuten geschehen, und auch nur unter Berücksichtigung der historischen und aktuellen Selbstverwaltungsmodell hier und anderswo, und schließlich unter Einbeziehung der konkreten Erfahrungen der Alternativbetriebler/innen hier und heute. Dies alles am besten in einer **Arbeitsgruppe/Kommission** „Selbstverwaltungswirtschaft, Genossenschaftswesen, Wirtschaftsdemokratie" (ähnlich wie in der SPD!). Die dort entwickelten Entwürfe könnten dann zum Beispiel bei einem Kongreß im nächsten Jahr etwa unter dem gleichen Titel vor breiter Öffentlichkeit und Fachwelt politisch und fachlich behandelt werden. Hieraus ließen sich abgesicherte, weniger abgehobene und (evtl.) realisierbare parlamentarische Initiativen sowie praktische Anstöße entwickeln. Zwischenzeitlich können natürlich kleinere Aktionen zum Thema laufen, wie zum Beispiel der jüngst vorgeschlagene Antrag an die Bundesregierung zur Verwirklichung der EG-Richtlinien über örtliche Beschäftigungsinitiativen, die parlamentarische Behandlung der o.g. AFG-Änderung sowie ähnliche Neben- und Vorgefechte.

DIE SPD ALS WEG-BEREITER

So diffus und vordergründig und inhaltsleer die jetzigen SPD-Vorstöße auch sein mögen, haben sie zweifellos positive Effekte (auch für die GRÜNEN):

1. Vielleicht wird hierdurch einigen GRÜNEN mehr die Bedeutung des Themas Selbstverwaltungswirtschaft klar und sie fühlen sich jetzt zur Beschäftigung hiermit ermuntert: ohne demokratische Wirtschaftsverfassung, ohne demokratische Betriebsstrukruren bleibt die politische Demokratie ein Torso.
2. Je stärker die SPD das Thema Genossenschaften aus dem gesellschaftlichen Abseits holt, desto mehr wird der Boden bereitet für eine öffentliche Diskussion über wirtschaftsreformerische Modelle (über Arbeiter-Selbstverwaltung, Wirtschaftsdemokratie u.a.), desto mehr steigt die öffentliche Akzeptanz gegenüber solchen Begriffen und damit evtl. auch gegenüber GRÜNEN Vorstellungen.
3. Je mehr sich die SPD – auch nur scheinbar – in diese Richtung bewegt, desto mehr steigen die Chancen einer parlamentarischen und praktischen Umsetzung (z.B. auf regionaler Ebene). Mit dem Ziel eines Ausbaus des Selbstverwaltungssektors ließen sich also evtl. Bündnisse zumindest mit Teilen der SPD schließen.

.... UND WEGBEGLEITER??

Bleibt noch die Frage nach dem Schicksal des eingangs erwähnten Hühnchens. Warum hat der Fuchs es denn geklaut? Will er es wie üblich – fressen? Oder will er es etwa bei sich aufnehmen und pflegen, damit es vielleicht mal große Eier für ihn legt?

Zwei Seelen wohnen, ach, auch in seiner Brust.

Natürlich hängt das Schicksal des bedauernswerten Kükens auch von seiner eigenen Stärke und Klugheit ab – und von der Unterstützung aus dem GRÜNEN Stall. Aber: hat schon mal jemand einen Fuchs gesehen, der Eier frißt?

Michael Raetsch

Der Wolf im Schafspelz

DIE SPD UND DIE SELBSTVERWALTUNG

Red. Bremen **Die SPD entdeckt seit Anfang 1984 ein neues Thema: Den Alternativsektor. Das könnte mir relativ egal sein, wenn klar wäre, daß wir nicht, wie die Friedens-, Anti-AKW-, Studenten- oder welche Bewegung auch immer, mal wieder von der SPD vereinnahmt und funktionalisiert werden sollen. Pflichtbewußt schreiben Hans Ulrich Klose und Michael Müller von der AG Genossenschaftswesen, sie seien „viel zu sehr im Prozeß des Lernens, daß uns eventuell unterstellte Motive, die Selbstverwaltungsbewegung vereinnahmen zu wollen, fernliegen" (In: Selbstbestimmt arbeiten, Materialiensammlung von der SPD). Was das miteinander zu tun hat, verstehe ich zwar nicht, aber es drückt immerhin ein Problembewußtsein aus.**

Burghard Flieger findet die Zusammenarbeit mit der SPD zwar nicht unproblematisch, hält sie aber für notwendig für eine Verbreiterung alternativer Wirtschafts- und Lebensformen (CONTRASTE Juni 85, Seite 5). Burghard setzt dabei eine Identität innerhalb der Selbstverwaltungsszene voraus. Wenn diese Identität bestehe, könne uns selbst die SPD nichts anhaben. Das ist wohl richtig.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Aber: Worin besteht diese Identität? Ist sie tatsächlich vorhanden? Drückt sie sich in der solidarischen Diskussion um die Konzeption der Öko-Bank aus? Findet sie sich in den Strukturen der selbstverwalteten Betriebe wieder? Sind die Betriebe kapitalneutralisiert, produzieren sie umweltfreundliche Produkte auf umweltfreundliche Weise? Usw. Ich will damit nicht sagen, wie schlecht alles ist. Aber ich glaube, die angebliche Identität besteht einfach nicht. Es ist alles viel zu vielschichtig, jeder hat letztlich seine eigenen Vorstellungen. Am ehesten schlägt sich diese Identität noch in einem gewissen Gemeinsamkeitsgefühl nieder. Auch gibt es teilweise eine überbetriebliche Zusammenarbeit, wie sie nur im Selbstverwaltungssektor möglich ist. Aber, das alles ist noch keine Identität. Vor allem keine strukturelle Identität, mit der man sich klar gegen bevorstehende Vereinnahmungsversuche seitens der SPD abgrenzen kann.

Das wäre aber alles nicht so problematisch, wenn die SPD 'nur lernen will', und ansonsten nichts vorhat. Doch warum will die SPD lernen? Sicher nicht als Selbstzweck. Wohin der Zug läuft, merkt man schon daran, daß Veranstaltungen der SPD zu diesem Thema unter dem Titel „Beschäftigungs- und Ausbildungsinitiativen" laufen. Und das paßt in die allgemeine Funktonalisierung, die auch die Verwaltungen praktizieren, wo die EG die „lokalen Beschäftigungsinitiativen" stärken will und selbst das Jahresgutachten des Sachverständigenbeirates die selbständige Existenzgründung im sog. Alternativsektor positiv vermerkt (Bundestagsdrucksache 10/2541, Ziffer 387). Man kann den Selbstverwaltungssektor also gut gebrauchen, auch wenn die SPD es noch nicht so recht packt, ihre Worte auch in Taten umzusetzen, wie man am „Vorwärts" merkt.

Für mich gibt es deshalb nur zwei Möglichkeiten, sich zur SPD zu verhalten: Entweder, wir verweigern uns konsequent der Vereinnahmung und deshalb auch jeden größeren Kontaktes durch die SPD. Damit nehmen wir uns zwar auch Möglichkeiten des schnelleren Wachstums usw., aber es besteht dann die Chance, nicht den bekannten Weg der Genossenschaftsbewegung noch einmal zu gehen und sich schleichend den kapitalistischen Strukturen anzupassen. Denn deren Scheitern ist zum Teil genau durch das Fehlen einer eigenständigen Indentität begründet gewesen. Nur so konnte das Interesse, möglichst viel Geld zu machen, wichtiger werden als die gemeinschaftliche Arbeitsform.

Oder wir schaffen es, so etwas wie eine Identität wirklich zu finden. Das bedeutet auf keinen Fall, nun einen großen, zentralen Dachverband der Selbstverwaltung mit Sitz in Bonn oder Frankfurt zu gründen, sondern hat mehr etwas zu tun mit dem Bewußtsein der Projekte und insbesondere der Betriebe. Also eine stärkere Zusammenarbeit der Branchen, z.B. so etwas, wie die BIS in Bremen oder die Tischlertreffen. Dies ist nicht das schnelle Hau-ruck-Verfahren, wo hinterher dann doch kein Leben drinsteckt, sondern eher das mühevolle kleine Stückwerk. Wenn wir so etwas packen, habe ich auch keine Vorbehalte mehr, daß dieser SPD-Apparat uns schluckt.

Matthias Neuling

Genossenschaften

Red. Bremen **Seit Mitte der siebziger Jahre gibt es den 5. Gründungsschub in der Genossenschaftsbewegung, zum 5. Mal ein Ausdruck einer Wirtschaftskrise.**

Die SPD sieht auch wieder Mal in dem Kurs, diese Begeisterung für Betriebe in Arbeiterhand, das einzig richtige, und so will die Arbeitsgruppe, die sich seit 2 Jahren mit diesem Thema befaßt, „eine Brücke schlagen zwischen den traditionellen Genossenschaftswesen und der Selbstverwaltungswirtschaft neuen Typs". Die Arbeitsgruppe sieht in dem Genossenschaftsgedanken eine Möglichkeit zur Lösung beschäftigungspolitischer Probleme, zur Wirtschafts- und Gesellschaftreform in einer solidarischen und demokratischen Organisationsform und zur Mobilisierung kreativer und kultureller Tätigkeiten der Menschen. Bla...

Daß selbstverwaltete Betriebe eine Lösung der SPD für die Arbeitslosigkeit sind, merken wir dauernd bei ihrem Fördergedanken für junge Unternehmer, die sich trauen, gemeinsam normale kapitalistische Betriebe aufzumachen. Wir können von denen nicht erwarten, drei Schritte auf einmal zu tun! Die Gleichberechtigung aller Menschen in Betrieb, Familie und außerhalb der Familie, durch einen neuen Anfang nach der Arbeitslosigkeit. Wenn sie doch wenigstens einen der Schritte tun würden...

Der Vorwurf an die jungen Unternehmer und an die SPD ist nicht, solche Initiativen zu starten, sondern im Grunde nichts verändern zu wollen an den alt hergebrachten Strukturen. Sollten Genossenschaften aus dem Boden sprießen und passen dann, nach einer Weile nicht mehr in ein Wachstumskonzept, so werden sie wieder eingeschläfert (siehe VORWÄRTS).

Der „Grüne Garten" (unser Betrieb) als eG, das wäre so mein Ziel, denn so wie in meinem übrigen Umfeld möchte ich auch die Gleichberechtigung aller im Betrieb. Eine eG wird die an sich schon vorhandene Struktur im Betrieb auch nach außen dem Gesetz und der Gesellschaft gegenüber klarstellen. Wir haben dadurch nur gewonnen, daß nicht nur einer für den Betrieb verantwortlich ist, sondern alle und nur mit einer begrenzten Summe haftbar gemacht werden können. Eine Anerkennung durch die Gesellschaft unserer anderen Lebensweise und Arbeitsweise oder zumindest eine Akzeptanz werden wir durch die eG nicht erreichen.

Warum eigentlich eG?

„e" steht für eingetragen und das muß nun mal sein. Genossenschaften sollen auch durch gleichmäßiges Verteilen der Gewinne für den Einzelnen mehr Wohlstand schaffen und eine größere Sicherheit realisieren, aber hauptsächlich den Mitgliedern auf demokratische Weise zusammen eine Selbständigkeit im Wirtschaftsleben, d.h. in autonomen Gebilden Unabhängigkeit schaffen. Es gibt Genossenschaften mit nur natürlichen Personen oder nur juristischen. Die Genossenschaftler/innen sind mehr oder weniger miteinander verbunden aus unterschiedlichen Motivationen; und Genossenschaften können unterschiedliche Ziele verfolgen.

Solange sich alle Mitglieder eines selbstverwalteten Betriebes verstehen, brauchen sie den Eintrag beim Gesetzgeber nicht, um zu gewährleisten, daß alle gleich sind. Im Streit aber muß der Vertrag zumindest so gut sein, daß der Betrieb nicht kaputtgeht.

Schwierigkeiten gibt es bei der Eintragung zur eG durch den Genossenschaftsverband der relativ willkürlich darüber urteilt, ob das Genossenschaftsgesetz streng ausgelegt wird oder der Name der eG nicht passend ist. Da wir ja keinem Gremium in unserem Betrieb mehr Macht einräumen wollen als uns selbst, geraten wir leicht mit dem GenG in Konflikt, daß dem Vorstand größere Kompetenzen gegenüber der Vollversammlung einräumt. Die Einschränkungen der Geschäftsmöglichkeiten des Vorstandes werden vom Prüfungsverband meist nicht akzeptiert.

Ist der Genossenschaftsvertrag nun in Ordnung, kommt es zur Wirtschaftlichkeitsprüfung durch den Verband. Die Prüfer haben ihr Fach gut gelernt und so können sie einen Betrieb vor bösen Überraschungen bewahren, wenn sie alle Jahre auftauchen. Leider ist bei den Herren der moralische Aspekt eines angenehmen Arbeitsplatzes oder die Verwendung von teurerem Umweltpapier nicht mit ihren Wirtschaftlichkeitsgedanken vereinbar. Es kann also aus Gründen der Nicht-Konkurrenzfähigkeit zu einer Ablehnung durch den Verband kommen.

Die dritte Hürde sind die Kosten, die die Prüfer durch ihr Auftauchen verursachen, 500,– DM pro Tag. Da unsere Betriebe zu klein sind, um für drei Prüfer eine Woche die Knete aufzubringen und die können solange bleiben wie sie wollen, muß es hier eine Einschränkung oder sogar einen Sondertarif für kleine Betriebe gehen.

Liest man die Erfahrungen von Kollektiven, die sie motivierten und immer noch dazu stehen, in einer eG zu leben und zu arbeiten, so ist der Hauptgrund die Gleichheit der Mitglieder auch vor dem Gesetz.

Wer mehr darüber lesen will: Burghard Flieger „Produktivgenossenschaften" AG SPAK M61 zu erhalten bei:

AG SPAK
Publikationsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

..... und ich meine, wir sollten es versuchen!

Uwe Mädger

Liebe Leute,
wir, ein selbstverwalteter Betrieb, möchten gern von Euch Adressen von anders arbeitenden Garten- und Landschaftsplanern/bauern bekommen, die im kollektiven Zusammenschluß und oder ökologisch bewußt arbeiten. Sollten Euch nicht gleich die Anschriften in der Kartei begegnen, so fragt doch auch bitte herum, da es uns um eine möglichst vollständige Liste geht.

Wir wollen in einem Jahr ein bundesweites Treffen der Gruppen erreichen, um einen Erfahrungsaustausch und weitergehende Gedanken in unserem Arbeitsfeld zusammenzutragen.

Bitte um baldige Antwort
Gruß Uwe Mädger
Grüner Garten
Ökologische Beratung und Gestaltung im Garten
Bei den vier Linden 34
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/4989460

Wir suchen dringend die neue Anschrift der Produktionsgemeinschaft für Garten- und Landschaftsbau Landwirtschaft – Dienstleistung – Handwerk Holzwickede eG. Wer uns weiterhelfen kann, sende bitte eine Postkarte an: Grüner Garten, Bei den vier Linden 34, 3800 Bremen 1.

Notizen aus der Kulturszene

von Eckard Holler

Vom 1.-8.9.1985 fand in Hamburg auf dem Kampnagelgelände der zwei Jahre lang vorbereitete wissenschaftliche Kongreß zu Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci statt, der rund hundert wissenschaftliche Vorträge umfaßte und mit einem Kulturforum über ‚Kulturbegriff und Kulturpolitik in den 80er Jahren" endete. Beabsichtigt war, der theoretischen Diskussion in der Linken neue Denkanstöße zu geben und – auf der Grundlage der von Peter Weiß in der „Ästhetik des Widerstands" betonten Linie Luxemburg/Gramsci – die Diskussion über Wege zur Erringung einer linken kulturellen Hegemonie in unserem Land zu beginnen.

Die These von Gramsci, um die es bei den Diskussionen ging, besagt, daß jemand, der in einem kapitalistischen Staat die politische Macht erringen will, zunächst die „kulturelle Hegemonie" gewinnen muß. Die Kultur wird in seinem Denken somit der entscheidende Hebel für eine künftige sozialistische Revolution. Diesen Gedanken entwickelte Gramsci im faschistischen Gefängnis in Italien, nachdem die italienischeArbeiterbewegung vor Mussolini ebenso kläglich gescheitert war wie später die deutsche vor Hitler. Den Grund für das Scheitern sah Gramsci auch in der Arroganz der linken Intellektuellen, die sich zu gut gewesen waren, als „organische" Intellektuelle der Arbeiterklasse bei der qualitativen Anhebung der eigenen Kultur nützlich zu sein.

Die These von Gramsci, die sich bekanntlich auch aus dem Studium der bürgerlichen Revolutionen seit dem 18. Jahrhundert gewinnen läßt, mag manches Einleuchtende haben, das Überraschende an dem Hamburger Kongreß war jedoch, daß nicht etwa die Grünen (oder auch die DKP), sondern die SPD in Gestalt ihres Bundesgeschäftsführers Peter Glotz sich diese These zu eigen machte und damit die Diskussion eindeutig beherrschte. (Da nützte es wenig, daß von DKP-Seite eingewandt wurde, bei Gramsci sei „Hegemonie" auf den Klassenkampf der Arbeiter, nicht aber auf den Wahlsieg der SPD bezogen worden).

Der verwunderliche Umstand, daß ein Vordenker der heutigen SPD sich auf einen marxistischen Theoretiker beruft, fiel in Hamburg gar nicht groß auf, auch nicht, daß die SPD seit dem Godesberger Programm (1959) sich vom revolutionären Marxismus, für den Gramsci zweifellos steht, verabschiedet hat und sich im Hinblick auf die nächsten Bundestagswahlen schwerlich dorthin zurückorientieren wird.

Daß die Grünen in Hamburg bei der Gramsci-Diskussion keine sehr gute Figur machten, hängt vermutlich mit dem Theoriedefizit dieser Partei zusammen. Was bisher als Stärke galt, nämlich die Basisverankerung und der Pragmatismus einer in den sozialen Bewegungen verankerten Politik, erwies sich eher als Schwäche: denn mehr als vehemente Angriffe auf den Widerspruch zwischenReden und Handeln bei der konkreten SPD-Politik konnte Christoph Schröder (GAL Hamburg) gegen Freimut Duve (SPD) nicht vorbringen und verfehlte damit die Ebene der strategischen Diskussion. Nun läßt sich zwar sagen, daß ein Wahlsieg der SPD nichts an den realen Machtverhältnissen in unserem Lande verändert und daß die sozialistische Revolution nach wie vor nicht auf der Tagesordnung steht. Dennoch wäre es kein Fehler, wenn auch die Grünen in der theoretischen Diskussion über den Sozialismus, der in Hamburg am Beispiel von Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci neu aufgenommen wurde, mitreden könnten. Die Intellektuellen aus dem Umkreis der Argument-Zeitschrift und der Berliner Volks-Uni, die sich den Kongreß ausgedacht hatten, waren auf alle Fälle davon fasziniert, daß ein führender SPD-Politiker den Anschein erweckte, er habe ihre Hinweise auf das Konzept der„kulturellen Hegemonie" aufgenommen und zur aktuellen SPD-Strategie gemacht. Diese Faszination ging so weit, daß Linda Reisch (Bonn) in ihrem weit ausholenden Referat über „Kulturelle Hegemonie in der Bundesrepublik nach 1945" zwar sehr ausführlich über sozialliberales „Mehr-Demokratie-wagen" und die gleichzeitige Terroristen-Hatz in den 70er erzählte, das Entstehen der grünen Partei aber schlicht ignorierte.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der Innovationspreis 1985 der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V. (Sitz: Hagen) geht zu gleichen Teilen (je 1000.-DM) an die selbstverwalteten Kulturzentren Goldener Anker Pforzheim und Club Voltaire Tübingen. Anerkannt wird die 15jährige „beispielhafte soziokulturelle Zentrumsarbeit dieser beiden Häuser" und zugleich auch das „Bemühen um eine landesweite Intensivierung und öffentliche Förderung der Soziokulturarbeit" in Baden-Württemberg.

Wenn das nichts ist. Wie man hört, haben sich die Leute in Pforzheim und Tübingen über den Preis gefreut und wollen ihn auch gleich öffentlichkeitswirksam nutzen. Denn am 24.10.1985 wird erstmals im Rahmen eines Landtagshearings auch über eine mögliche Förderung soziokultureller Zentren diskutiert (die von der CDU-Mehrheit bisher erfolgreich abgelehnt wurde). Die Preisverleihung ist übrigens am 17.10.1985 um 17 Uhr im Theaterhaus in Stuttgart. Abends spielt dann Ulla Meinecke. Auch ein Grund, nach Stuttgart zu fahren.

Neu herausgekommen ist die Selbstdarstellung der „Landesvereinigung der Kulturinitiativen und soziokulturellen Zentren Baden-Württemberg" (abgekürzt: LAKS Baden-Württemberg). Die 80 Seiten umfassende Broschüre trägt den Titel „Soziokulturelle Zentren in Baden-Württemberg" und enthält neben den kulturpolitischen Grundsatzerklärungen und Forderungsprogrammen auch die „Steckbriefe" von 24 Einrichtungen, die sich zur LAKS zusammengeschlossen haben. Die LAKS Baden-Württemberg war der erste Landesverband von Kulturinitiativen in der Bundesrepublik. Er besteht jetzt drei Jahre und war das Vorbild für Landesverbandsgründungen, die in anderen Bundesländern erfolgten (und z.T. noch erfolgen sollen).

Die Forderung, für ein Entwicklungsprogramm zur Schaffung von soziokulturellen Zentren in Baden-Württemberg im Landeshaushalt 10 bis 15 Mio. DM bereit zu stellen, hat im ganzen Bundesgebiet Furore gemacht. Ebenso die zu den Kommunalwahlen aufgestellte Forderung, in jeder Stadt und in jeder Gemeinde neben den traditionellen Kultureinrichtungen auch ein soziokulturelles Zentrum zu schaffen.

Bestelladresse für die Broschüre:
LAKS Baden-Württemberg,
c/o Club Voltaire,
Haaggasse 26b,
7400 Tübingen,
Tel. 07071/51524
Zugesandt wird, sobald auf dem Konto-Nr. 455 992, KSK Tübingen (BLZ 641 500 20) 10.-DM eingegangen sind.

IMPRESSUM

CONTRASTE erscheint monatlich

Redaktionsschluß:
jeweils zum 15. des Monats

Herausgeber: Peter Haß
Lochmühlstr. 43, 6 Frankfurt 56

Eigenverlag
Die Anzeigenpreisliste (Nr. 1/85) ist über die Vertriebsanschrift zu erhalten.

Redaktionen:

Bremen
Harald Deerberg, Iske und Koll., Wulwestr. 25, 2800 Bremen
Tel.: (0421) 7 20 93

Berlin
STATTwerke e.V., c/o Michael Paul-Lincke-Ufer 44a
1000 Berlin 36
Tel.: (030) 6 11 59 04

Frankfurt
blätterwald e.G.
Jochen Reinalda
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel.: (06171) 7 80 12

Heidelberg
Zünd-Satz GbR
Gaisbergstr. 97
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

V.i.S.d.P.:
Harald Deerberg (Bremen), Jochen Reinalda (Ffm), Eckard Holler (Kulturnotizen), Jutta Gelbrich (Ökobank-Seite), Jochen Abeling (Aktion Dritter Weg-Seite), Peter Tejkl, Stefan Hackenthal, Dieter Poschen (Heidelberg), Michael Makowski (Berlin), Traudel Günnel, Freiburg (Freie Radios)

Herstellung
Zünd-Satz GbR, Postfach 10 45 20
Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1
Tel.: (0 62 21) 1 34 02

Druck
Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/Main 11

Vertrieb
Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle
6370 Oberursel 5
Tel.: (0 61 71) 7 50 30

Konto
Postgiroamt Frankfurt/Main
Kto.-Nr.: 3836 87 - 607
(BLZ 500 100 60)
Jutta Gelbrich, Oberursel

Regionale Kontaktadressen:

Graphische Betriebe (Branchenseite):
Constantin Bartning, c/o Oktoberdruck, Paul-Lincke-Ufer 44a, 1000 Berlin 36

Kultur:
Eckard Holler
c/o Club Voltaire e.V.
Haaggasse 26 b
7400 Tübingen 1
Tel.: (0 70 71) 5 15 24

NRW:
Maria Springenberg, Verdistr. 27
4010 Hilden

Rheinland-Pfalz
Gerhard Kern, c/o Lebensgemeinschaft im Drohntal, Dorwiese 4, 5552 Morbach/Merscheid

Saarland:
Zukunftswerkstatt Saar e.V.
Alte Feuerwache, 2. OG.
Am Landwehrplatz
6600 Saarbrücken 3
Tel.: (06 81) 3 90 55 38

Baden-Schweiz-Elsaß- (Württemberg?)
Radio Dreyeckland
c/o Fabrik
Habsburger Str. 9
7800 Freiburg
Tel. (07 61) 55 24 55

Bayern:
AG SPAK, Kistlerstr. 1
8000 München 90
Tel.: (089) 6917821

Frauen-blicke

Wartet nicht auf irgendwelche Veränderungen von außen, von oben. Fangt selbst an, erkämpt Eure Rechte!
„Auf die Dauer werden es nicht die Herren sein, die sich entscheiden, ihre Vorangstellung aufzugeben. Es müssen die Betroffenen selbst aufstehen und ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen."
(Ruth M Besha)

Die Frauen haben uns durch diese Zeichnungen und Bildgeschichten in ihre Verantwortung gezogen: sie in ihrem Kampf zu unterstützen, indem wir sie hierzulande zu Wort kommen lassen.

Zeichnungen und Karikaturen von und über Frauen in Lateinamerika
ca. 80 Seiten DIN A4, Kunstband, M 69, 15,– DM.
über. AG SPAK
Publikationsstelle
Kistlerstr. 1
8000 München 90

Die AG SPAK hat sich zur Veröffentlichung dieses Buches mit Zeichnungen und Bildgeschichten von und über Frauen in Lateinamerika entschlossen.

Vier in Peru lebende Künstler, zwei Frauen und zwei Männer, haben die Situation der Frau der unterdrückten Klasse in Lateinamerika zum Thema ihrer Arbeit gemacht und dabei jeweils spezifische Wege zum Thema und zur Darstellung beschritten.

In ihrer Verschiedenheit und der Unterschiedlichkeit der Herangehensweise an das Thema ist den vier Künstlern gemeinsam:

- Sie wählen zum Thema die Ausbeutung der Frau der unterdrückten Klasse in Lateinamerika. Sie schaffen damit Millionen von Frauen Blick und Gehör, die in der Regel keine Stimme haben.
- Sie wählen Zeichnungen und Bildgeschichten als Medium ihrer Aussage. Sie nehmen das beliebte Kommunikationsmittel Comic nicht, um die Welt zu verschleiern, sondern um die Wirklichkeit zu entschleiern, aufzudecken, eine Antwort auf das unterdrückerische System zu geben.
- Alle vier Künstler stellen ihre Fähigkeiten in den Dienst der doppelt ausgebeuteten und unterdrückten Frauen, in den Dienst ihres Kampfes für ein menschenwürdiges Leben.

Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen kann nur dadurch beseitigt werden, daß Frauen aufstehen, für ihre berechtigten Gewinne und Privilegien kämpfen, die Ursachen ihrer Benachteiligung ausfindig machen und sie zu beseitigen versuchen. Wir meinen, das vorliegende Buch ist ein solcher Schritt des Aufbruchs und Ausbruchs. Hier sprechen Frauen in ihrer und über ihre Situation. Über Zeichnungen und Bildgeschichten können sich Frauen ihrer Situation der Ausbeutung und Unterdrückung bewußt werden. Es sind Medien, die unmittelbar ansprechen können, gleichzeitig Entdeckung und Aufdeckung implizieren und provozieren.

Wir halten es auch für akzeptabel, daß zwei Männer mit ihren Künsten zum Aufbruch und zur Bewußtwerdung der Frauen beitragen, bringen sie doch auch selbst ihre Schwierigkeiten ein, von ihren Herrschaftsprivilegien Abschied zu nehmen.

Theorie Arbeitskreis Alternative Ökonomie

Demnächst erscheint:

TAGUNGSZEITUNG des Sommerseminares in Altenmelle, 27.7. - 10.8.

Aus dem Inhalt:
- Frauenarbeit
- Männer AG
- Finanzierungen
- ökologisches Bauen
- Neue Technologien
- Gruppe 2000

226 Seiten, 17 DM
(kopierte Auflage)

zu Bestellen durch Vorüberweisung von 17 DM auf Postgirokonto Nr.:
205 47 – 808
(BLZ 700 100 80)
Postgiroamt München
AG SPAK, Kistlerstr. 1,
8000 München 90
Tel.: (089) 6 91 78 21

ZUKUNFT DER ALTERNATIVEN ÖKONOMIE

Folgender Redebeitrag wurde von Rolf Schwendter auf der Öko-Bank-Tagung in Achberg im August gehalten. Hier zeichnet Rolf Schwendter das Bild einer kapitalistischen Krisenbewältigung durch die Befriedigung von ökologischen Bedürfnissen.
Seine These: Die Wiederherstellung der Umwelt wird sich zunehmend als gutes Geschäft und Quelle weiterer Ausbeutung erweisen. Droht uns also der „sanfte" Öko-Kapitalismus?

„Mir ist von den Veranstalter/innen aufgegeben worden, heute abend zur Zukunft der alternativen Ökonomie zu sprechen, ein zugegebenermaßen schwieriges Thema, wenn es gerade vor jenen abgehandelt werden soll, von denen diese Zukunft wenigstens in Teilen abhängt. Denn dies kennzeichnet alternative Ökonomie ja gerade, daß sie, in einer gegebenen ökonomischen Lage der Gesamtgesellschaft, aus deren bestimmter Negation entsteht: daß sich Gruppen von Menschen entschließen, in ihren Werten, Normen, Institutionen etwas grundlegend anderes zu machen, als das, wovon die Ökonomie der Herrschenden determiniert wird. Und hierbei ist nicht zu übersehen, daß es unsere eigenen Werte, Normen und Institutionen sind, um die es sich hierbei handelt.

Gesamtgesellschaftliche Rahmenbedingungen

So schwierig auch dies im einzelnen sein dürfte – Friedrich Engels schreibt in einem Brief, daß jeder einzelne neu entstehende Konzern geeignet ist, die Prognostik wirtschaftlicher Entwicklungen grundlegend zu verschieben –, ist es aufgrund der Tendenzen der bislang letzten 200 Jahre möglich, Aussagen zur Zukunft der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie zu machen. Um mich kurz zu fassen: Bislang war es ausnahmslos so, daß nach einem längeren, 2 bis 3 Jahrzehnte andauernden wirtschaftlichen Aufschwung eine Überproduktionskrise eintrat, die eine etwa ebensolange Stagnationsphase nach sich zog, gekennzeichnet u.a. von Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkung, oft genug von Kriegen als probate Mittel zur Vernichtung überschüssigen Produktion. Bis ein neuer Schub der Akkumulation des Kapitals einsetzte, bislang ausnahmslos auf der Grundlage einer Serie neuer Erfindungen, neuer Arbeitsverfahren und neuer Maschinen, um diese Mehrerfindungen so rentabel wie möglich produzieren zu können. Dampfmaschine, Eisenbahn, Elektrizität, Computer sind verkürzte Schlagwörter, um die angedeutete Tendenz zu veranschaulichen.

„Illusionen über das Paradies, das um die Ecke liegt"

Um es wieder sehr zu vereinfachen: Ich sehe unter der Annahme gleichbleibender gesamtgesellschaftlicher Bedingungen wenig Gründe dafür, daß sich dies ändern wird. Zwar sind Aufschwungphasen ebenso seit je durch Illusionen über das Paradies, das um die Ecke herum liegt, und über das Ende aller zukünftigen Wirtschaftskrisen gekennzeichnet, wie die Strukturkrisen durch umfassende Vorstellungen über deren endzeitlichen Charakter. Doch ist abzusehen, daß nach etwa einem weiteren Jahrzehnt Strukturkrise das, was bei Oskar Lafontaine „ökologische Modernisierung" heißt, im Verbund mit einer zunehmend EDV-gestützten Dienstleistungsindustrie die Grundlage des nächsten Aufschwungs wird abgeben können. Die Diskussion über Katalysatoren, über alternative Energieformen, um nur einiges zu nennen, weisen darauf hin. Auch wenn es dann sicher viele Publikationen geben wird, die vom diesmal ökologischen Garten Eden reden, ist schon jetzt vorauszusagen, daß 30 Jahre später die nächste Überproduktionskrise sicher kommt: es werden dann halt die Katalysatorautos, Windmühlen, Solarzellen, Hydrolysewasserstoffkanister sein, die auf der Halde liegen. Um in der Folge die nächsten Arbeitslosenmengen, Reallohnsenkungen etc. zu erleben, die sicher wieder etwas schönes hervorbringen werden: eine Großverwertung der Genmanipulation etwa, im Verbund mit Schöner Wohnen auf dem Meeresgrund vielleicht, oder mit Raumfahrt. Es ist also zu sehen, daß die Barbarei als allemal gegenwärtig-zukünftige Alternative zu einer humanen Gesellschaftsordnung nicht auf die Möglichkeit der globalen Zerstörung durch den nächsten Weltkrieg oder eine umfassende ökologische Krise beschränkt ist.

Sehr vergröbert gesprochen, halte ich dies für die gesamtgesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in welchen die Zukunft der alternativen Ökonomie sich zu entfalten haben wird. Dies halte ich für keine leichte Aufgabe.

„Genießt die Krise, der Aufschwung wird fürchterlich"

Große Teile der alternativen Projekte gehen ausdrücklich, oder doch wenigstens in ihren ideellen Vorraussetzungen, davon aus, daß diese Krise, bis zur Katastrophe oder bis zur neuen Gesellschaft, nicht mehr enden werde. Abgesehen von den real bestehenden Gefahren von Weltkrieg und globaler Ökokrise, scheinen sie hier denselben Fehler zu begehen, der die kommunistischen Parteien der Zwischenkriegszeit charakterisiert hat. Ich weiß, um einem naheliegenden Einwand von vorneherein zu begegnen, daß aktuell für alternative Projekte andere Probleme anstehen als das Schielen nach einem künftigen Aufschwung, von Wirtschaftsförderungsprogrammen zum „Zweiten Arbeitsmarkt", vom Kapitalmangel zu den gruppendynamischen Konflikten in Projekten. Aber meine Aufgabe heute abend ist es, mir nicht über die Zukunft Gedanken zu machen – und dies ließe sich in der etwas ironischen Pointe zusammenfassen: „Genießt die Krise, der Aufschwung wird fürchterlich..."

Wenn sich nicht etwas Grundlegendes ändern sollte, sehe ich ein Indiz dafür, daß beim Aufschwung

„Die nächste Überproduktionskrise kommt sicher"

St. Oppenheimer nicht wieder zuschlagen wird: daß ein Teil der Projekte sich an die bestehenden Strukturen bis zur Unterscheidbarkeit anpassen wird, und der andere Teil sich allmählich auflöst.

Ein Szenario

Ein Szenario, etwa für 2010, wäre denkbar: Grüne Minister, die flankiert von angesehenen, gut bezahlten Geschäftsführern von Ökobanken, Staatsknetekommissionen, Beratungsgremien, Traditionsbetrieben und Branchenräten, allgemein anerkannte differenzierte Arbeitsteilung in Verbindung mit der längst erfolgten Durchcomputerisierung, in einer Landschaft giftfester Neubäume, sonnenenergieproduziertem Wasserstoff für Heizung und Motorenantrieb, gemeinsame Festreden über die unbeschwerte ökologische Zukunft halten. Kurz, ein Teil zukünftigen Establishments, gegen den die Bildung der nächsten Subkulturen absehbar wird. Die neueren Konflikte Rudolf Bahros mit dem Mainstream der Grünen deuten die Dinge an, die da kommen würden.

Die Gebrauchswertorientierung

Grundlegendes Moment der alternativen Ökonomie

Eine Bestimmung der Zukunft alternativer Ökonomie kann meines Erachtens nur erfolgen, wenn die grundlegenden Momente derselben ebenso wie ihre Systemgrenzen auf die Zukunft hin reflektiert werden. Beginnen wir mit der Gebrauchswertorientierung alternativer Ökonomie, jenem Moment, das jenseits einer Differenzierung in „neue Selbständige" und Kollektive im Zentrum der niederländischen Alternativorganisation MEMO steht: die Herstellung von menschen- und umweltfreundlichen Gütern und Dienstleistungen. Nun ist dies bekanntlich mit dem Gebrauswert eine eigentümliche Sache. In diesen vorerst letzten 10 Jahren, in welchen sich zumindest vorübergehend große Alternativen entfalteten (von den Feministinnen über Ökologisten/innen über Friedensbewegung und Selbstverwaltung bis hin zu Alten, Schwulen, Hausbesetzer(inne)n, Psychiatrisierten und Krüppeln), ist die Gemeinsamkeit eines Negativkatalogs, was nicht unter diese Gebrauchswertorientierung fällt, recht dünn geworden. Gewiß, die Produktion eines alternativen Atomkraftwerks oder auch nur einer alternativen Concorde ist noch niemandem eingefallen, aber der Zeitpunkt im nächsten Jahrzehnt ist abzusehen, in dem kaum ein Produkt nicht auch „alternativ" produziert werden wird, das nach den „Bedürfnissen des Magens und der Phantasie" (Marx) für die einen Teile der Bewegung gebrauchswertorientiert sein wird, während es die anderen Teile als schädigend bekämpfen werden.

Einige Beispiele

Erinnert sei an KFZ-Kollektive und an Bürgerinitiativen gegen den Autoverkehr, an Beschallungskollektive und an Initiativen gegen Lärmschäden, an okzitanischen Wein und Alkoholismus, Tabakladenkollektive und die Raucherdebatte, biologisches Fleisch und Vegetarismus, Softwaregruppen und die Computerdiskussion, die Uhrenfirma LIP und den dezenten Hinweis, früher hätten Revolutionäre auf Uhren geschossen, anstatt dieselben zu produzieren. Zu erwarten sind ökologisch gesinnte Architekten, die Beton mitverwerten, Konkursbetriebe, die sich mit den Feinheiten des Stahlbaus befassen, Alternativtechnologen, die Wattenmeere mit Windmühlen bepflastern.

Möglichkeiten zukünftiger Gebrauchswertorientierung

Daraus ziehe ich den Schluß, daß es zunehmend schwieriger werden wird, die Gebrauchswertorientierung alternativer Ökonomie stofflich zu bestimmen. Dies enthebt uns nicht der Aufgabe, uns Gedanken über die ökologische Qualität alternativ produzierter Güter zu machen. Die von „Blätterwald" vorgeschlagene Diskussion über ein Markenzeichen ist ein weitertreibender erster Schritt dazu. Doch scheint mir im Zentrum zukünftiger Gebrauchswertorientierung die Notwendigkeit zu stehen, eine engere Verbindung der Produzent(inne)n und Konsument(inn)en zu erarbeiten.

Dabei will ich gar nicht soweit gehen, wie eine Reihe von zeitgenössischen Utopien, die umstandslose Vereinigung von Produzenten und Konsumenten auf die Tagesordnung der Zukunft zu setzen. Johan Galtung hat von mitproduzierenden Konsumenten geschrieben, und Alvin Toffler hat gar von „Prosumenten" gesprochen. Der nächste Schritt bestünde meines Erachtens darin, auf immer größerer Stufenleiter herauszubekommen, für welche Güter und Dienstleistungen alternativer Produzent (inn)en ein Bedarf seitens der Konsument(inn)en, die den bestehenden sozialen Bewegungen nahestehen, besteht. Oder, anders gesagt, der Konsum welcher Güter und Dienstleistungen, den wir über unsere Einkäufe bei ALDI und EDEKA, unsere Besuche in mehr oder weniger bürgerlichen Gaststätten, unsere Anschaffungen langlebiger Konsumgüter bei multinationalen Konzernen abdecken, über bestehende Betriebe zu substituieren wäre.

»Alle können alles«?

Der „andere Umgang mit Arbeit" als konstituierendes Moment alternativer Ökonomie

Das zweite konstituierende Moment alternativer Ökonomie ist bekanntlich meines Erachtens der beanspruchte andere Umgang mit Arbeit, mit Arbeitsteilung, mit Hierarchien – vom anders lernen, leben, arbeiten der Tvind-Schulen bis zum „Bei uns ist jede(r) der Chef", wie es jedenfalls vor einigen Jahren die ASH proklamierte. Hier ist meine Diagnose skeptisch: ich glaube nicht, daß der bereits eingetretene Prozeß der Aufsplitterung der Kollektive unter dem Primat der Arbeitsteilung nicht mehr ohne weiteres reversibel ist. Die vor 8 bis 10 Jahren oft zu beobachtende Emphase des „Alle können alles" in alternativen Projekten wird auf absehbare Zeit nicht zu erwarten sein. Umso

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

wichtiger wird es sein, Formen zu erarbeiten, die eine Verfestigung der naturwüchsigen Arbeitsteilung auf lange Sicht zu verhindern geeignet sind. Im politischen Raum ist in den letzten Jahren (bedauerlicherweise auch in einem wieder abnehmenden Maße) der Stellenwert der Rotation wiederentdeckt worden: es wird erforderlich sein, die Rückübertragung von Rotation und vergleichbaren Formen in den alternativ-ökonomischen Bereich anzugehen.

Zur Ökobank

Dieses Problem betrifft auch jene geplante alternative Einrichtung, auf deren Einladung ich hier zu sprechen habe, die Ökobank. Sollte sie zustandekommen, wird sie aufgrund der besonderen juristischen Restriktionen der Bankengesetzgebung in einem außergewöhnlichen Maße mit Tendenzen zur Versteinerung der Arbeitsteilung konfrontiert werden. Je mehr die Blütenträume der Ökobank reifen würden, mit neunstelligem Kreditvolumen, friedensbewegten Sparern und Girokontoinhaber(inne)n und einem kontinuierlichen Flickprozeß zwischen Genossenschaft und Verein, desto eher wäre zu prognostizieren, daß die Angehörigen der Vorstände und Aufsichtsräte zu den mächtigsten Leuten der sozialen Bewegungen der Bundesrepublik Deutschland gehörten. Analoges gälte für die entsprechenden Kolleg(inn)en der teils als Alternative, teils als Ergänzung konzipierten Direktkreditvermittlungen und Bürgschaftsbanken.

RUNDBRIEF ALTERNATIVE ÖKONOMIE

Ende Oktober erscheint der neue Rundbrief des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG SPAK. Zu beziehen ist er gegen Voreinsendung von DM 5.-- bei:
Läufertsmühle
6934 Neckargerach

Aus dem Inhalt:

- Selbsdarstellung des Theoriearbeitskreises
- Protokolle der Sitzungen des AK auf dem Sommerseminar in Altenmelle
- Vorbereitungspapiere zu dem Seminar „Soziale Absicherung und Altersversorgung in selbstverwalteten Projekten" vom 8.-10.11.85 in Bielefeld:
  - Programmvorschlag
  - Aufstellung der Versicherungsmöglichkeiten für Betriebe, Projekte, Initiativen etc.
  - Artikel zu Kollektivbetriebe und sozialer Absicherung, bzw. Alternativen zu bestehenden Systemen
  - Zur Diskussion um die Mindestrente
  - Zahlen und Fakten zur Alterssicherung und eine empirische Untersuchung zur Alterssicherung in der alternativen Wirtschaft
  - Möglichkeiten der betrieblichen Altersversorgung
- Ein Artikel über die Diskussion zum Thema Selbstverwaltungswirtschaft zwischen der SPD und den GRÜNEN
- Eine Ideenskizze zu einem Institutsprojekt für Selbsthilfe, Selbstverwaltungsökonomie und neugenossenschaftliche Ansätze
- Zur Zukunft der Genossenschaftsidee in der BRD

Systemgrenzen

Die erste Systemgrenze

Zur Zukunft der Systemgrenzen alternativer Ökonomie übergehend, wird sich zum einen das Dilemma zwischen Revenueaufkommen und Menschen, die an einer Arbeit im alternativen Sektor interessiert sind, im Falle eines längerfristigen Aufschwungs umkehren. Die Krise ist gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Leuten, die infolge von Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkung und schwer erträglichen Kontrollmechanismen im sogenannten ‚sozialen Netz" an einem Lebensunterhalt in alternativen Betrieben interessiert sind, dem ein eklatanter Kapitalmangel gegenübersteht.

Für den fiktiven Fall, daß für alle 4 Millionen bundesrepublikanischen Arbeitslosen Arbeitsplätze in selbstverwalteten Betrieben geschaffen werden sollten, wären mindestens 80 Milliarden DM erforderlich. Für den Fall des zyklischen wirtschaftlichen Aufschwungs wiederum wäre das Problem des Revenueaufkommens fraglos leichter zu lösen, doch stellt sich die Frage, wieviele Leute noch im selbstverwalteten Bereich arbeiten wollen, wenn es ihnen möglich ist, in der gesamtgesellschaftlichen Wirtschaft zu Tariflöhnen zu arbeiten – jedenfalls in den dann folgenden 20 bis 30 Jahren, bis dieser Aufschwung durch die nächste Krise abgelöst wird.

Wie läßt sich diese Systemgrenze hinausschieben? – „Ein Programm voller Fallen" –

So wäre m.E. in etwa die überraschungsfreie Entwicklung dieser Systemgrenze alternativer Ökonomie. Da jedoch die Funktion der Untersuchung von Systemgrenzen entgegen einer weitverbreiteten Ansicht nicht die ist, Resignation zu verbreiten, sondern zu versuchen, diese Systemgrenzen soweit wie möglich hinauszuschieben, kann es damit nicht sein Bewenden haben. Nichts anderes als das Hinausschieben dieser ersten Systemgrenze ist der Sinn sowohl der Staatsknete-diskussion als auch der intendierten Ökobankgründung. Es handelt sich um die untrennbare Verbindung zweier Aufgaben: der Erhöhung der umverteilbaren Revenuemasse und der politischen Durchsetzung der Verbreitung eines Sektors wirtschaftlicher Selbstverwaltung, der ökonomisch allein nicht durchgesetzt werden kann. Es ist unser gemeinsames Problem, daß auf dem Wege dorthin lauter paradoxe Aufgaben gelöst werden müssen, die an die Stationen gemahnen, die in manchen Märchen zurückgelegt werden müssen: Die Gründung eines abgestuften Systems von Banken und bankähnlichen Einrichtungen, in welchen gleichwohl Kunden, Einleger(innen) und sie tragende politische Bewegungen das Sagen haben; die Stärkung einer wie immer gearteten politischen Vertretung (deren Vorschein, krisengeschüttelt wie immer, die Partei DIE GRÜNEN darstellt), die gleichwohl nicht zur verselbständigten Repräsentanz einer lobbyistischen Wählerschar verkommt; die Annäherung dessen, was derzeit als „Alternativlohn" gehandelt wird„ an den durchschnittlichen Facharbeiterlohn, ohne daß dadurch jenes trade-unionistische Bewußtsein verstärkt (oder überhaupt erst hervorgetrieben) wird, daß gegenüber dem Lohnempfang die Selbstverwaltung oder die Gebrauchswertorientierung zur bloß gleichgültigen Zutat werden läßt; eine Senkung der Selbstausbeutungsrate, ohne daß jedes außerhalb der Arbeit geäußerte freundliche Wort, jede in die Gemeinsamkeit von Leben und Arbeit integrierteDienstleistung nur noch als Moment von Selbstausbeutung wahrgenommen wird; schließlich ein für den Fakt der Konkurrenzfähigkeit insbesonders auch im Falle des Aufschwungs überlebenswichtiger Ausbau der Maschinerie (wie sie etwa Dieter Otten in seiner Utopie elektronifizierter Kleingenossenschaften entworfen hat), der gleichwohl die herkömmlichen Folgen des Einsatzes von Maschinerie, von der Rationalisierung bis zur Unterwerfung des Arbeitsrythmus unter ihren despotischen Takt zu vermeiden bestrebt ist. Dies wäre ein anspruchsvolles Programm, und es steckt, wie auf den ersten Blick zu sehen ist, voller Fallen. Jedoch werden paradoxe Aufgaben dieser Art, und ich habe noch sicherlich einige vergessen, gelöst werden müssen, wenn die Hoffnung auf Selbstverwaltungswirtschaft mehr sein soll als eine Episode inmitten einer endlos erscheinenden ökonomischen und ökologischen Krise.

Die zweite Systemgrenze

Vergleichbares gilt für die zweite Systemgrenze, die Unmöglichkeit eines geschlossenen alternativ-ökonomischen Reproduktionskreislaufs. Oder, populär ausgedrückt: je mehr sich die alternative Ökonomie entfaltet, desto mehr verdienen die anderen daran, die herkömmlichen Einzelkapitalien, die die Alternativbetriebe mit Rohmaterial, Baustoffen, Werkzeugen und Maschinen ausstatten.

„Autarkie im Reich der Illussionen"

Gewiß, die Vorstellung einer bald zu erreichenden Autarkie ist ins Reich der Illusionen zu verweisen – selbst der elaborierteste Entwurf (viel elaborierter als etwa der Rudolf Bahros) dezentralen Wirtschaftens, Goldsmith/Allens „Planspiel zum Überleben", setzt hierfür klugerweise eine Zehnjahresfrist an. Doch auch hier muß kein Anlaß zur Entmutigung bestehen: jedes Prozent, das an Reproduktionsanteilen durch gegenseitige Kooperation und Hilfe gewonnen werden kann, stellt sich mir als Erfolg dar. Zum einen wäre auch hier jener Fluß selbstbestimmter europäischer Untersuchung sinnvoll, den ich schon im Zusammenhang der Gebrauchswertorientierung erwähnt habe. Ihr Zweck läge darin, herauszubekommen, welche Produktion welcher Projekte in eine sinnvolle Verbindung mit den Produkten anderer Projekte gebracht werden könnte.

„In Systemen zu denken als eines der ersten Erfordernisse ökologischen Denkens und Handelns"

Zum anderen wäre es, jenseits der im alternativen Gewande vorherrschenden Konkurrenz, Cliquenwirtschaft und Kleinstädterei notwendig, etwas zu tun, was immer als eines der ersten Erfordernisse ökologischen Denkens und Handelns benannt wird: nämlich, in Systemen zu denken. Eine größere Anzahl alternativer Kneipen etwa mit einer Brauerei, eine größere Anzahl von Taxi-Kollektiven mit einer der ehemaligen Volvo-Bau-Einheiten, eine größere Anzahl Druckereien mit den einschlägigen Papier- und Maschinenproduktionen, eine größere Anzahl von technologischen Betrieben mit einer Entwicklungsgesellschaft für AT, und all diese und noch viel mehr mit den entsprechenden sozialen, kulturellen und Bildungeinrichtungen zu verbinden. Auf der mittleren Ebene klafft zwischen den kühnen Entwürfen Ernest Callenbachs, Joseph Hubers oder Otto Ulrichs – um nur einige zu nennen – und der Handwerkelei von Hinterhoftischlereien oder Buchhandelskollektiven eine große Lükke.

Die dritte Systemgrenze

Schließlich die dritte Systemgrenze alternativer Ökonomie: die der unaufhaltsamen Preissteigerung von Grund und Boden, gerade wenn er von alternativen Einrichtungen verstärkt in Anspruch genommen würde. Auch hier gilt es, sich von dieser unbestreitbaren Tendenz nicht entmutigen zu lassen, sondern auszutesten, wieweit sich diese Systemgrenze ausdehnen läßt, und wo sie dann zu einer vorläufig-endgültigen wird. Sicher gibt es erste Aktivitäten in dieser Richtung; nur beispielsweise nenne ich den Wohnbund. Auch scheint es mir zum heimlichen Lehrplan der zukünftigen Ökobank zu gehören, da sie gleichzeitig alternative Projekte fördern und auf die banküblichen Sicherstellungen achten muß, daß es zu einem ordentlichen Teil auf den Erwerb alternativen Grund und Bodens hinauslaufen wird. Auf eine weite Zukunft hin, insbesondere wenn sich Ideen großer Kommunen, weitläufiger Dezentralisierungen und vergleichbare ausdehnen sollten, werden wir aber um eine außerökonomische Regelung, um die gesetzliche Fundierung eines reformierten Bodenrechts nicht herumkommen.

Bedingungen für eine Selbstverwaltungswirtschaft

Aus den genannten in sich ambivalenten Versatzstücken zur Zukunft der alternativen Ökonomie wird klar, daß ich nicht ohne weiteres in der Lage sein werde, ein leuchtendes Panorama zukünftigen Wirtschaftens in die abendlichen Lüfte der Bodenseeregion zu malen. Dies betrifft insbesondere mögliche Erwartungshaltungen , die die Zukunft der alternativen Ökonomie unversehens in die konkrete Utopie einer Selbstverwaltungswirtschaft hinübergleiten zu hören hoffen. So sehr mir selbst diese Vorstellung angenehm wäre, so sehr fühle ich mich gezwungen festzustellen, daß mir – wenn nicht etwas geschieht – der Niedergang der alternativen Ökonomie in der nächsten Generation als wahrscheinlicher erscheint, als der Übergang in die Selbstverwaltungswirtschaft. Dennoch möchte ich mit einigen Anmerkungen möglicher Bedingungen zukünftiger Selbstverwaltungswirtschaft schließen:

„Niedergang der alternativen Ökonomie wahrscheinlicher, als der Übergang in die Selbstverwaltungswirtschaft"

Willensbildung in und zwischen alternativen Projekten

Die Willensbildung in und zwischen den alternativen Projekten hat sich in den letzten 15 Jahren, das darf bei allen Kritiken nicht übersehen werden, gewaltig demokratisiert. Dennoch sind eine Reihe von (langfristig entmotivierenden) Sackgassen noch nicht überwunden worden, auf die, wenngleich aus entgegengesetztem Interesse, 1905 schon Robert Michels hingewiesen hat. Mit geringfügigen Variationen, die dann vielleicht immer noch Rotation genannt werden, vertreten immer dieselben wenigen Leute die alternative Ökonomie in allen möglichen Zusammenhängen. Und das, obwohl die Anzahl ihrer Teilnehmenden eher den Namen der „Leerversammlungen" verdienen dürften. So verdienstvoll, um das gerade in Achberg zu sagen, die Bestrebungen der „Aktion Volksentscheid" sind, eine Urabstimmung in die bundesrepublikanische Verfassung hineinzubekommen, so wenig habe ich von Versuchen gehört, die Urabstimmung als Form der Willensbildung in die projektübergreifende Selbstverwaltung, sei es der Partei DIE GRÜNEN, sei es der NETZ–WERKE SELBSTHILFE, sei es der AKTION DRITTER WEG, sei es von Selbstverwaltungsverbänden einzuführen.

Der Selbstverwaltungsverband

Ein weiteres Problem liegt meines Erachtens in der von mir bereits 1977 befürchteten Gefahr, es würde in einigen Jahren nicht einen, folglich verhältnismäßig starken Selbstverwaltungsverband geben, sondern mehrere, die einander in Konkurrenz gegenüberstehen. Einen Eindruck von der zu befürchtenden Stichhaltigkeit dieser Prognose gibt die Lage der Zusammenschlüsse der israelischen Kibbutzim: da gibt es beileibe nicht einen, sondern nach politischer Ausdifferenzierung fünf davon. Wenn ich alleine an die Partei DIE GRÜNEN denke, wo ich, um eine frühere Metapher Wilfried Heidts zu variieren, viel Vielfalt, aber wenig Einheit wahrzunehmen imstande bin, fürchte ich um den dauernden Bestand jener Selbstverwaltungsorgane, die an dieser Partei orientiert sind. Daneben könnten noch in einigen Jahren ein SPD-Kleingenossenschaftsverband, ein autonomistischer Selbstverwaltungsverband, ein feministischer Selbstverwaltungsverband entstehen.

Integrierte Unterstützung sozialer und kultureller Projekte durch ökonomische Projekte

Zentral für den allmählichen Ausbau der Selbstverwaltungswirtschaft wäre der Ausbau einer Idee, die von ASH, wie auch von der AKTION DRITTER WEG, notwendigerweise rudimentär praktziert wird. Die Rede ist von der integrierten Unterstützung sozialer und kultureller Projekte durch ökonomische Projekte. Ohne eine solche Integration werden die Ansätze zur Selbstverwaltung sich allzusehr auf die ökonomistische Sichtweise beschränken. Der Weg zu diesem integrativen Verbund führt über gemeinsame Unterstützungsfonds und Netzwerke mehrerer Betriebe, die nicht über die Größe und relative ökonomische Potenz der ASH verfügen, in sozialen und kulturellen Angelegenheiten. Allerdings sehe ich, bei Auswertung aller zeitgenössischen Schätzungen, das Problem, daß die Anzahl der sozialen und kulturellen Projekte die Anzahl der Betriebe in Selbstverwaltung bei weitem übersteigt, daß also die Konkurrenz ersterer um die Unterstützung eine beträchtliche sein dürfte.

Schlußbemerkung

Und schließlich eine letzte Anmerkung, die mit der Zukunft der alternativen Ökonomie sicher nur am Rande zu tun hat, aber fraglos erhebliche Wirkungen auf die Zukunft der alternativen Ökonomie ausüben würde. Würden die Leute im Umkreis der Selbstverwaltungsbestebungen einander mehr mögen, vielleicht würde die Chance auf ihre Verwirklichung etwas steigen."

FREIES RADIO NUR IM DREYECKLAND?

Ein Beitrag zur medienpolitischen Abstinenz der Linken in der BRD

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Die Entwicklung seit April 1985

Vor genau einem halben Jahr, im April '85, begann Radio Dreyeckland (RDL) aus einem offenen Studio in Freiburg zu senden, instandbesetzte „seine" Frequenz, um Freies Radio in der BRD zu machen und möglich zu machen (zur Geschichte von RDL siehe Kasten). Im bundesweiten Aufruf zu diesem Freiburger Sendestart hieß es:

„Wenn wir Freies Radio auch in der BRD machen wollen, müssen wir irgendwo eine Bresche in die Mauer der Unmöglichkeit schlagen." **und** *„Aufruf an alle, die es satt haben, nur ohnmächtig hinter den Fortschritten der kommerziellen Medien herzukläffen; Hört auf zu jammern - setzt Euch in Bewegung.... Wir wollen Euch zeigen, daß Kommunikation auch etwas anderes sein kann, als digitalisierte Impulse einer Glasfaser. Und wir wollen gemeinsam überlegen, wie wir noch mehr Breschen in die Mauer schlagen können."* **(1)**

Viele kamen im April. 5 Tage lang konnte RDL und seine Freunde/innen Radio gestalten, ganz öffentlich, mitten in einem für alle zugänglichen Ort in Freiburg.

- Theo Pinkus und Gerd Röscher berichteten über die Arbeiterradiobewegung in der Weimarer Republik,
- Hausbesetzer und Mieter aus Freiburg trafen sich zur Radiodiskussion "schöner, billiger wohnen",
- tägliche Nachrichten, in denen Betroffene zu Wort kamen, in denen anderweitig unterdrückte Meldungen zu hören waren
- und natürlich Musik.

In der Erinnerung erscheint das eine oder andere vielleicht zu rosig, sicher manche Sendung war holperig, da und dort war die Übertragung technisch nicht einwandfrei – aber: Freies Radio funktionierte und konnte in Freiburg Leute begeistern, die sich an Sendungen beteiligten, die einfach mal beim Studio vorbeischauten, die anriefen, und ihre Solidarität erklärten.

Nach 5 Tagen wurde das Freiburger Studio von RDL durch mehrere Hundertschaften der Bereitschaftspolizei geschleift – ein Sender wurde weder gefunden noch beschlagnahmt. Die Polizeiaktion war begleitet von der Live-Berichterstattung durch RDL, das aus einem geheimgehaltenen Studio weitersendete.

Über 3000 Menschen demonstrierten am darauffolgenden Tag unter den Losungen: "Eine Frequenz für RDL", "Kein Kommerz auf Megahertz", "Zulassung Freier Radios in der BRD" in der Freiburger Innenstadt. Trotz aller Kriminalisierungsversuche (insgesamt bisher 10 Hausdurchsuchungen und 7 E.D.Behandlungen) ließ es sich RDL nicht nehmen, immer wieder aus Freiburg öffentlich zu senden, zuletzt wieder konzentriert eine Woche im Juli täglich jeweils 2 Stunden aus wechselnden Räumen, die politische Gruppen in der Region dem Radio als Asylgebäude zur Verfügung gestellt hatten. Die Sendungen wurden jeweils von verschiedenen Gruppen getragen, Friedens-, Öko- und Dritte-Welt-Gruppen waren genauso beteiligt wie politische Vereinigungen oder Parteien, wie die Friedensliste, die Grünen, die örtliche SPD.

Auch während der Sommersendewoche fuhr die Polizei einen Großeinsatz gegen das Freie Radio und mußte ein weiteres mal unverrichteter Dinge abziehen. Am folgenden und 2 weiteren Tagen war RDL wieder zur gewohnten Stunde zu hören, an diesen Tagen vor der Sommerpause unbehelligt durch bewaffnete Polizei, aller Wahrscheinlichkeit nach aber gut beobachtet durch Polizisten in Zivil.

Gegenwärtig nähert sich nun das Ende der Sommersendepause. Es stellt sich die Frage nach dem weiteren Vorgehen des Radios danach, ob es gelungen ist diese Bresche in die Mauer zu schlagen.

Medienpolitische Handlungsperspektiven der Linken?!

Festzustellen ist: RDL wird vermißt! Wie oft hört man in Freiburgs Kneipen, auf der Straße, unter Bekannten: "Was ist denn los, man hört RDL ja gar nicht mehr!" Und RDL wird, trotz aller Anstrengungen von Seiten der Staatsanwaltschaft unterstützt. Es liegen jetzt bereits viele Anfragen von Gruppen vor, die ab Herbst wieder Sendungen im Freien Radio gestalten wollen. Freies Radio als Mittel freier Kommunikation, unzensiert, authentisch, kontrovers, die Erfahrungen, die zu entfaltenden Möglichkeiten mit diesem Medium sprechen für sich.

Aber es gibt auch die Skeptiker. "Alle Bewegungen sind nahezu tot, was ist mit dem Häuserkampf, dem Anti-AKW-Kampf, der Friedensbewegung oder gar dem Antimilitarismus? Ausgepufft; und da will RDL eine Radiobewegung entfalten? Sind die RDL-Leute Idealisten/innen, Narzisten/innen oder nur naiv, wenn sie glauben, Freies Radio in so einer Zeit durchsetzen zu können?"

Bundesweit scheint sich in der Mediendiskussion vor allem diese Resignation der Linken durchgesetzt zu haben. Medienpolitik ist zwar "in", aber fast unwidersprochen wird sie bestimmt durch die Kooperation der Giganten, durch die Häuser Springer, Burda, Bertelsmann, Holtzbrinck und andere große Verleger, durch die Multis der Elektronikbranche, durch Postminister Schwarz-Schilling mit seinen befreundeten Kabelfirmen und Politikerkollegen, So forderte Schwarz-Schilling Anfang September eine "liberale Handhabung" des Fernmeldeanlagengesetzes, damit auch Privatunternehmen statt der Post selbst verkabeln dürfen und als Betreiber technische Standards und auch Gebühren dieser Netze selbst festlegen können. (2) Und der medienpolitische Sprecher der CDU im Baden-Württembergischen Landtag, von Trotha, führt zu den Zielen der gesamten Medienpolitik aus, *"... daß es bei der Zulassung privater elektronischer Medien um eine 'machtpolitische Frage ersten Ranges' gehe. 'Für viele Menschen gilt nicht das, was ist, sondern ihre Meinung über das, was ist – und wer die prägt hat die Macht. . . Die Kommunikation sei der 'Kitt der Gesellschaft', die Medien bestimmten häufig die Tagesordnung der Gesellschaft." (3)*

Das jetzt bereits bundesweit in die Kabelnetze eingespeiste private Fernsehprogramm SAT 1 läßt Schlüsse auf die bevorstehende Meinungsvielfalt zu. (siehe Zeitungsartikel hierzu auf der nächsten Seite)

Fortsetzung nächste Seite

RDL – von den Ätherpiraten zum Gesellschaftsfunk

Wie alles anfing...

1977 schickte Radio Dreyeckland seine ersten Ätherwellen von einem besetzten Strommast in Helteren in die Lande. Damals noch Radio Verte Fessenheim, war es entstanden aus der Anti-AKW-Bewegung, aus dem Bedürfnis, der betroffenen Bevölkerung ein Sprachrohr für unverfälschte Nachrichten zu bieten. Abwechselnd wurde aus dem Elsaß oder von der badischen Seite gesendet.

1979 Von nun an war die „badische Antenne" jede Woche donnerstagsabends auf 102 MHZ zu hören.

Von Radio Verte Fessenheim zu RDL....

1981, als der ehemalige Radiopirat Mitterand zum Präsidenten gewählt wurde, endete die Verfolgung Freier Radios in Frankreich. Aus Radio Verte Fessenheim wurde Radio Dreyeckland, da die Berichterstattung einen breiteren thematischen Rahmen einnahm und „grün" inzwischen eine Parteifarbe war.

... endlich ein Studio mit Telefon

1982 fand das Radio in der Waschküche eines Bauerhauses sein erstes Domizil. Über Telefon konnten sich die Hörer ab da direkt an den Sendungen beteiligen. Paralell dazu gibt es seit diesem Zeitpunkt die öffentlichen Redaktionssitzungen einmal pro Woche im Buchladen Jos Fritz. Nun geht alles immer schneller: zwei Sendungen pro Woche, Aktionsradio in Lahr, Wyhl und Freiburg. Im Herbst wird der Freundeskreis Radio Dreyeckland e.V. von damals 300 Hörern/innen, die das Radio finanzieren, gegründet.

RDL täglich im Äther

1984 Anfang des Jahres kann man bereits dreimal pro Woche RDL empfangen – ab Oktober sogar täglich. Im November stellt der Freundeskreis RDL einen Lizenzantrag an die Landesregierung.

Zurück aus dem Exil
Knüppel gegen Ätherwellen

1985 Als die Landesregierung jegliche inhaltliche Auseinandersetzung mit Freien Radios verweigert, verläßt RDL im **Radiofrühling 1985** das Elsaß und kehrt nach Freiburg zurück. Fünf Tage lang sendet RDL unbehelligt aus der „Grether Fabrik", dann kommt die Antwort der Landesregierung in Form mehrer Hundertschaften schlagstockbewehrter Bereitschaftspolizisten und Sondereinsatzkommandos. Einen Tag später demonstrierten dreitausend Menschen für Radio Dreyeckland in der Freiburger Innenstadt. Doch ungeachtet der bundesweiten Proteste versucht der Staatsapparat durch Hausdurchsuchungen, Observationen und erkennungsdienstlicher Behandlung mehrerer Personen ein Klima zu schaffen, das der Landesregierung eine politische Auseinandersetzung mit diesem aufmüpfigen Radio ersparen soll.
Aber schon der **Radiosommer** im Juli 1985 zeigte, daß sich die vielen Gruppen und Einzelpersonen trotz Kriminalisierung nicht einschüchtern lassen, sondern weiter fleißig „Beihilfe" beim Verstoß gegen das Fernmeldeanlagengesetz – nach Lesart des Staatsanwalts – leisten.
Eine Unterschriftensammlung für eine Frequenz für RDL und gegen seine Kriminalisierung wird einmal mehr zeigen, daß diese Region eine freie Stimme im Äther braucht.
Nach dreimonatiger Sendpause und Vorbereitungsphase nimmt RDL im **Radioherbst** Oktober 1985 seinen täglichen Sendebetrieb aus einem festen und öffentlichen Studio in Freiburg wieder auf.
Das Aktionskommando „Vier Jahreszeiten" erklärt das Jahr 1986 zum Jahr der Freien Radios.

Fortsetzung von Seite 8

Die erste deutsche private TV-Station, SAT 1, sendet seit 1. Januar; die Signale kommen von dem Satelliten ECS 1 und werden von der Post in die Kabelnetze geleitet - täglich zehn Stunden. Bankleute und Lebensmittelverkäufer haben dort das Sagen: Knappe 60 Prozent des SAT-1-Programms kommen von der PKS (Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk), einem Zusammenschluß der Volks- und Raiffeisenbanken mit den Handelsketten Rewe und Edeka. Die PKS hat sich auf Popmusik, Unterhaltungsserien und Spielfilme spezialisiert. Die zweitstärkste Gruppe von SAT 1 heißt APF (aktuell Presse Fernsehen, 14,8 Prozent an SAT 1). Sie besteht aus 165 deutschen Zeitungsverlagen. Über ein Drittel dieser Gruppe gehört dem Axel-Springer-Verlag.

Springer ist auch noch mit 4,6 Prozent an Unterhaltung, Sport und Quiz beteiligt. Magazine betreut der Burda-Verlag in Offenburg, er befaßt sich mit Männern, Urlaub, Freizeit. Dagegen widmet sich die Verlagsgruppe Bauer der Jugend und den Frauen (Stars, Küchen, Kosmetik und Mode). Für Kinder ist bei SAT 1 der Ravensburger Verlag Otto Maier zuständig (2,5 Prozent). Die Wirtschaft wird von der Holtzbrinck - Gruppe („Handelsblatt", „Wirtschaftswoche") wahrgenommen: „WM" heißt ihr Wirtschaftsmagazin. Die beiden großen Kirchen besetzen sonntags abwechselnd fünf Minuten. Über die Pilot-Medien-GmbH haben der Deutsche Industrie- und Handelstag und der Bundesverband der Deutschen Industrie Einfluß auf dieses Programm.

aus Bad. Zeitung 5./6.6.85 (4)

In Baden-Württemberg wird dieses Fernsehprogramm bereits in die Kabel eingespeist, obwohl noch keine gesetzliche Grundlage durch ein Landesmediengesetz existiert, welches der Rechtsprechung durch das Bundesverfassungsgericht (3. Fernsehurteil von 1981) entspricht.

Unlängst fand in Berlin die Funkausstellung statt, auf der die oben angerissene Entwicklung Programm war. Bildschirmwände mit 55 Programmen gleichzeitig, prognostizierte Realität ab 1990 dank dem Hybrid-Satelliten "Coronet", das Kabel macht's möglich. Medienvielfalt als Medieneinfalt, Gleichschaltung der Information und Kultur. Die Folgen dieser sich abzeichnenden Entwicklung werden allenthalben an die Wand gemalt, man/frau kennt sie und quält sich beim Gedanken daran in Agonie, verhält sich "postmodern" und und findet Gegenöffentlichkeitsstrategien "altmodisch".

Parallel zur Funkausstellung fand in Berlin die "Internationale Bild- und Tonstörung" statt. Aus dem Programm:

"aus Anlaß der Internationalen Funkausstellung und dem Start des Berliner Kabelpilotprojekts, aus Anlaß der massiven Kommerzialisierung unserer Lebenswelt, der Massenmedien und der Kultur,
aus Anlaß der sich ankündigenden tiefgreifenden gesellschaftlichen Umwälzung durch den Einsatz neuer Technologien,
aus Anlaß dieser eindimensionalen Technologie- und Gesellschaftsentwicklung ist es an der Zeit, unsere Kritik zu formulieren und Alternativen zu denken, zu leben, zu fordern." (5)

In den Arbeitsgruppen zum Thema "Legal-illegal oder wie erkämpft man/frau sich das Recht auf Freies Radio" oder "Perspektive und Utopien für Freie Radios in der BRD und Westberlin" setzte sich die Skepsis fort:

"Sollen wir nicht lieber uns einen Teil vom Kabel kaufen, um überhaupt etwas zu tun? Können wir nicht den Marsch durch die Institution des öffentlich-rechtlichen Rundfunks antreten? Sind Freie Radios nur möglich als Aktionsradios aus der Illegalität, getragen von einer kleinen konspirativen Gruppe?
Ja, im europäischen Ausland (Schweiz, Niederlande, Dänemark, Frankreich, Italien) da sind Freie Radios möglich, weil da auch andere politische Verhältnisse herrschen! (Mußten diese Radios nicht erkämpft werden?)
Ja, Radio Dreyeckland ist ja fast so etwas wie ein ausländisches Radio, es konnte von Frankreich aus senden, früher, und entstand schließlich in einer bewegungsschwangeren Zeit, in der Blüte des Anti-AKW-Kampfes um Wyhl!
Ja, wären wir 50 Leute, dann könnten wir vielleicht auch mal an Freies Radio in unserer Stadt denken, aber mit so wenigen...!"

Es scheint so, als ob sich bundesweit unter den Linken wirklich der medienpolitische Jammerzustand hält – ganz abgesehen von den Einsteigern ins System, deren „Eingekauftwerden" wohl nur eine Frage der Zeit sein kann.

Konsequenzen für Radio Dreyeckland

Und dennoch – RDL hämmert weiter an seiner Bresche in der Mauer, um durchzusetzen, daß es unverfolgt senden kann. Denn nur so ist Freies Radio als Radio, in dem Hörer/innen massenhaft zu Radiomachern/innen werden, möglich. Bewegungslose Zeiten sind Zeiten der Bewegung für und von der Reaktion; sind da nicht die wahren Idealisten/innen diejenigen, die auf bessere Zeiten warten?

In Baden-Württemberg –und da vor allem in Freiburg spitzt sich in der Medienpolitik z.Zt. die Auseinandersetzung auf die Frage zu: Gelingt es der CDU-Landesregierung unter Ministerpräsident L. Späth samt ihrer verschiedenen Helfer bei Polizei und Staatsanwaltschaft, RDL und alle Forderungen nach Zulassung Freier Radios in allernächster Zeit zum Schweigen zu bringen, um so in Ruhe ihr Landesmediengesetz zu verabschieden (siehe Kasten), und in dessen Folge ungestört in Rundfunk und Fernsehen dem privaten Kommerz Tür und Tor zu öffnen. Oder bleibt RDL ein Faktor, getragen von der Bevölkerung der Region und von vielen Sympathisanten/innen im Land, an dem die Landesregierung, wenn auch zähneknirschend, bei der im Frühjahr 86 anstehenden Frequenzvergabe nicht vorbeikommt. Damit wäre allerdings die Grundlage geschaffen für weitere Ansprüche, die vielleicht von Freunden/innen des Freien Radios überall im Land gestellt würden. Die hiervon ausgehende Gefahr einer Meinungsfreiheit im Äther für die Herrschenden ist leider ablesbar an der massiven Einschüchterung und versuchten Kriminalisierung. Von den Linken als Handlungsmöglichkeit aber leider weder ernoch be-griffen.

RDL hat sich dafür entschieden, ein Faktor zu bleiben. Seit geraumer Zeit läuft in der Region eine Unterschriftensammlung unter den Forderungen nach Einstellung der Kriminalisierung und Erteilung einer Frequenz.

RDL ist initiativ geworden, um einen Verband aller Initiativen und Interessenten für Freie Radios in Baden-Württemberg zu gründen. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Radiokreisen zu vernehmen, wird in der letzten Oktoberhälfte der Sendebetrieb aus Freiburg wieder aufgenommen. Denn was ist ein Freies Radio, das nicht zu hören, nicht zu benutzen ist!

Natürlich wird es unter den beschriebenen, von oben diktierten Bedingungen nicht so einfach sein, attraktives Radio regelmäßig und rund um die Uhr zu machen.

Aber es ist, wie bereits zweimal bewiesen, auch nicht so einfach, RDL zum Schweigen zu bringen, oder den Äther zu räumen.

Traudel Günnel/Freiburg

P.S.: An alle, die Aufgrund dieses Berichtes und der verbreiteten Resignation zum Trotz, doch Lust bekommen haben, auch an einer Radiobresche zu klopfen:
Hört, macht, unterstützt Freie Radios! Gründet Radio-Initiativen vor Ort und tretet in Kontakt mit Radio Dreyeckland
c/o Fabrik für Handwerk und Ökologie, Habsburger Str. 9
7800 Freiburg

Literaturverzeichnis:
1) Aufruf des Freundeskreises RDL zum Freiburger Sendestart, April '85
2) Badische Zeitung vom 10.9.85
3) Badische Zeitung vom 6.7.85
4) Hanno Kühnert: Privates Fernsehen – einer einzigen Gruppe ausgeliefert, in: Badische Zeitung vom 5./6.6.85
5) Programm der Internationalen Bildstörung, Berlin, August 1985
6) T. Günnel: Die Frequenzbesetzung von Radio Dreyeckland, in: Medium, 4 und 5/85
7) Radio Dreyeckland, eine Frequenz jetzt! Broschüre des Freundeskreises RDL Freiburg, August '85

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

MEDIENPOLITIK DER LANDESREGIERUNG BA-WÜ

Seit 1983	Verschiedene Entwürfe für ein Landesmediengesetz, daß die Zulassung privaten/kommerziellen Rundfunks und Fernsehen regeln soll, kursieren im Land.
Oktober 1984	Das von der Landesregierung als „Vorstufe für privaten Rundfunk (von Trotha, CDU), initiierte Stadtradio Freiburg" geht auf Sendung. Der Südwestfunk finanziert mittels Rundfunkgebühren den Einstieg der regionalen Monopolzeitung „Badische Zeitung" in den Privatfunk.
Januar 1985	Das als „Versuch" bezeichnete und mit Rundfunkgebühren finanzierte Kabelpilotprojekt Ludwigshafen (Veranstalter ist allerdings die Landesregierung Rheinland-Pfalz, d. S.) wird zur Startrampe für das erste private Satellitenprogramm der BRD: SAT 1. SAT 1 wird von konservativen Großverlagen wie Springer, Bauer, Burda usw. getragen, und verstößt klar gegen das Gebot der „inhaltlichen Ausgewogenheit" (BVerfG 16.1.81)
Februar 1985	Die baden-württembergische Landesregierung legt einen Entwurf für ein neues Landesmediengesetz dem Landtag vor, daß der Kommerzialisierung von Rundfunk und Fernsehen alle Türen öffnet:

Einige Hörfunk-Regelungen aus dem geplanten Landesmediengesetz:

- Der Gesetzentwurf erlaubt die Zulassung privater Hörfunkprogrammanbieter. (§ 14)
  Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird untergraben. Der Gesetzentwurf enthält eine Bestands-, aber keine Entwicklungsgarantie für die öffentlichrechtlichen Rundfunkanstalten; deren regionale Neuausbreitung wird in Zukunft untersagt, um privaten Anbietern keine Konkurrenz zu schaffen. (§ 13)
- Der Gesetzentwurf legt sich auf Außenpluralität fest, um den Anforderungen des 3. Fernsehurteils des Bundesverfassungsgerichts von 1981 zu entsprechen. (§ 14/2)
  Diese Außenpluralität (mindestens drei lokale Anbieter in einem Gebiet) kann umgangen werden, z.B., wenn
  „der Veranstalter
  1) aus Vertretern der im Verbreitungsgebiet wesentlichen Meinungsrichtungen zusammengesetzt ist oder
  2) in anderer Weise ... rechtlich die Gewähr dafür bietet, daß seine Sendungen insgesamt ein ausgewogenes Meinungsbild vermitteln ..."
- Der Begriff „lokal" bezogen auf das Verbreitungsgebiet eines Programms beinhaltet ein Fünftel der Fläche ganz Baden-Württembergs, ermöglicht also ein durchaus überörtliches Verbreitungsgebiet. (§ 20/3)
- Das Programm darf der Werbewirtschaft und ihren Interessen angepaßt werden, indem 20 % der Sendezeit aus Werbung bestehen darf und Sendungen, die länger als 60 Minuten dauern durch Werbung unterbrochen werden dürfen. (§ 30)

März 1985	Der baden-württembergische Landtag verabschiedet im Schnellverfahren ein „Vorschaltgesetz", das die Einspeisung privater Satellitenprogramme in die Kabelnetze erlaubt.
Mai 1985	Die Oberpostdirektion Freiburg speist den „illegalen Sender" SAT 1 (Zeit v. 31.5.85) in das Freiburger Kabelnetz ein. Gesetzliche Grundlage: das verfassungswidrige „Vorschaltgesetz" vom März 1985.
Oktober 1985	Das „Stadtradio Freiburg" betreibt Werbung. „lokale Funkwerbung jetzt auch in Freiburg" (Anzeige in der Badischen Zeitung vom 21.9.85). Kontaktadresse für Sendezeiten: der Hersteller der Badischen Zeitung.
Dezember 1985	Für diesen Monat ist die Verabschiedung des Landesmediengesetzes durch den Landtag geplant, danach erfolgt die Frequenzvergabe.

Anzeige

Ein Handbuch für Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen, für Bürgerinitiativen, für Studierende, Lehrer/innen, Journalisten/innen und alle, die ‚einfach so' an kommunalpolitischen Themen interessiert sind.

Mit einführenden Texten zu insgesamt 36 Fachthemen, Stichwortverzeichnis, Material- und Adressenlisten.

352 Seiten, DM 34,– zzgl. Versand (DM 1,40 für 1 Expl.)

.....

Außerdem bringen wir alle 2 Monate die ALTERNATIVE KOMMUNALPOLITIK – Fachzeitschrift für Grüne und Alternative Kommunalpolitik – heraus. Das Einzelheft kostet DM 7,– (zzgl. Versand), das Jahresabonnement (= 6 Hefte) DM 42,–.

Das aktuelle AKP-Heft zum Kennenlernen versenden wir postwendend, wenn uns DM 7,– in Briefmarken zugehen!

Alternative Kommunalpolitik
Fachzeitschrift für Grüne und alternative Politik
Herforder Str. 92
4800 Bielefeld 1

Schenken Sie uns reinen Wein ein, Herr Pieroth!

WIE ES DER BERLINER WIRTSCHAFTSSENATOR MIT DEN ALTERNATIVEN HÄLT

Die aufmerksamen Leser werden es schon bemerkt haben. Das Thema des Sommers – die Weinpanscherei – wurde bisher von CONTRASTE nicht aufgegriffen. Doch was sollten wir auch berichten? Probleme der selbstverwalteten Weindealer im Zuge der Affäre, einen ökologischen Winzer interviewen oder gleich eine Vertriebsorganisation für ökologische Weine initiieren, samt Qualitätskontrolle. Kurzum: ein schwieriges Thema, das wir vorerst nicht angehen werden.

Anstelle dessen haben wir einen Weinexperten befragt, der inzwischen an anderer Stelle eine wichtige Funktion hat: den Berliner Wirtschaftssenator Pieroth. Er wurde auch nicht zum Weinskandal befragt, sondern zum Thema Selbstverwaltung und Alternativökonomie. Dabei erinnert das, was er uns sagte, durchaus an süßlichen Wein – er verhehlt nicht seine Sympathie für „alternative" Unternehmer und zeigt ernsthaftes Interesse, „diese Initiativen zu fördern". Ob dieser Wein nun auch tatsächlich so gut ist oder ob er doch gepanscht ist mit Ausgrenzungs- und Integrationsstrategien, das muß erst noch untersucht werden.

Das Interview führten Marlene und Michael von STATTwerke.

CONTRASTE: *Der Alternativsektor ist in den letzten Jahren kräftig gewachsen. Im Bundesgebiet wird die Zahl der selbstverwalteten Betriebe auf 4.000 geschätzt, die Zahl der dort geschaffenen Arbeitsplätze beträgt etwa 24.000. In Berlin – dem Mekka der Alternativen – gibt es rund 300 selbstverwaltete Betriebe mit ungefähr 2.000 Arbeitsplätzen. Wie schätzen Sie die beschäftigungspolitische Bedeutung dieses Sektors ein? Welche Entwicklungschancen räumen Sie den Alternativen ein?*

Pieroth: (.) Wenn sich Menschen zusammentun, um gemeinsam eine Firma zu gründen, dann ist das eigentlich das menschlichere Vorgehen, als wenn das nur einer macht und sich seine Leute irgendwo anheuert. Deshalb setze ich gerade für die nächsten Jahre – mit wachsender Gewöhnung an eine post-industrielle Gesellschaft auf mehr Mitbeteiligung vieler, mit wachsendem Erkennen, daß man die wenigsten Probleme hierarchisch lösen kann, doch darauf, daß dieser Gedankengang sich in den verschiedensten Formen, z.B. auch wie hier im alternativen Sektor, sich ausdehnen wird.

CONTRASTE: *Selbstverwaltete Betriebe haben erhebliche Finanzierungsprobleme (wegen Eigenkapitalmangel und fehlender persönlicher Kreditwürdigkeit) – ein Phänomen, was man auch bei vielen Kleinbetrieben traditioneller Art findet. Beabsichtigen Sie, selbstverwaltete Betriebe mit in die Wirtschafts- und Förderpolitik einzubeziehen, um dieses Finanzproblem zu lindern und wenn, welche Maßnahmen halten Sie für geeignet?*

Pieroth: Alle Betriebe sind – wenn die Kriterien stimmen – in die Fördermaßnahmen mit einbezogen. Wir machen da keinen Unterschied zwischen selbstverwalteten Betrieben und solchen, die durch einen Unternehmer klassischer Prägung geführt werden. (.) Die Unterstützungsmöglichkeiten des Landes Berlin stehen zur Verfügung. Aber es gibt auch neue Hilfen. So, wie ich mit Interesse verfolge, was an Öko-Bank-Gründung und ähnlichen Einrichtungen erfolgt, so ist das gar nicht soweit weg davon, was in den letzten Jahren in Berlin angelaufen ist. Nämlich, daß sich Menschen (.) als sogenannte Venture-Capitalisten beteiligen, an Unternehmen, die einfach zuwenig Eigenkapital aufweisen können. Und nicht alle sind in der Lage, langsam, mühseelig ihr Eigenkapital zu verdienen. (.) Manche müssen zu rasch zu Eigenkapital kommen. Das kann man nicht schenken, aber man kann es von solchen bankähnlichen Gruppierungen heute in Berlin viel leichter bekommen. Und ich bin sicher, da wird sich in den nächsten zwei, drei Jahren noch manches öffnen.

CONTRASTE: *In Österreich wurde durch entsprechende Gesetze die Möglichkeit geschaffen, zur Kapitalisierung des Arbeitslosengeldes, d.h. Gründungswillige können ihr Arbeitslosengeld von einem Jahr im voraus abziehen und sich damit an einem Unternahmen beteiligen. Halten Sie das für eine geeignete Strategie?*

Pieroth: Als Politiker unterstütze ich solche Gedankengänge – hoffentlich werden sie Aktivitäten. Die Gegenmeinung ist die, daß man Menschen nicht in ihr Verderben treiben soll, dadurch, daß sie auf ihre Arbeitslosengeldzahlungen für ein Jahr verzichten. Wenn sie in den ersten Monaten nach Geschäftsbeginn pleite machen würden, sie nicht nur pleite sind, sondern auch ihrer Arbeitslosenunterstützung verlustig gegangen sein werden.

Ich würde aber das Risiko schon in Kauf nehmen, denn wer derart mit seinem Geld haftet, seinem Arbeitslosengeld, der rechnet im allgemeinen viel vernünftiger als mancher Großunternehmer. Ich glaube nicht, daß es dort allzu viele Ausfälle geben wird. (.)

CONTRASTE: *Können Sie sich vorstellen, daß Merkmale selbstverwalteter Betriebe, wie Kooperativität, lokale Orientierung oder ökologische Verträglichkeit der Produkte in eine wirtschaftspolitische Konzeption miteinfließen könnten?*

Pieroth: Die ökologische Orientierung muß in das wirtschaftliche Handeln viel stärker einbezogen werden. Wir können die Umwelt nicht zum Null-Tarif haben, also müssen wir sie marktfähig machen. (.) Wir könnten ja den Unternehmer dazu zwingen, Beiträge abzuführen, in dem Maße, wie er die Umwelt belastet *(Und warum tun Sie es nicht?, der Setzer)* und die Beiträge gehen dann zurück in dem Maße, wie er durch bessere Produktionsmethoden oder durch Filtereinbau die Umwelt weniger belastet. Dann wird es marktwirtschaftlich. Dann hat er abzuwägen, was kostet mich mehr? (.) Das ökologische Prinzip muß sowieso in jedweder Wirtschaftsform miteinbezogen werden. (.) Da kann man wirklich Anleihen machen. Hier sage ich: ja, das ökologische Element muß noch mehr vom alternativen Bereich auf den klassischen Bereich übertragen werden.

In dem Kollektivprinzip, was Sie nannten, sehe ich keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen einem alternativen Wirtschaftsunternehmen und klassischen Wirtschaftsunternehmen. Eine Aktiengesellschaft ist schließlich in hohem Maße ein kollektives Organ. Ich weiß schon, worauf Sie hinauswollen: die kollektive Führung. (.)

CONTRASTE: *Es geht mir bei dieser Frage auch nicht um die kollektive Führung, sondern um das kooperative Verhalten der Betriebe untereinander. Kooperation statt Konkurrenz!*

Pieroth: Ja, aber irgendwo haben Sie auch Konkurrenz bei jeder Kooperation. Sie werden nicht eine Weltverflechtung erzielen, daß die ganze Weltwirtschaft nur noch eine Kooperation ist. (.)

CONTRASTE: *Unser Anspruch ist es nicht, die ganze Welt in ein kooperatives Geflecht zu verwandeln. Wir fangen ja im Stadtteil an. Bei den Betrieben, die sich im Stadtteil gut kennen. Gemeint ist, daß diese Betriebe anfangen zu kooperieren, gemeinsam Initiativen starten usw.*

Pieroth: Das begrüße ich sehr, zumal – ohne Ihnen etwas nehmen zu wollen – das ja nicht ganz neu ist.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

(.) Das Aufkommen der arbeitsteiligen Industriegesellschaft hat den Eindruck erweckt, daß jeder des anderen Konkurrent sei. In Wirklichkeit sind soviel tagtäglicher Kooperation vom Zulieferer zum Abnehmer entstanden, daß man es gerade an einem Platz, wie Berlin ruhig nennen und ausbauen sollte. Hier das große Gestaltungsfeld für kleinere und mittlere Unternehmen. Wenn Sie einen Schuß mehr Kooperation in unser wirtschaftspolitisches Denken bringen, dann ist das nur gut so.

CONTRASTE: *Ein Projekt in dieser Richtung waren die „Strategien für Kreuzberg" (Auftragsprojekt der Senatsverwaltungen Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie Wirtschaft und Verkehr). Wird es weitere Überlegungen, weitere Initiativen aus Ihrem Haus dazu geben?*

Pieroth: (.) Ich sehe da eine große Gestaltungsmöglichkeit, gerade um neue Arbeitsformen zu entwickeln. Wir dürfen nicht meinen, die Industriegesellschaft würde so, wie sie heute konstruiert ist, die Beschäftigungsprobleme lösen. Wir werden auch neue Beschäftigungsformen bis hin zu Möglichkeiten, die nichtbezahlte Erwerbsarbeit im klassischen Sinne sind, erkennen müssen und gerade bei einem Platz wie Kreuzberg, müssen wir neue Beschäftigungsformen finden, weil die Allgemeinlage dort eben fruchtbarer ist als anderswo. Also, ich komme sehr bald auf die Strategien für Kreuzberg zurück.

Die Politik des Wirtschaftsenates wird mit alternativen Gedankengängen so kombiniert, daß ich auch nicht die alternative Wirtschaftsstrategie vereinnahmen möchte. Man wundert sich nur, wie ökonomische Funktionen letztlich auch vergleichbar werden, wenn man sie auf ihren wahren Kern zurückführt. (.)

CONTRASTE: *Zum Phänomen der Belegschaftsbetriebe: Können Sie sich vorstellen, spezielle Unterstützungsmaßnahmen für solche Art von Unternehmen zu entwickeln und anzubieten?*

Pieroth: (.) Firmen, die Schwierigkeiten haben, werden im Rahmen der Berliner Förderinstrumente unterstützt. Auf der anderen Seite verabschiedet die Bundesregierung gerade in diesen Tagen einen Gesetzesentwurf, mit dem die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand (.) erleichtert wird. (.) Aber weil ich dafür bin, daß eines Tages alle Deutschen an ihrem oder anderen Unternehmen beteiligt sind, bin ich dagegen zwei unabhängig voneinander gute Gedanken – fälschlich – zu verbinden. Ich bin dagegen, daß die Beteiligung der Arbeitnehmer dann plötzlich interessant wird, wenn ein Unternehmen in Schwierigkeiten kommt. (.) Der Gedanke ist mir zu wichtig, als ihn solchen schwierigen Entwicklungen auszusetzen. (.) Ich rate dringend davon ab, die Mitarbeiterbeteiligung einzuführen, wenn das Unternehmen dem Konkurs nahe ist. Dann lieber mit klassischen Mitteln helfen, und mit der Auflage, daß der Unternehmer, wenn er aus der Gefahrenzone raus ist, dann die Mitarbeiter beteiligt.

CONTRASTE: *Es geht aber nicht nur um Kapitalbeteiligung, sondern auch um Beteiligung an unternehmerischen Entscheidungen.*

Pieroth: Ein Gedanke, der auch unabhängig von der Gewinn- und Kapitalbeteiligung zu sehen ist. Die Mitbestimmung der Mitarbeiter im Unternehmen ergibt sich nicht allein nur aus der Kapitalbeteiligung, sondern durch die Arbeitsbeteiligung. Gutgeführte Unternehmen praktizieren das auch, auch wenn Ihnen die Form, in der es praktiziert wird, als letzte Form kapitalistischer Ausbeutung erscheinen mag. Aber es ist nicht so sehr Ausbeutung, wie es aussieht. (.) Es darf nicht dazu führen, daß die einen, die eine Kapitalbeteiligung ablehnen, sagen, sie machen ja schon Mitbestimmung – warum denn noch Kapitalbeteiligung? Und umgekehrt darf auch nicht gesagt werden, Mitbestimmung darf erst mit der Kapitalbeteiligung beginnen.

CONTRASTE: *Es gibt noch erhebliche Wissens- und Erfahrungsdefizite im Bereich „kooperativer Unternehmen". Welchen Stellenwert räumen Sie der Beratung, Weiterbildung und Forschung auf diesem Gebiet ein?*

Pieroth: Von der Forschung halte ich nicht soviel, weil da zuviel unternehmerischer Elan verloren geht. Ich halte sehr viel von dem Weitergeben von Erfahrungen, wenn Sie wollen: Beratung. (.) Es bleibt aber eine Frage, die Ihnen kein Berater abnehmen kann. Das unternehmerische Gestalten ist offensichtlich für den, der es kann, recht einfach, für viele schwerer als es von außen zu sein scheint. (.) Und da ist die beste Art Erfahrung zu sammeln, Fehler zu machen und davon zu lernen. Aber die Fehler in möglichst kleinen Portionen zu nehmen, so daß man nicht zu viel dabei draufzahlt. Letztlich kann Ihnen das keiner ersparen. Aber die Fehler so anzulegen, daß sie nicht zu groß werden, kann ein Stück Beratung sein. (.)

Anzeige

Der dritte Band der Karl-May-Reihe ist da!

Matthias Neuling Auf fremden Pfaden
Ein Leitfaden der Rechtsformen für selbstverwaltete Betriebe und Projekte

Wie muß ein Betrieb strukturiert sein, um den Ansprüchen nach Selbstverwaltung und Kapitalneutralisierung gerecht zu werden?
Gibt es bei den bürgerlichen Rechtsformen die Chance, alternative Betriebsmodelle zu verwirklichen?

Der Autor befaßt sich mit diesen Kernfragen sehr detailliert - und siehe da - es läßt sich durchaus unter den Röcken der vorhandenen Rechtformen selbstverwaltet leben.

Wie man das zu machen hat, gegen den internen Zoff und vor dem Notar, dafür liefert der Autor eine Vielzahl von praktischen Beispielen.

184 Seiten, DM 16 ISBN 3-922778-08-9

Wer die Karl-May-Leitfäden komplett bestellt, bezahlt nur DM 37.

Der Verlag für sachdienliche Hinweise.
STATTBUCH
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
☎(030) 691 30 94/5

FINANZIERUNGSKONGRESS

vom 21.–23.11.85 in Berlin

Wir laden ein!

Am 20. November 1985 ist es endlich soweit. Die lang angekündigte, heiß ersehnte und mit reichlich Vorschußlorbeeren versehene Haftungsassoziation – Bürgschaftsbank für selbstverwaltete Betriebe – wird gegründet.

Grund genug zum Feiern und für uns Grund genug einen Kongreß dazu zu veranstalten. Die alternativen Finanzierungskonzepte von Netzwerk-Fonds bis Ökobank sollen unter die Lupe genommen werden, mit traditionellen Instrumenten konfrontiert werden (die „andere" Seite ist ebenfalls eingeladen), Konflikte hochgekocht werden und über Perspektiven diskutiert werden.

Also ein Kongreß für alle, die von der alternativen Finanzdiskussion immer noch nicht genug haben, oder sich auch erstmal orientieren wollen. Dies ist auch ein Treffen der traditionellen Financiers (Banker und Vertreter öffentlicher Institutionen) und Geldfreaks aus der Szene (Glotz würde dies als die „Begegnung zweier Finanzkulturen" bezeichnen).

Das Tagungsprogramm ist im Kasten rechts abgedruckt. Der Anmeldecoupon ist unten (ausfüllen und noch heute abschicken). Die Tagung ist für ca. 200 Leute angelegt, wovon die Hälfte der Plätze für die „Szene" reserviert ist und die andere Hälfte für Leute aus Institutionen, Verbänden, Gewerkschaften und Wissenschaftsbereich.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

TAGUNGSABLAUF

21.11.85

9.30 bis 10.00 Uhr
Begrüßung
Einführung in die Tagungsthematik, Tagungsprogramm und Tagungsablauf
10.00 bis 10.45 Uhr
Referat:
Finanzierungshemmnisse durch private und öffentliche Banken (Einführung zum Bankenforum)
Marlene Kück
10.45 bis 11.30 Uhr
Referat:
Subventionspolitik
Kapitalbeschaffung mit Hilfe der öffentlichen Hand (Einführung zur AG I: Staatliche Finanzierungen)
Manfred Schneider
11.30 bis 11.45 Uhr
Kurze Pause
11.45 bis 12.30 Uhr
Referat:
Finanzielle Selbsthilfemodelle im alternativen Sektor (Einführung zur AG II: Private/autonome Solidarfinanzierungen)
Michael Makowski
12.30 bis 12.45 Uhr
Organisatorische Hinweise (insbesondere zur Bildung der AGs usw.)
12.45 bis 14.00 Uhr
Mittagspause
14.00 bis 16.00 Uhr
Tagung der Arbeitsgruppen
16.00 bis 16.30 Uhr
Pause
16.30 bis 18.30 Uhr
Tagung der Arbeitsgruppen
18.30 bis 20.00 Uhr
Pause
20.00 bis 22.30 Uhr
Theateraufführung in der ETAGE
Klassik, Artistik, Pantomime

22.11.85

9.30 bis 11.30 Uhr
Gemeinsames Plenum
„Zwischenbericht aus den Arbeitsgruppen"
11.30 bis 11.45 Uhr
Kurze Pause
11.45 bis 13.00 Uhr
Fortsetzung der gemeinsamen Plenarsitzung
13.00 bis 14.00 Uhr
Mittagspause
14.00 bis 16.00 Uhr
Fortsetzung der Arbeitsgruppen
16.00 bis 16.30 Uhr
Pause
16.30 bis 18.30 Uhr
Fortsetzung der Arbeitsgruppen
18.30 bis 19.30 Uhr
Pause
19.30 bis 22.30 Uhr
Podiumsdiskussion zum Thema:
Die Rolle von selbstverwalteten Betrieben und alternativen Projekten für die lokale/regionale Beschäftigungsentwicklung
Teilnehmer:
Dr. H. Bierbaum (Abt. Wirtschaft beim IG-Metall Vorstand, Frankfurt)
Annegret Böthel (Zentrum für europäische Rechtspolitik, Bremen)
Heinz Bollweg (AN Maschinenbau und Umweltschutzanlagen, Bremen)
Heinke Salisch (SPD, EdEP, Karlsruhe)
N.N. (Senator für Wirtschaft und Arbeit, Berlin)
Christian Schmidt (DIE GRÜNEN im Bundestag, MdB, Bonn)
Klausdieter Wildener (Präsident des Konsistoriums der Ev. Kirche Berlin)
Moderation: Marlene Kück

23.11.85

9.30 bis 11.30 Uhr
Gemeinsames Plenum
Zusammenfassung der Ergebnisse durch einen Berichterstatter
11.30 bis 11.45 Uhr
Kurze Pause
11.45 bis 14.00 Uhr
Hearing zum Thema:
Neuartige Finanzierungsansätze im europäischen Ausland
Teilnehmer:
Peter Blom (Niederlande)
Peter Künstler (London), angefragt
Rainer Schlüter (Brüssel)
Theo Pinkus (Schweiz)
N.N.
Moderator(in): Burkart Sellin (CEDEFOP)

SCHLUSS DER TAGUNG

ARBEITSGRUPPEN

Moderatoren		Juliane von Clausbruch Marlene Kück	Helmut Geißler	Manfred Gutzmer/Michael Makowski
		Bankenforum	**Arbeitsgruppe I: Staatliche Finanzierungen**	**Arbeitsgruppe II: Private/autonome Solidarfinanzierungen**
21.11.	14.00 bis 16.00	**Kreditpolitik der Banken und ihre Bedeutung für den Selbstverwaltungssektor** Kurzreferate: N.N. (Industriebank AG, Dt. Industriebank Berlin) N.N. Sparkasse der Stadt Berlin-West) N.N. (Raiffeisen-Köpenicker Bank eG, Berlin) Dir. Köpke (Evangelische Darlehensgenossenschaft, Kiel)	**Lokale/regionale Förderungsprogramme für selbstverwaltete Betriebe – Teil I*** Jürgen Adelmann (Senator für Arbeit, Bremen) Jürgen Sosna (Netzwerk HB) Ulrike Mascher (Rat der Stadt München) Jürgen Seevers (AG Finanzierung von Alternativprojekten Niedersachsen) anschließend Diskussion	**außerinstitutionelle Finanzierungsmodelle für selbstverwaltete Betriebe** Kurzreferate: Prof. Rolf Schwendter (Universität Kassel) Harry Wilgen (Biotechnische Abfallverwertung GmbH & Co KG, München) Manfred Gutzmer (STATTwerke, Berlin) Prof. D. v. Stebut (Freie Universität Berlin) angefragt anschließend Diskussion
	16.00 bis 16.30	Pause	Pause	Pause
	16.30 bis 18.30	**Gründungs-, Wachstums und Eigenkapitalfinazierungen bei selbstverwalteten Betrieben** Kurzreferate: Frau E. Körner (Deutsche Bank, Berlin) Prof. D. Harms (Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin) D. Karnath (Wirtschaftswunder/Beriebsberatungen, Frankfurt) M. Reinholz (Netzwerk Freiburg) anschließend Diskussion	**Lokale/regionale Förderungsprogramme für selbstverwaltete betriebe – Teil II** Kurzreferate: E. Barth (Senator für Wirtschaft und Arbeit, Berlin) Dr. Klein (Hess. Minister für Wirtschaft und Technik, Wiesbaden) angefragt H. Richter (Verband der selbstverwalteten Betriebe, Frankfurt) angefragt anschließend Diskussion	**Selbsthilfebanken** Kurzreferate: Luise Gubitzer (Wirtschaftsuniversität Wien), Caja Laboral Popular, Mondragon, Per Almgrem (JAK-Bank, Stockholm), Peter Blom (Triodos-Bank, Zeist, Holland), D. Reinke (Öko-Bank-Initiative, Frankfurt) anschließend Diskussion
22.11.	14.00 bis 16.00	**Probleme bei der Abwicklung von Finanzierungsleistungen an selbstverwaltete Betriebe** Kurzreferate: Prof. H.-G. Geis (Freie Universität Berlin) H. Gerken (Netzwerk Bremen) anschließend Diskussion	**Bundesprogramme – Finanzierungsmöglichkeiten für selbstverwaltete Betriebe?** Kurzreferate: Frau Dr. E. Alteköster (DIE GRÜNEN im Bundestag) Dr. M. Leve (Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg) Herrn Schneider (Senator für Wirtschaft und Arbeit, Berlin)	**Solidarische Sichrungs-, Spenden- und Beteiligungsfonds für selbstverwaltete Betriebe** Kurzreferate: W.E. Barkhoff (GLS-Bank, Bochum) Frau G. Vollradt (Netzwerk Berlin) M. Makowski (STATTwerke, Berlin) K. Bergmann (ASH Krebsmühle, Oberursel) anschließend Diskussion
	16.00 bis 16.30	Pause	Pause	Pause
	16.30 bis 18.30	**Finanzierung von Belegschaftsbetrieben** Kurzreferate: Dr. Heinz Bierbaum (Abt. Wirtschaft beim IG-Metall Vorstand, Frankfurt) Heinz Bollweg (AN Maschinenbau und Umweltschutzanlagen, Bremen) Joachim Karnath (IBEK-Beratungen, Karlsruhe) Karl Zehetner (Österreichische Studien- und Beratungsgesellschaft Wien) anschließend Diskussion	**Kritische Anlyse der Subventionspolitik** Kurzreferate: D. Heck (Radschlag, Bremen) Z. Jäkli (Freie Universität Berlin) Prof. R. Knigge (Fachhochschule für Wirtschaft, Berlin) anschließend Diskussion	**Die Rolle von Intermediären bei der Entwicklung von solidarischen Finanzierungsmodellen für selbstverwaltete Betriebe** Kurzreferate: Manfred Berg (Amt für Industrie und Sozialarbeit der ev. Kirche Berlin) Dr. J. Huber (Freie Universität Berlin) H.-G. Nottenbohm (Netzwerk Dortmund) anschließend Diskussion

Anmeldung

Alternative Finanzierungskonzepte
Bestandsaufnahme, Modelle, Konflikte, Perspektiven
Tagung vom 21. bis 23. November 1985 in Berlin

Name, Vorname .....

Anschrift .....

.....

Beruf/Betrieb/Gruppe .....

O Kollektivist/Geringverdiener (bis 1200 DM)/Student. Tagungsbeitrag 30 DM
O Normalverdiener/öffentlicher Dienst/Wissenschaftler. Tagungsbeitrag 80 DM

Der Tagungsbeitrag ist auf das STATTwerke-Konto beim Postgiroamt Berlin-West Nr. 269 16-106 zu überweisen.

O Ich brauche einen Übernachtungsplatz (privat und kostenlos)
O ich würde gerne in einer netten Pension wohnen (bis ... DM) und zahle selbst
O ich habe bereits eine Unterkunft

Ort, Datum .....Unterschrift .....

Neues in Sachen Ökobank

DARLEHENSANFRAGE

Die Freunde und Förderer der Ökobank brauchen viel Geld für

- die Treugeldwerbung, um das notwendige Eigenkapital aufzubringen
- die Entwicklung der Bankkonzeption (betriebswirtschaftlich und politisch)
- die Betreibung des Zulassung der Bank durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen
- die Gründungsprüfung durch einen Genossenschaftlichen Prüfungsverband
- die Vorbereitung zur Aufnahme in einen Sicherungsfond
- die Abwichlung und Anregung vereinsöffentlicher Diskussionsprozesse

Ein Drittel dieses Finanzbedarfs (312.000,- DM von der Gründung am 18.3.84 bis zum 30.6.85) konnte bisher aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Broschürenverkauf gedeckt werden.
Die restlichen zwei Drittel wollen wir aus den Zinsen für das festgelegte Treugeld bezahlen. Diese Zinsen erhalten wir aber zum größten Teil erst Anfang 1987. (Deswegen hat sich der Verein bisher 207.000,- DM geliehen. Leider sind die schon ausgegeben.)

Wir brauchen also weiterhin Kredite bis Juni 1987.
Dafür zahlen wir 4% Zinsen p.a., aber auch weniger, wenn es der Kreditgeber wünscht.

Der Kreditvertrag sieht folgendermaßen aus:

Darlehensvertrag

zwischen .....
nachfolgend Kreditgeber genannt
und dem Verein «Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Frankfurt/Main
nachstehend Kreditnehmer genannt
wird folgender Darlehensvertrag geschlossen:

§ 1 Der Kreditgeber zahlt an den Kreditnehmer einen Betrag von DM ..... als Mitgliederdarlehen. Dieses Mitgliederdarlehen ist zweckbestimmt und dient ausschließlich der Finanzierung der Vorlaufkosten des Ökobank-Vereins.
Das Darlehen wird mit 4%verzinst.

§ 2 Der Darlehensvertrag ist am 30. Juni 1987 zur Rückzahlung fällig.

Das Darlehen kann in voller Höhe zur sofortigen Rückzahlung gekündigt werden,
wenn über das Vermögen des Kreditnehmers das Konkurs-oder Vergleichsverfahren eröffnet werden sollte,
wenn Umstände eintreten, durch welche die Rückzahlung des Kredits gefährdet wird,
wenn sich die vom Kreditnehmergemachten Angaben über seine Vermögensverhältnisse als unrichtig oder unvollständig erweisen sollten.

§ 3 Der Darlehensnehmer ist verpflichtet, jedes für den Vertragszweck bedeutsame Ereignis dem Kreditgeber unverzüglich mitzuteilen.

§ 4 Gerichtsstand für alle aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten ist Frankfurt/Main.

Um das bürokratische Verfahren so gering wie möglich zu halten, kann jetzt sofort jedermann oder jedefrau einen Betrag von mindestens DM 500,00 mit dem Hinweis «Darlehen lt. Vertrag Contraste 13» - eventuell mit dem Zusatz «3% Zinsen» auf unser Konto **Nr. 9531-600**
Postgiroamt Frankfurt/Main
überweisen oder einen Scheck schicken.

Dabei bitten wir um eine lesbare und vollständige Anschrift des Absenders.

Wem dieses Verfahren zu unsicher ist, kann uns den untenstehenden Koupon schicken. Wir melden uns dann.

Helmut Richter

Darlehen, wird frühestens am 30. 6. 1987 zurückgezahlt

Ich bin daran interessiert, die Finanzierung der Vorlaufkosten des Ökobankvereins durch ein Darlehen in Höhe von .....DM zu unterstützen. Meine Zinsvorstellungen liegen bei 4%, ... %p.a.
Ich erwarte noch folgende Informationen:

.....
.....

Name, Vorname .....
Straße .....
PLZ,Wohnort .....

Bitte einsenden an:
Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Postfach 5125
6370 Oberursel 5

Ökobank gründen!

Am 28. September 1985 fand in der Krebsmühle in Oberursel die 2. Mitgliederversammlung des Vereins Freunde und Förderer der Ökobank statt.
Auch hier meldeten die Frauen vehement ihren Anspruch an, aktiv an der Gestaltung der zukünftigen Vereinstrukturen mitzuwirken.

Am Vorabend der Mitgliederversammlung versuchte der amtierende Vorstand noch einmal, sich auf ein Regionalisierungsmodell zu verständigen - ohne Erfolg.
Zur gleichen Zeit waren die Frauen zu einer getrennten Sitzung zusammengekommen und ihnen gelang in wenigen Stunden, wozu sich der Vorstand in all den Monaten zuvor nicht in der Lage gesehen hatte: einen Regionalisierungsvorschlag zu erarbeiten, der (zumindest für alle anwesenden Frauen) konsensfähig war.
In ihm tritt an die Stelle des Bundesvorstandes der *Delegiertenrat der Länder.* Dieser Delegiertenrat berät und kontrolliert einen achtköpfigen Vorstand, der für bestimmte Fachgebiete und nach Qualifikation direkt von der Mitgliederversammlung gewählt wird. Der Delegiertenrat kann dem Vorstand das Mißtrauen aussprechen und für seine Neuwahl die Mitgliederversammlung einberufen.
Diesem Vorschlag stimmte am darauffolgenden Tag die Mitgliederversammlung mit großer Mehrheit zu. Allerdings nur unter der Voraussetzung, daß sie nach vier Monaten erneut zusammentritt, um das Ergebnis dieser Entscheidung zu überprüfen.
Die Mitgliederversammlung wählte den bisherigen Vorstand komplett ab und beschloß weiter, das Recht auf Stimmendelegation aus der Satzung zu streichen.
Gleichzeitig bekundete sie die Absicht, in Zukunft die Mitgliederversammlung von Land zu Land rotieren zu lassen.

Der Text der beschlossenen Satzungsänderungen:

§ 6 neue Fassung:
Organe des Vereins sind:
1. Die Mitgliederversammlung
2. Der Delegiertenrat
3.Der Vorstand, bestehend aus mindestens 7 Vorsitzenden, von denen eine/r die Aufgaben der-/des Kassenreferentin/ten wahrnimmt.
(weiter alter Text)

§ 7a eingefügt nach § 7:
Der Delegiertenrat
Der Delegiertenrat wird von den Ländern und Regionen beschickt. Auf jedes Bundesland fallen 2 bis 4 stimmberechtigte Delegierte. Der Delegiertenrat soll geschlechterparitätisch besetzt sein. Die Sitzungen des Delegiertenrates sind vereinsöffentlich. Die Aufgaben des Delegiertenrates bestehen aus Beratung und Kontrolle des Vorstandes. Der Delegiertenrat ist befugt, dem Vorstand das Mißtrauen auszusprechen und muß dann eine Mitgliederversammlung einberufen.
(Die Einfügung des § 7a wurde mit 70 Stimmen gegen 14 Enthaltungen angenommen. Gegenstimmen gab es keine.)

§ 9 Es wurde mit großer Mehrheit gestrichen:
Das Stimmrecht in den Mitgliederversammlungen kann auch durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter ausgeübt werden.
Im nächsten Satz wurde gestrichen:
... und vertreten.

Zu Revisoren wurden gewählt:
Peter Bauer, Frankfurt
Andreas Einberg, Bielefeld

In den Vorstand wurden gewählt (für die einzelnen Bereiche):
Werbung:
Kerstin Schaper, Frankfurt
Finanzen:
Helmut Richter, Frankfurt
Bankwesen:
Rudi Freidinger, Frankfurt
Strukturpolitik:
Ricarda Buch, Berlin
PR/Contraste/Info:
Beate Nilsson, Frankfurt
Ökologie:
Michael Berger, Freiburg
Interne Diskussion:
Andrea Goymann, Bielefeld
Selbstverwaltung:
Karl Bergmann, Oberursel

Ricarda Buch und Beate Nilsson bekundeten die Absicht, mit ihren jeweiligen unterlegenen Gegenkandidaten - Thomas Ehrmann (Berlin) für den Bereich der Strukturpolitik und Ulrich Waltz (Berlin) für den Bereich PR/Contraste/Info - diese Gebiete gemeinsam zu bearbeiten.

Außerdem wurden drei Anträge von Helmut Richter mit großer Mehrheit angenommen:

1. *Alle Wahlämter des Vereins - sowohl des Bundesvereins als auch aller seiner Gliederungen - sind ehrenamtlich. Niemand darf in einem Bundesvorstand, Landesvorstand oder ein ähnliches Entscheidungsamt gewählt werden, wenn er oder sie gleichzeitig von irgendeiner Gliederung unseres Vereins Einkommen oder Aufwandsentschädigung bezieht. Auslagenerstattung ist selbstverständlich gestattet.*
2. *Die Mitarbeit im Verein oder einer seiner Gliederungen allein prädestiniert niemanden dazu, später in der Ökobank selbst oder in irgendwelchen Beiräten oder ähnlichen Institutionen in ihrem Umfeld eine Stelle zu bekleiden.*
3. *Ämterhäufung innerhalb des Vereins und seiner sämtlichen Gliederungen ist verboten. Niemand darf gleichzeitig z.B. im Bundesvorstand und in einem Landesvorstand sein.*

Der neue Vorstand hat ganze vier Monate Zeit nachzuweisen, daß er entscheidungsfähiger ist und effektiver arbeitet als der alte Vorstand. Dem Delegiertenrat bleiben ebenfalls ganze vier Monate, um den Nachweis anzutreten, daß er seinen Auftrag «Beratung und Kontrolle» wirksamer wahrnimmt als es der alte Bundesvorstand getan hat.
Die erste Sitzung des Delegiertenrates wird in ca. 5 Wochen in Bayern stattfinden. Ihr Thema wird sein: Finanzsituation des Vereins/Finanzausgleich zwischen Bundesverband und Landesverbänden.

Wir hoffen, daß auch die Landesverbände Bayern und Schleswig-Holstein, die mit ihren Anträgen auf Beibehaltung eines Bundesvorstandes keine Mehrheit erhalten haben, diesen Versuch eines Neuanfangs aktiv unterstützen. Dann können wir alle nach vier Monaten ein objektives Resümee ziehen.

Büro Ffm

Fortsetzung von Seite 1

Sind Frauen bessere Menschen?

Wie war das möglich? Liegt es daran, daß jeder weiß, die Frauen sind doch die besseren Menschen? Oder haben die Frauen sich jetzt wirklich durchgesetzt?
All dies wage ich zu bezweifeln. Die Frauen haben sich zwar zum ersten Mal zusammengesetzt und auch sofort wesentlich Einfluß genommen. (Die Erfahrung in allen politischen Gruppen zeigt, daß sich dies meistens positiv auswirkt. Nicht zuletzt, weil es die Profilneurotiker und Verbalorgastiker in ihre Startlöcher verbannt, denn gerade diese wagen es kaum noch, gegen Frauen aufzutreten, um nicht als frauenfeindliche und chauvinistische Macker entlarvt zu werden.)
Eine Einsicht in die Richtigkeit der von Frauen vorgebrachten Thesen muß deshalb noch lange nicht erfolgt sein.
Es wird sich in Zukunft zeigen, ob dies ein bloßer Pyrrhussieg der Frauen gewesen ist, oder ob es gelingt, die erreichten Ziele inhaltlich auszufüllen und weiter auszubauen.
Den Verein könnte dies jedenfalls nur weiterbringen, was der Verlauf und die Ergebnisse der Mitgliederversammlung beweisen.
Die Frauen stellten auf der Mitgliederversammlung zwei Anträge gewährleisteten den ordnugsgemässen Ablauf, indem sie eine Frau zur Diskussionsleitung bestimmten. (An dieser Stelle nochmals ein Applaus für Jutta S., die ihre Aufgabe hervorragend gemeistert hat.)
Der erste Antrag verlangte die Abwahl des gesamten Vorstandes (incl. der Vereinsvorsitzenden, des Kassenwartes und des geschäftsführenden Vorstandes). Der zweite stellte ein Modell zur Regionalisierung und Neustrukturierung des Vereins vor. Bei beiden Anträgen ging es nicht um Mißtrauen oder Vertrauen in die alten Gremien, sondern darum, die Arbeit des Vereins zu effektivieren. Es sollte eine stärkere Beteiligung der Frauen, größere fachliche Kompetenz des geschäftsführenden Gremiums, weniger Vorstandsposten (die doch nur der Befriedigung persönlicher Eitelkeiten dienen) und eine für aktive Mitglieder flexiblere und durchschaubarere Struktur erreicht werden.
Deshalb gibt es statt eines Bundesvorstandes jetzt einen Delegiertenrat.
Es ist die Aufgabe der regionalen Gruppen, sich zusammenzusetzen, Delegierte zu bestimmen und natürlich, weil das eine vom anderen hoffentlich nicht zu trennen ist, zu überlegen, wie sie ihre Landesarbeit koordinieren können und welche Inhalte sie in den Delegiertenrat einbringen wollen.
Also eine Maßnahme, die die regionale Arbeit auf Länderebene unterstützt, ohne große formalistische Sachzwänge aufzubauen. D.h. auch keine Kräfte an reine vereinsrechtliche Aufgaben bindet, die letztlich die politische Arbeit nicht unbedingt weiterbringen.
Dieser Delegiertenrat bestimmt die Vorgaben, nach denen der Vorstand die Geschäfte des Vereins führt. Der Vorstand sollte eigentlich nur Sachverwalter der verschiedenen Ressorts sein.
Das zweite Instrument zur inhaltlichen Kontrolle und Effektivierung der Vereinsarbeit ist die Aktivenversammlung bzw. der Beirat, der zwar nicht weisungsbefugt oder stimmberechtigt ist, aber durch seine Arbeit die Politik des Vereins maßgeblich beeinflussen sollte. Um dies zu erreichen, muß er sich Aufgaben stellen, die z.B. auf Fachtagungen diskutiert und in Arbeitspapieren vereinsöffentlich gemacht werden. Dieser Beirat ist offen für alle Vereinsmitglieder.
Der dritte Hebel zur Verhinderung von sich verselbständigenden Machtstrukturen ist die Schaffung eines zusätzlichen Ressorts im Vorstand „Interne Diskussion", daß die Frauen durchgesetzt haben und das von einer Frau besetzt wurde. Andrea Goymann will dafür sorgen, daß alle Informationen alle Interessent/inm/en auch erreichen und die inhaltliche Vorbereitung zu den Treffen der verschiedenen Gremien optimal gewährleistet wird, denn die beste Kontrolle ist eine gute Informationspolitik, die sicherstellt, daß jede/r auch in den Stand gesetzt wird, mitzudiskutieren und mitzuentscheiden.
Die Mitgliederversammlung bleibt weiterhin als oberstes Gremium des Vereins bestehen. Sie und nur sie wählt den Vorstand, weil - so haben sich die Frauen gedacht - damit am ehesten der Vereinsmeierei und der Kungelei um Posten nach dem Motto „teile und herrsche" ein Riegel vorgeschoben wird.
Direkte Demokratie ist vielleicht etwas zufälliger und damit schwerer handhabbar, bietet aber die beste Einflußmöglichkeit für die Basis.
Alles in allem ein doch sehr positives Ergebnis der Mitgliederversammlung, mit dem der Verein leben kann, und das zukünftige Aktivitäten nicht behindert.
Es liegt an allen Mitgliedern, die Vorgaben dieser Beschlüsse auszufüllen, damit in vier Monaten konstruktiv weiterdiskutiert werden kann, inwieweit sich dieses Konzept bewährt hat und wo es Verbesserungen geben könnte.
Die Frauen werden sich in jedem Fall in der Zwischenzeit öfters treffen, um die begonnene Zusammenarbeit fortzusetzen.

Jutta Gelbrich

Aktion Dritter Weg und Selbstverwaltung

Aktionstage '85

in der Krebsmühle, Oberursel

Oberursel/Hmbg. Zu den Aktionstagen '85 trafen sich vom 20. bis 22. September in der Krebsmühle, Oberursel 180 Teilnehmer. Wie jedes Jahr berichteten wir über die Grundlagen und den Stand der Aufbauinitiative AKTION DRITTER WEG.

Der dornenreiche Weg des „Einsteigens in eine andere Republik" wird mittlerweile von vielen Menschen in den unterschiedlichen Projekten und Betrieben der Szene beschritten. Deshalb soll mit der Berichterstattung über die Aktionstage '85 in den nächsten CONTRASTE-Ausgaben ein Beitrag zur Bearbeitung gemeinsamer Problemstellungen der Selbstverwaltung geleistet werden. Letztlich geht es darum, die Machbarkeit der Alternative unter Beweis zu stellen.

Eine besondere Art von Dornen ist das immer größere Interesse halbstaatlicher und staatlicher – sogar supranationaler – Instanzen und deren Versuch, die Selbstverwaltungsbewegung immer mehr von ihrer eigentlichen Aufgabenstellung abzulenken, der Schaffung einer postkapitalistischen Ökonomie, einer selbstverwalteten Gesellschaft. Dieses Ablenkungsmanöver wird insbesondere da deutlich, wo selbstverwaltete Projekte für die Linderung der Folgen der kapitalistischen Ordnung mißbraucht werden sollen. Dies wird z.B. durch das Zuckerbrot der bekannten Fördermaßnahmen versucht, wie den „2. Arbeitsmarkt", „örtliche Beschäftigungsinitiativen", „Staatsknete"...

Wenn aber nicht Ablenkungsmanöver sondern gesellschaftliche Veränderung gewollt wird – und die Aktion Dritter Weg will das vehement – muß immer wieder die Frage bearbeitet werden: In welche Richtung wollen wir die Gesellschaft entwickeln, welche Ziele stehen uns vor Augen. Hierüber Klarheit zu gewinnen, ist nötiger denn je. Notwendig wäre hier, eine große Diskussion zu beginnen, die weit über den Rahmen der Bewegung hinausgeht, die gerade diejenigen Menschen einbeziehen muß, die noch nicht in selbstverwalteten Betrieben arbeiten. (Eine wesentliche Aufgabe der selbstverwalteten Betriebe besteht darin, zu zeigen, daß es auch anders geht.) Diese Zielvorstellungen können natürlich nicht diejenigen einzelner Gruppen sein, wenn es um die gesamtgesellschaftliche Wandlung gehen soll.

Auftakt der Aktionstage '85 war ein Beitrag von Wilfried Heidt, der mit drei Thesen den Versuch unternahm, strukturellen Bedingungen der Selbstverwaltung des Arbeitslebens aufzuzeigen. Wir würden eine intensive Diskussion dieser Thesen auf möglichst breiter Ebene (also auch in CONTRASTE) begrüßen.

Drei Thesen zu strukturellen Bedingungen der Selbstverwaltung des Arbeitslebens

— Ein Versuch —

I

Das dominierende Geschehen in gegenwärtiger Zeit entspricht weder in wirtschaftlicher noch in politischer noch in kultureller Hinsicht dem, was die überwiegende Zahl der Menschen in den verschiedenen Völkern wirklich will.

Was dominiert? Die gegebenen Mechanismen der vorherrschenden gesellschaftlichen Systeme in der mehr privatkapitalistisch geprägten westlichen Hemisphäre einerseits und in der mehr staatssozialistisch bestimmten östlichen Welt andererseits bewirken, daß die allermeisten Zeitgenossen nur die ausführenden Organe der Anordnungen und Entscheidungen sind, die von privilegierten Minderheiten getroffen werden. Die Mehrheit ist – im Osten gewiß noch eindeutiger als im Westen – mehr oder weniger ausweglos gezwungen, sich diesen **Strukturen der Fremdbestimmung** unterzuordnen, weil die Systeme nur denen ihren Lebensunterhalt gewähren, die sich den Verhältnissen anpassen (inwiefern es im Westen eine echte Chance gibt, sich zu befreien, kommt noch zur Sprache). Der junge Mensch wird in staatlichen Anstalten (Schulen, Hochschulen usw.) für sein Schicksal, sein Leben fremdbestimmt verbringen zu müssen, präpariert. Als Erwachsener hat er dann seine Fähigkeiten für jene Ziele einzusetzen, die von seinen Arbeitgebern festgelegt sind. Für alle Funktionen des Staates muß der Bürger seine Kompetenz an Funktionäre, Parteien oder Behörden abtreten. Selbstbestimmt verfügbar bleibt nur die sog. Freizeit.

Aus diesen Systemen der verweigerten geistigen, politischen und ökonomischen Souveränität ergibt sich als Folge von allem, was heute an den Arbeitsstätten der Menschheit im weitesten Sinn geschieht bzw. unterlassen wird: die Zerstörung der ökologischen Lebensgrundlagen, die militärische Bedrohung mit ihren konventionellen, atomaren, bakteriologischen und chemischen Arsenalen, die Kluft zwischen dem wohlhabenden Norden und dem verelendeten Süden des Planeten, von Erscheinungen wie Massenarbeitslosigkeit, Überproduktion, Unterversorgung, Bespitzelung und Überwachung der Bürger, Manipulation der Informationsprozesse usw. usf. gar nicht zu reden.

Was dabei den Osten vom Westen unterscheidet, besteht – wenn man die Strukturen vergleicht – darin, daß jener die Fremdbestimmung des Menschen zentralistisch und mit diktatorischen Mitteln ausübt, während dieser eine pluralistische Methode anwendet. Da unser Lebens- und Arbeitsbereich die Bundesrepublik Deutschland ist, beschränken wir uns im weiteren auf die Auseinandersetzung mit dieser Methode.

Die westlich-kapitalistische Form der Fremdbestimmung, mit der wir es hierzulande zu tun haben, realisiert sich durch ein Hauptprinzip und im wesentlichen drei Hilfsprinzipien. **Das Hauptprinzip** besteht in der privatwirtschaftlichen Geldfunktion: **Das Geld** dient in allen Sphären der Gesellschaft **als universelles Tauschmittel.** Das Geld gilt undifferenziert als Dokument, mittels dessen alles getan werden kann, was im Rahmen der Gesetze erlaubt ist. Je mehr Geld dieser Art sich in einer Hand vereinigt, desto umfassender sind die Möglichkeiten des selbstherrlichen Gestaltens gesellschaftlicher Prozesse. Dem darauf gerichteten Interesse steht nun **1. das Eigentumsrecht, 2. das Lohnen der Arbeit** und **3. der Parlamentarismus** dienend zur Seite.

Das Eigentumsrecht sanktioniert die Geldverfügung und damit die Souveränität im Produktionsbereich im Hinblick auf die Kapitalentwicklung. Es sichert die Akkumulation des Kapitals und bewirkt, daß der Profit zum eigentlichen Ziel der Wirtschaft wird. Mit dem **Lohnen der Arbeit**, d.h. damit, daß die Einkommenszahlungen gekoppelt sind an eine bestimmte Arbeitsleistung, werden die Arbeitnehmer einerseits auf eine bestimmte Erwerbstätigkeit verpflichtet, andererseits können sie nur durch eine solche Tätigkeit ihren Lebensunterhalt verdienen. Damit steht nicht mehr die Aufgabe oder das Produkt, dem man sich zuwendet, im Vordergrund des Interesses, sondern in erster Linie die Frage nach dem Arbeitsentgelt. **Der Parlamentarismus** schließlich garantiert die pseudodemokratisch verbrämte, aber faktische Ausschaltung der Basis von der Festlegung der Gesetze, d.h. der für alle verbindlichen Rechte und Pflichten. Das ist von entscheidender Bedeutung; denn dadurch können die Machteliten durch formaldemokratische Prozeduren die gesamte staatliche Ordnungspolitik so realisieren und ausbauen, daß mit sog. rechtsstaatlichen Mitteln die benannten Säulen des bestehenden Systems nicht ernsthaft erschüttert werden können.

Was will die überwiegende Zahl der Menschen demgegenüber wirklich? Sie wollen verantwortungsbewußt ihre Fähigkeiten selbstbestimmt einsetzen für Ziele, die für ihre Mitmenschen einen positiven Wert haben. Sie wollen im Umgang mit den Stoffen, Kräften und Wesen der Natur die ökologischen Notwendigkeiten erkennen und beachten. Sie wollen, daß die gemeinsam hervorgebrachten Güter für die Deckung des Bedarfs aller gerecht verteilt werden. Sie wollen friedlich, ohne Waffengewalt zusammenleben und zusammenarbeiten. Sie wollen ihre Kreativität frei entfalten und auf allen Ebenen als Gleiche unter Gleichen die Rechtsverhältnisse demokratisch mitbestimmen. Das wollen die Menschen wirklich.

II

Damit das, was die Menschen wirklich wollen, auch geschehen kann, müssen die Strukturen der Fremdbestimmung überwunden werden. An ihre Stelle müssen – gerade auch im Arbeitsleben und im staatlich-politischen Bereich – **Strukturen der Selbstverwaltung** treten, durch die demokratisches Entscheiden und selbstverantwortliches und asssoziatives Handeln möglich ist. Selbstverwaltung in diesem zunächst allgemeinen Begriff kann und darf aber nur freiwillig verwirklicht werden. Das heißt: Diejenigen, die – wie auch immer – weiterhin fremdbestimmt leben und arbeiten wollen, sollen zur Verwirklichung ihres Weges die gleichen allgemeinen Rechte und Pflichten haben, wie diejenigen, die den Weg der Selbstbestimmung gehen.

Das stellt **politische Aufgaben,** Aufgaben im Bereich der Gesetzgebung: Es dürfen die selbstverwalteten Arbeitsstätten – sowohl im kulturellen als auch im wirtschaftlichen Bereich – gegenüber den traditionellen nicht mehr benachteiligt sein. Das geltende Recht muß im Sinne dieser Maxime modifiziert werden. Die entscheidenden Punkte dabei sind: **1. Die Entmachtung des privaten Eigentums** im Produktionsbereich und die **Zurücknahme gewisser staatlicher Hoheitsfunktionen** (z.B. im Schul- und Hochschulwesen), das heißt: als oberste Instanz für das Schicksal eines Unternehmens (welcher Art auch immer) fungiert nicht mehr der Staat bzw. der private Kapitaleigner, sondern das jeweilige Arbeitskollektiv. **Das Arbeitskollektiv hat zu entscheiden:** Weg der Selbstverwaltung oder traditioneller Weg. 2. Alle selbstverwalteten Unternehmen, also jene, die keine private Kapitalbildung bezwecken, das Profitprinzip ablehnen und Lohnarbeit ausschließen, bekommen für die Durchführung ihrer Aufträge die erforderlichen **Kredite von der Bundesbank.**

Damit wären die strukturellen Bedingungen geschaffen für die Entwicklung der Gesellschaft in Richtung einer Selbstverwaltungsrepublik. Selbstverwaltung würde sich immer in dem Maße realisieren, wie die Menschen dies wollen und vermögen.

Wir werden uns energisch dafür einsetzen, daß die entsprechenden politischen Entscheidungen – parlamentarisch oder plebiszitär – getroffen werden. **Der plebiszitäre Weg** des demokratischen Entscheidens ist der Weg der Selbstverwaltung im politischen Bereich. Alles, was die Menschen in Zukunft für alle gemeinsam – also durch Gesetz – regeln wollen, wird nur insoweit vom einzelnen Bürger mitbestimmt und mitverantwortet sein, als es zumindest potentiell aus politischer Selbstverwaltung, d.h. aus direktdemokratischen Entscheidungen hervorgegangen ist. Dies stellt uns heute die Aufgabe, mit Nachdruck die Verwirklichung des Grundgesetzes zu fordern, das in seinem Artikel 20 ja festlegt, daß die Volkssouveränität sich nicht nur im Wählen erschöpft, sondern auch unmittelbar durch Abstimmungen sich manifestieren soll. Die Aktion Volksentscheid hat die Initiative ergriffen und dem Bundestag in einer Petition die Kriterien für ein Bundesabstimmungsgesetz (= Grundbedingung politischer Selbstverwaltung) vorgelegt. Doch ohne massiven öffentlichen Druck ist es eher unwahrscheinlich, daß der Gesetzgeber im Sinne der Petition handeln wird.

III

Solange diese strukturellen (politischen) Bedingungen für die Selbstverwaltung des öffentlichen Lebens im wirtschaftlichen, kulturellen und staatlichen Bereich nicht erfüllt sind, versuchen wir trotz aller Hindernisse den eingeschlagenen Weg praktizierter Selbstverwaltung – soweit es die geltenden Gesetze zulassen – fortzusetzen und auszubauen. **Schon heute gilt: Je mehr Selbstverwaltung, desto weniger Staat und Kapitalismus. Wer das will, ist aufgefordert, einzusteigen.** Einzusteigen, indem er (der Mensch) mit seinen Fähigkeiten bzw. seinem Unternehmen sich assoziiert mit dem Unternehmensverband der Aktion Dritter Weg oder sich verbindet mit einem selbstverwalteten Arbeitsfeld verwandter Art. Oder einzusteigen, indem er mit Kredit oder Schenkung diese Zusammenhänge für die Erfüllung der Aufgaben, die sie sich gestellt haben, unterstützt.

Wer erkannt hat, daß es eine Lösung der großen gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit nur geben kann, wenn die Menschen von unten die Verantwortung für die zukünftigen Entwicklungen übernehmen, der wird einsteigen, wenn diese Erkenntnis sein Herz und seinen Willen ergriffen hat. Er wird dann durch sein konkretes Engagement, durch seine Tat ein Zeuge sein dafür, daß

1. Der Einsatz der Fähigkeiten in der **Arbeit Menschenpflicht** und darauf gerichtet ist, den jedem Einzelnen im Maße seiner Möglichkeiten liegenden Beitrag zu leisten zur Deckung des Bedarfs der Gemeinschaft;
2. das **Einkommen** als von dieser Pflicht unabhängiges **Menschenrecht** anzusehen und entsprechend zu realisieren ist;
3. das **Kapital** des Unternehmens den je Tätigen treuhänderisch zur Verfügung steht, aber **nicht privates Eigentum** sein kann;
4. mit erwirtschafteten **Überschüssen** aufgrund entsprechender Vereinbarungen Arbeitsfelder versorgt werden, die für ihre Leistungen keine oder keine hinreichenden Einnahmen erzielen können;
5. alles, was hinsichtlich der Arbeit, der Einkommen, des Kapitals und des Ausgleichs der Kassen einzelbetrieblich und im Verbund der Unternehmen zu gestalten ist, wird durch die jeweiligen **Organe der Mitarbeiterselbstverwaltung** beraten und einmütig entschieden.

Das sind die Kriterien der Aktion dritter Weg.

Wenn das Arbeitsleben einmal insgesamt auf diesen Grundlagen aufbaut, sind alle strukturellen Bedingungen geschaffen für ein menschengemäßes und naturgerechtes Wirken. Aus der Lebenspraxis werden sich dann frei jene Einrichtungen bilden, die geeignet sind, die Produktionsentwicklung der Bedarfsentwicklung anzupassen **(Assoziationen). An Stelle der Konkurrenz tritt die Kooperation und die gegenseitige Hilfe.** Die Grenzen des Sozialen werden dann nicht mehr durch die Strukturen bestimmt sein, sondern nur noch durch die Fähigkeiten bzw. die augenblicklichen Grenzen der Fähigkeiten der Menschen selbst – offen für das künftige Werden.

Wilfried Heidt

Konkurrenz belebt die Inhalte ~auch im Sozialbereich

(Red. Bremen) **In Hamburg hat sich ein neuer Verband gegründet** (wie das?, der Setzer), **der als qualitativ neues Moment den Versuch von Konkurrenz in Zielen und Arbeitsweisen gegenüber den traditionellen Wohlfahrtsverbänden wagt: Ein Dachverband als Interessenvertretung von Initiativen im Sozialbereich (siehe CONTRASTE Juli/August).**

Daß bereits im Vorfeld die linksüblichen Quengeleien durch unterschiedliche Fraktionen das – gerade in der Sozialarbeit – angestrebte Prinzip gemeinsamen solidarischen Handelns peinlichst diskreditierten und dem etablierten Lager somit wieder einmal erleichternd nachgewiesen wurde, daß linkes Bewußtsein im Menschen nicht notwendig tolerante und reflektierte Gesprächs- bzw. Verkehrsformen bevorzugt – über dies alles möchte ich lieber schweigen (denn schließlich kennen wir Linken uns ja zur Genüge).

Vielmehr scheint es mir interessanter, darzustellen, was ein Wohlfahrtsverband bisher für Funktionen besitzt. In Gesprächen mit ‚Nichtsozies' wurde mir eigentlich immer deutlicher, daß kaum jemand ausreichend über diese Organisationen informiert ist und daher auch nicht die Probleme eines neuen Verbandes abschätzen kann:

Wohlfahrtsverbände (WV) sind Produkte moderner Industriegesellschaften, in denen der Staat in zunehmenden Maße in die Privatsphäre gesellschaftlicher Subjekte und in den Bereich ihrer Gruppen und sozialen Formen eingreift. Dabei übernimmt er (der Staat) zugleich mit den entsprechenden Rechtsauffassungen die soziale Verantwortung und Leistungsverpflichtung. Innerhalb dieser Entwicklung zum ‚Wohlfahrtsstaat' kamen und kommen den traditionellen **freien Trägern** der verschiedenen Branchen von Sozialarbeit (oder auch Wohlfahrtspflege) als Gegengewicht zu staatlichen Alleinansprüchen besondere Bedeutung zu. Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband (DPWV), Caritas, Arbeiterwohlfahrt u.a. gehören nun zu den 6 Spitzenverbänden der **freien Wohlfahrtspflege**, bilden also die Interessenvertretung, die Lobby von sozialen Einrichtungen gegenüber Staat und Öffentlichkeit.

Als solche sitzen sie in den relevanten Fachausschüssen, sowohl auf kommunaler als auch auf Bundesebene: Zum Beispiel im Jugendwohlfahrtsausschuß (JWA), in dem sie sich anregend und fördernd mit den Aufgaben der Jugendwohlfahrtspflege befassen. Dieser JWA ist zu Entscheidungen und Rechtshandlungen im Bereich des Pflegekinderschutzes, freiwilliger Erziehungshilfe und der Heimaufsicht befugt. In diesem Rahmen arbeiten die WV natürlich eng mit den Behörden zusammen (Jugend- und Sozialämter, Landesbehörden, Bundesministerien). Um einmal die Aufgaben zu konkretisieren: Eine therapeutische WG ist Mitglied im DPWV. Sie kann dann z.B. die komplizierten Pflegesatzverhandlungen mit den Behörden durch den Verband führen lassen, kann sich Wirtschaftlichkeitsrechnungen aufstellen lassen, kann sich Möglichkeiten und Tricks nennen lassen, wie man den Behörden und anderen Finanzquellen mehr Geld aus dem Kreuz leiert, kann sich in allen Rechtsfragen beraten lassen, kann über den Verband in den relevanten Bundesarbeitsgemeinschaften mitarbeiten, in denen Konzeptionen und Richtlinien perspektivisch entwickelt werden usw.

Diese Beispiele mögen auf den ersten Blick befriedigend wirken, doch wer im Sozialbereich arbeitet und die traditionellen Wohlfahrtsverbände näher kennt, weiß auch um deren Unbeweglichkeit. Auf die vielfältigen innovativen Momente der neuen politisch-kulturellen Bewegungen, die sich gerade im Sozialbereich niedergeschlagen haben, reagierten die Wohlfahrtsverbände nur sehr schwerfällig. Konkrete Kritikpunkte, die übrigens einige Ähnlichkeiten mit denen gegenüber den Gewerkschaften aufweisen, sind folgende:

- obwohl die Wohlfahrtsverbände über beste Kontakte zu Behörden und Landesregierungen verfügen, sind sie kaum in der Lage, auf aktuelle Gesetzentwürfe, Umstrukturierungen, neue Richtlinien (z.B. Kürzungen im Sozialbereich, Umwandlungen von stationären Einrichtungen in ambulante) unmißverständlich und in der geforderten Parteilichkeit für ihre Klienten bzw. Mitglieder zu intervenieren.
- zentralistische Strukturen der Verbände behindern eine schnelle Behandlung aktueller Themen, die sich häufig genug in bürokratisierten Arbeitsweisen verhaken und verheddern.
- das Auftreten der Wohlfahrtsverbände in der Öffentlichkeit im Sinne einer Lobby z.B. Aufklärung über Ursachenzusammenhänge der wachsenden Pauperisierung in den Städten und damit verbundenen Probleme für jede Art von Sozialarbeit, geschieht nicht offensiv genug oder unterbleibt völlig.
- neue Erkenntnisse und Erfahrungen aus selbstverwalteten Sozialprojekten werden eher als exotisch behandelt, und nicht angemessen unterstützt oder ausgewertet. Deutlich zu erkennen daran, daß die von den Wohlfahrtsverbänden getragenen Einrichtungen entsprende Erkenntnisse erst Jahre später konzeptionell aufgenommen werden – sei es die Entstehung von Jugendwohngruppen oder seien es neue Aktivierungsansätze im geriatrischen Bereich.

Der neue Wohlfahrtsverband oder Dachverband sollte also in der Lage sein, diese Defizite zu verändern. Eine **Satzung**, die bisher von dem alternativen Verband vorliegt, reicht bei weitem nicht. Sie erscheint mir vielmehr als eine Willensbekundung, die sicherlich im Vorfeld des Entwicklungsprozesses wichtig ist. Die Satzung ist allerdings nicht interpretierbar als das Ergebnis einer

gemeinsamen, ausführlichen, konfliktfähigen Auseinandersetzung innerhalb der Initiativen und Sozialprojekte. Geschweige denn als Ergebnis von Vorgesprächen mit den Ämtern und Behörden, mit denen die Sozialprojekte notwendigerweise zusammenarbeiten müssen.

Es ist lange an der Zeit, daß die Wohlfahrtsverbände mal den Wind von vorn spüren, vor allem, wenn er aus der gleichen Branche weht, doch sei gewarnt vor dilettantischen Versuchen, ihnen ‚das Handwerk zu legen'.

Annette Schröhr

KOLLEKTIVE VERSICHERUNGSAGENTUR
ALFRED & KLAUS

Sondertarife
Unfall-Versicherung
für genossenschaftliche
Betriebe

Wir versichern Personen, Gruppen, Betriebe, Sachen, Projekte und vieles mehr.
Märkische Straße 53 4000 Düsseldorf
0211 – 281091 (10 – 15 Uhr)

Wollstoffe
Naturbelassene Qualität, 150 cm breit, ab DM 9,50 ... Ideal für Kleidung, Vorhänge, Spieltücher ... Wir bieten die Stoffe auch **pflanzengefärbt** an.
Außerdem bei uns erhältlich:
Maienfelder Naturkosmetik
Muster gegen ca. 2,– DM in Briefmarken anfordern bei:
Wollstoff-Versand
Martin Luckscheiter Christine Rink GbR
Krebenstraße 27
7312 Kirchheim

Wir haben das komplette Lieferprogramm!
Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier
Briefumschläge
Versandtaschen
Briefpapier
Selbstklebende Etiketten
Cartoon-Kalender 86
Jahresplaner 86
Computerpapier
Schreibunterlage 60 × 42
...und vieles mehr
Katalog anfordern
(3 DM in Briefmarken)
blätterwald eG
Postfach 5129,
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171 / 7811

Bio macht sich ~ und die Selbstverwaltung?

Vom 6. bis 8. September fand in Velbert die Müsli '85 statt, als „2. Bundesweite Ausstellung der Mitgliedsfirmen im Bundesverband Naturkost e.V.". Der Bundesverband war 1983 anläßlich der Müsli-Messe in der Krebsmühle in Oberursel gegründet worden und ist eine bunte Mischung aus Großhändlern, Verteilern, Naturkostläden, Anbauern und Beratern. Im Zentrum der Arbeit steht das „ernsthafte Bemühen um ehrliche Naturkostprodukte".

Von der geschäftlichen Seite war diese 2. Müsli ein großer Erfolg. Schon an den beiden ersten Öffnungstagen knubbelten sich die Leute in den Gängen und vor der Essensausgabe.

Der Naturkost-Einzelhandel kann sich nicht so unbekümmert über die Expansion des Bio-Marktes freuen. Was sich seit langem schon abzeichnet, das wachsende Interesse großer kommerzieller Händler an Naturkost, wurde den Bioläden bei der gutbesuchten Podiums-Diskussion „Kommt der Bio-Supermarkt" hautnah vorgeführt. Auf der Bühne saßen neben dem „Inhaber des Naturkost-Ladens 'das Grüne Lädchen' " und dem „Inhaber des Naturkost-Zwischenhandels 'Löwenzahn' " (früher hätte man das noch Kollektivmitglieder genannt) der „Inhaber des Naturkost-Großhandels 'Rapunzel' " und dann zwei waschechte Handelskapitalisten. die Inhaber der Firmen „Alnatura" und „Reine Naturprodukte". Die beiden Supermarktprofis argumentierten sehr überzeugend. Sie wollen dafür kämpfen, daß die guten Naturkostprodukte nicht einer kleinen Elite vorbehalten bleiben, sondern an breite Käuferschichten herangebracht werden. Alnatura will weg vom Pseudo-Bioregal im Supermarkt, stattdessen sollen innerhalb von Supermärkten Naturkost-Fachgeschäfte eröffnet werden, mit geschultem Personal. Mit der Drogeriemarktkette „DM" und der Firma Teegut zusammen wird an diesem Unternehmenskonzept gearbeitet, „das sinnvoll für Mensch und Erde ist". In guter anthroposophischer Tradition denkt der Inhaber auch daran, die Mitarbeiter in den Naturkostfachgeschäften an Entscheidungen und Gewinnen zu beteiligen.

Der auf eigenen Wunsch zusätzlich auf's Podium geladene Herr Grosch, Geschäftsführer des Bioland Anbauerverbandes (mit ca. 900 Mitgliedsbetrieben), machte den Zuhörern und Zuhörerinnen klar, daß den Bauern der Absatz ihrer Produkte nicht mehr schnell genug geht: „Es kommt zu wenig Naturkost an den Verbraucher, es gibt Druck von den Bauern ... Schon jetzt fangen die Bauern an, sich gegenseitig zu unterbieten".

Die Argumente der alternativen Naturkostszene waren wenig überzeugend. Viele klagten, daß ihnen ihre Ideen gestohlen werden („Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan ..."). Den Handelskapitalisten ginge es doch gar nicht um die Sache, sondern nur um den Profit, jetzt würden also noch die letzten Reservate alternativer Kultur kolonialisiert.

So verständlich dieser Unmut der Ladnerinnen und Ladner ist, so wenig vermag er im Kampf um Märkte und Käufer/innen auszurichten.

Im Laufe der Diskussion bekam ich zunehmend den Eindruck, daß der Bio-Bereich kaum noch „Alternative Ökonomie" ist. Als größter Marktbereich der „Alternativen Ökonomie" fehlen dem Bio-Bereich klare Strukturen der Selbstverwaltung. Von außen drohen die Supermärkte, und von innen die Szene-Selbständigen. Wenn der alternative Biohandel neben den guten Produkten nicht auch antikapitalistische Betriebsstrukturen anbietet – welche Chance hat er dann zu überleben?

Wolfgang Beywl

Tagungen... Seminare... Treffen

SELBSTHILFE IM SOZIALSTAAT
Werkstattgespräch der Kommission Sozialpolitik beim SPD-Parteivorstand am 14.10.85, 11 Uhr im Ollenhauer-Haus, Bonn
Anmeldungen:
z.Hd. von Frau Dr. Helga Henke-Berndt
Erich Ollenhauer Haus
5300 Bonn 1

FORUM SELBSTHILFEGRUPPEN vom 20.-22.10.85 in Bonn

Das FORUM plant für diesesmal ein Treffen mit der Fraktion der GRÜNEN im Bundestag zu folgenden Themenkomplexen:
- Erfahrungen von Selbsthilfegruppen mit öffentlichen Körperschaften (Staat, Gemeinden, Verbänden)
- Gibt es eine „Grenze" zwischen Selbsthilfe und Fremdhilfe/wo wird sie aus der Sicht der Praxis gezogen/ worin zeigt sich das Spezifische der Selbsthilfeinitiativen/was heißt Selbstorganisation?
- Forderungen aus der sozialpolitischen Praxis an die Regierung, an die Parteien, insbesondere an die Bundestagsparteien? Können die GRÜNEN nach Meinung der Gruppen in besonderer Form initiativ werden?

Anmeldung und Information bei:
Stiftung DIE MITARBEIT
An der Esche 2
5300 Bonn 1
Tel.: (02 28) 63 00 23

AG SPAK

Alternative Ökonomie
Soziale Sicherung in Selbstverwalteten Projekten, Selbsthilfe-Projekten und Betrieben.
Termin: 8.-11.11.85
Ort: Bielefeld
Anmeldung und Anfragen:
Ingrid Wolscher
AJS Läufertsmühle
6934 Neckargerach
oder:
AG SPAK
Bundersgeschäftsstelle
Kistlerst. 1
8000 München 90

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

WOCHENENDSEMINARE – BILDDUNGSURLAUB
28.10. – 1.11. **Selbsthilfe in kleinen Gemeinschaften**
4. – 8.11. **Zukunftswerkstatt**
18. – 22.11. **Müll und Abfälle**
9. – 13.12. **Ökologische Kommunalplanung**
Anfragen: Energie- und Umweltzentrum am Deister e.V., 3257 Springe-Eldagsen, Tel. 05044/3 80 (ausführliches Seminarprogramm für 1,30 DM in Briefmarken).

Projekt~Messe

Im November soll sie stattfinden, vom 1.-3. und zwar in der Stadthalle zu Kirchberg. Am 31.10. ist Aufbautag und Fete für die Aussteller.

Na ja, immerhin ca. 30 Projekte und Einzelpersonen aus dem Bereich zwischen Rhein, Nahe und Mosel, Alternativbetriebe mit dem Anspruch um-und innenweltfreundliche Produkte herzustellen oder zu vertreiben, möglichst ohne Chef auszukommen, soziale Initiativen, mit der Intention jugendlichen und erwachsenen Arbeitslosen Perspektiven aufzuzeigen, auf die staatliche Behörden nicht kommen und andere, die durch eine völlig andere Art des Zusammenlebens auch z.B. Behinderten die „Würde des Menschen..." zukommen lassèn und nicht zuletzt die vielfältigen alternativen Künstler der Subkultur, die Friedens- und Antimilitarismusbewegung, versuchen sich in den drei Tagen der Hunsrücker Bevölkerung vorzustellen.

Im Rahmenprogramm wird es Spitzenmusik von Blues Express geben, der Autor Diethelm Damm (Arbeitsplätze selber schaffen, finanzieren und behalten) hält zum aktuellen Thema „Arbeitslosigkeit" einen Vortrag und der Landwirt Richard Steitz wird laut zur biodynamischen Landwirtschaft überlegen. Der Kulturphilosoph Bertrand Stern stellt zur Debatte ob „ökologische Eltern" zwangsläufig auch „ökologische Kinder" zeugen und die Rotznasen aus der Pfalz, sowie das Spielmobil vom BDP sorgen für die „herzhafte" Stimmung der Mühseligen und Beladenen.

Wenn es gelänge, gemeinsam mit der interessierten Bevölkerung nach Antworten zu suchen auf Fragen:
- Wie kommen Landwirte ohne künstlichen Dünger und Pflanzenschutz aus?
- Können biologisch anbauende Winzer für schadstoffreien Wein garantieren?
- Gibt es vollwertige Lebensmittel ohne Gifte und Rückstände?
- Wie steht es mit Baumaterialien, die für Mensch und Umwelt gleichermaßen ungiftig sind?
- Sind Betriebe ohne Chef, bei gleicher Arbeitsverteilung und gleicher Bezahlung aller Beschäftigten möglich?
- Müssen wir immer mehr Land, Geld und Ruhe für die Militärs hergeben?
- Wie können wir mit unseren Kindern leben ohne Rohrstock und allerlei Zwangsmaßnahmen?
- Was für eine Zukunft können wir im Hunsrück erwarten, wenn wir hier leben und arbeiten wollen?
- Für welche Bereiche gibt es umweltgerechte Produkte, die dem Verbraucher nutzen und die Umwelt nicht zerstören? (z.B. Umweltschutzpapier)
- Können wir eine Bank schaffen, die mit unseren Spargeldern umweltgerechte Produkte fördert, aber keine Groß- und Militärindustrie und Ausbeuter der 3. Welt?
- Müssen wir uns den Hunsrück bald ohne Wald vorstellen? Was kann jeder einzelne zur Rettung der Natur beitragen?
- Was freut uns ohne uns zu verblöden? Eigenes Spielen und Treiben statt Dallas und Sesamstraße?
- Was verbindet uns Menschen miteinander im Alter, bei Krankheit und mit Behinderten?

dann würde die Projekt-Messe zu einem Erfolg, der unsere Erwartungen übertrifft. Wir jedenfalls erhoffen uns das!

JUGENDHOF BESSUNGER FORST

Seminarprogramm

Der Jugendhof Bessunger Forst veranstaltet eigene Kurse in Zusammenarbeit mit dem Paritätischen Bildungswerk Hessen (PB) für den Bereich der Erwachsenenbildung.

Vorwiegend in Zusammenarbeit mit dem Bund Deutscher Pfadfinder (BDP) bieten wir Seminare und Bildungsurlaube für Jugendliche an.

Der Preis für die aufgeführten Veranstaltungen beinhaltet Verpflegung und gegebenenfalls die Übernachtung.
Man kann den Jugendhof auch für eigene Veranstaltungen und Freizeiten anmieten. Auch dann sind wir bereit, Angebote zu machen und zu beraten, wie:
- Fahrradverleih
- Siebdruck- und Fotowerkstatt
- naturkundliche Wanderungen

und vieles mehr.
Preise bei Fremdbelegungen:
- Selbstverpflegung DM 12,–
- Vollverpflegung DM 27,–

Der Jugendhof ist eine Bildungsstätte, die seit 18 Jahren selbständig arbeitet. Der Betrieb finanziert sich überwiegend aus den Einnahmen der Beleger. Anmeldungen und Anfragen an:
Jugendhof Bessunger Forst
Aschaffenburger Str. 185
6101 Roßdorf 1
Tel.. 06151/145171

Buchhaltungs- und Finanzierungsfragen für selbstverwaltete Betriebe und soziale Projekte
Diese Reihe mit Tageskursen soll hier fortgesetzt werden mit den Schwerpunkten:
- Personalbuchhaltung
- Steuergesetze
- Finanzierungsmöglichkeiten

Termine nach Absprache, jeweils samstags ganztägig, bis einschließlich Dezember
Leiter: Rolf Klatta, Conny Wicht
Teilnehmergebühr: je DM 10,–

Beobachtung von Fließgewässern
Es werden Möglichkeiten gezeigt, heimische Bäche und Flüsse zu beobachten und zu untersuchen. Dazu werden einfache chemische und biologische Kenntnisse zum Beurteilen der Gewässergute vermittelt.

Es werden Ergebnisse von bereits durchgeführten Beobachtungen dargestellt und so Probleme von kleineren und mittleren Fließgewässern in Ballungsgebieten aufgezeigt.
18.10. bis 20.10.85, Beginn 18.30 Uhr
Leiter: Heimo Borchert, Margit Maul
Teilnehmergebühr: DM 60,–

Clownskostüme selber nähen
Es sollen Clownskostüme für Theater und Akrobatik, Spiele und Aktionen selbst hergestellt werden.

Ziel ist der kreative Umgang mit Textilien. Eigene Vorstellungen von Kostümen sollen entwickelt und verwirklicht werden.

Teilnahme auch ohne Vorkenntnisse möglich.

Mitgebracht werden kann (wenn vorhanden) Nähmaschine, Stoffe, Garn und Deko-Accessoires.
11.10. bis 13.10.85
Leiterin: Heidi Merle
Teilnehmergebühr: DM 60,–

Ökologie und Kommunalpolitik
In den letzen Jahren wurde die Kommune als politischer Kristallisationspunkt (wieder-)entdeckt. Es hat sich herausgestellt, daß gerade Umweltpolitik nicht nur von der großen übergreifenden Idee lebt. Genauso wichtig ist die zähe Auseinandersetzung mit den Problemen vor Ort; das Wissen von ihrer Existenz und ihre Lösungsmöglichkeiten.

Ziel des Seminars ist es, die ökologischen Probleme der Stadt Darmstadt und des Rhein/Main/Neckar-Verdichtungsraumes aufzuzeigen und Alternativen, insbesondere für die Kommunalpolitik, zu entwickeln.
8.11. bis 10.11.85
Leiter: Manfred Staab
Teilnehmergebühr: DM 60,–

Frauen und Technik
Elektrik – Kurs für Frauen
BDP – Bildungsurlaub
Elektrizität im Alltag, wie hilft frau sich selbst?
Frauen dürfen die Wohnung „ihre Küche" selbst einrichten, sind umgeben mit den modernsten elektrischen Geräten und benützen diese ständig. Wie das aber alles funktioniert – von der Erzeugung bis zum Verbrauch, können nur wenige nachvollziehen.

Die beiden Teamerinnen arbeiten als Elektrikerinnen in einem selbstverwalteten Betrieb und können Grundkenntnisse in Theorie und Praxis vermitteln. Ziel soll sein, daß Frauen selbständiger auch mit handwerklichen Anforderungen umgehen können.

Auch ist der Besuch eines Kraftwerkes und Diskussionen zu ökologischen Aspekten der Stromerzeugung und des Problemfeldes Frauen und Technik vorgesehen.
14.10. bis 18.10.85
Leiter: Margit Maul u.a.
Teilnehmergebühr: DM 50,–

anders arbeiten ~ aber wie?

vom 31.10. – 3.11.85, Burg Feuerstein

Arbeiten alternativ – egal in welchem Bereich – wirft viele Fragen auf. Die Projektler kommen nicht darum herum, sich mit Rechts- und Finanzfragen und ähnlichem „Formalkram" herumzuschlagen.

Unser Seminar will Euch den Einblick und die Information in die alternative Betriebswirtschaft geben, die notwendig sind, um ein alternatives Projekt zu gründen.

Der Stoff ist trocken, aber wir versuchen, ihn aufzulockern durch Video-Filme und indem wir Leute aus bereits bestehenden Alternativbetrieben und Projekten aus dem Bereich der Jugendverbandsarbeit einladen, die von ihren Erfahrungen berichten.

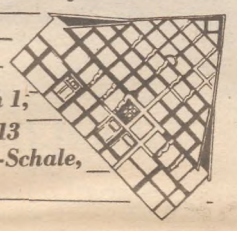
Inhaltlich haben wir folgende Schwerpunkte gesetzt, die von Euch noch erweitert werden können!
- Welche Rechtsform ist für das Projekt sinnvoll?
- im gewerblichen Bereich
- im Sozialbereich
- im Bereich der Jugendarbeit
- Wo kommt das Geld her?
- Planungsrechnungen zur Startfinanzierung
- Planungsrechnungen für den laufenden Betrieb
- Wo und wie kriegt man öffentliche Gelder?
- Wie stellt man einen Antrag auf eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM)
- Wie ist das mit der Selbstverwaltung und der Staatsknete?
- Gelder aus dem Alternativbereich (Netzwerk und Ökofonds)
- Was gibt's sonst noch für Finanzierungsmöglichkeiten?

Anmeldung und Information:
NETZWERK MÜNCHEN
Kistlerstr. 1
8000 München 90
Telefon: 089/69 80 67

Letzter Termin!

Red. Bremen **Die Bundesregierung, über BMFT und BMW, bezuschußt Lohnkosten für Personal im Forschungs- und Entwicklungsbereich, zum Teil noch rückwirkend. Die Höhe des Zuschusses kann bis zu 55 % der Lohnkosten betragen.**
Die Arbeit muß im Labor, Forschungsabt., Konstruktionsbüros o.ä. erfolgen. Forschung und Entwicklung bedeutet in diesem Zusammenhang „die Gewinnung von neuen wissenschaftlichen oder technischen Erkenntnissen und Erfahrungen allgemeiner Art oder die Entwicklung von Erzeugnissen oder Herstellungsverfahren oder die Weiterentwicklung von Erzeugnissen oder Herstllungsverfahren". Antragsberechtigt sind Unternehmen des Prodzierenden Gewerbes sowie Unternehmen, die sich mit der Züchtung landwirtschaftlicher Nutzpflanzen befassen. Die Unternehmen dürfen nicht mehr als 200 Mio DM Jahresumsatz sowie nicht mehr als 1.000 Beschäftigte haben.
Weitere Informationen und Antragsunterlagen sind bei der „Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AIF) oder den örtlichen Industrie- und Handelskammern zu erhalten.
Der **letzte Termin** *für die Antragstellung ist der* **30. Nov. 1985**
Beratungsgruppe Netzwerk Bremen

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.



zum Osteresch 1,
tel. 05457/1513
4447 Hopsten-Schale,

Oktober

AUF DEM WEG ZUR „SELBSTÄNDIGKEIT"
Brigitte Siegel
Fr. 11.10.85 bis So 13.10.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

MÜTTERARBEIT IN SOZIALEN BERUFEN
Anne Häussler/Doris Scharf-Häussler
So 13.10.85 bis Fr 18.10.85
Kosten: DM 150,–

FEMINISTISCHE MÄDCHENARBEIT – EINE EINFÜHRUNG
Angelika Müller
Fr 18.10.85 bis So 20.10.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

LEBEN – mittel-mittelmäßig-mitte - lebensmitte-Lebensmittel
Mechthild Buschmann
So 20.10.85 bis Fr 25.10.85
Kosten: DM 190,– bis 250,–

LIEBE – EIN PATRIARCHALER MYTHOS?
Gisela Kretzschmar
Fr 25.10.85 bis So 27.10.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

NICHT WIE DAS VEILCHEN IM MOOSE ...
Gisela Kretzschmar
Mo 28.10.85 bis D0 31.10.85
Kosten: DM 150,– bis 200,–

November

DAS UNDENKBARE DENKEN – SPÜREN UND TANZEN
Karin Völkel
Fr 1.11.85 bis S0 3.11.85
Kosten: DM 110,– bis 150,–

SANITÄRINSTALLATIONEN
Inge Kupetzki
So 3.11.85 bis Fr 8.11.85
Kosten: DM 190,– bis 250,–
Materialkostenbeitrag: DM 15,– bis 20,–

BIOENERGETIK FÜR LESBEN
Ursula Paul
Fr 8.11.85 bis So 10.11.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

YOGA UND FRAU SEIN
Adelheid Ohlig
So 10.11.85 bis Fr 15.11.85
Kosten: DM 190,– bis 250,–

ARBEIT BEZAHLT MACHEN
Helga Steinmeier/Karin Linde
Fr 15.11.85 bis So 17.11.85
Kosten: DM 80,– bis 120,–

Bildungswerk Leben und Umwelt

Unsere täglichen Umweltsünden
Von Freitag, 25. Oktober bis Sonntag, 27. Oktober 1985; Beginn 18.00 Uhr, Ende 13.00 Uhr
Meldungen über schleichende Umweltgifte, über den Fortgang des Waldsterbens, der Gewässer-, Luft- und Bodenbelastung erreichen uns täglich.

Wo stehen wir als Verbraucherinnen und Verbraucher, wie reagieren wir auf die widersprüchliche Bewertung der „Lage der Umwelt"? Wo ändern wir unser alltägliches Konsumverhalten und welche Erfahrungen machen wir damit? Woran scheitern unsere guten Vorsätze? Welchen Einfluß können wir auf andere haben und was können wir für eine ökologische Verbraucheraufklärung tun?

Diese Fragen zum umweltbewußteren Verbraucherverhalten wollen wir anhand von Alltagsbeispielen behandeln. Als ökologische Inhalte sollen im Mittelpunkt stehen: „Chemie in Haushalt und Garten", „Verpackungsmaterialien und Abfallbeseitigung", „Ernährung", ‚Energie und Auto" Im Gespräch und im Rollenspiel wollen wir sowohl unser eigenes Handeln kritisch unter die Lupe nehmen als auch Möglichkeiten der politischen Einflußnahme als Verbraucher diskutieren.

Anmeldung:
Bildungswerk Leben und Umwelt
Alte Schule
3413 Fredelsloh
Tel.: 05555 - 522

AUFRUF

Als typisches Alternativprojekt (viel Chaos, viel Idealismus, wenig Geld) ist jetzt auch bei uns der Zeitpunkt gekommen, wo wir G E L D brauchen. Keine Spenden natürlich, sondern nur leihweise, als Kredit. Das Projekt hat zwar eine glänzende Zukunft, wie jeder leicht einsehen wird (es kann nur noch besser werden), steht zur Zeit jedoch noch etwas auf tönernen Füßen. Deshalb wollen wir möglichst kleine und viele Kreditbeträge. Und damit das mit den Zinszahlungen nicht so umständlich wird, wollen wir anstelle von Zinsen die CONTRASTE kostenlos anbieten. Bezogen auf 200 DM bedeutet die kostenlose Überlassung der CONTRASTE eine 12%ige Verzinsung im Jahr (= 24 DM eingespart). Dabei denken wir an 2-4jährige Laufzeiten – solange gibt es dann auch die CONTRASTE umsonst (für schon bestehende Abos gibt es eine entsprechende Aboverlängerung).

Sicherheiten gibt es keine – d.h. die 200 DM sind echtes Risikokapital. Also: Noch heute den Darlehensvertrag anfordern!

. . . . . .

Hiermit möchte ich Euch einen 200-DM-Kredit anbieten und bekomme dafür die CONTRASTE während der Laufzeit des Kredits umsonst.

Ich habe schon abonniert.
Meine Adressaufkleber-Nr. . . . . .

. . . . . .
Name, Adresse

Datum, Unterschrift: . . . . . .

CONTRASTE action

Ich habe als ABONNENT/IN geworben

Name: . . . . . .

Adresse . . . . . .

Die Überweisung von 42 DM/36 DM ist auf das
Postscheckkonto 383687-607
Postgiroamt Frankfurt, BLZ 500 100 60 (Jutta Gelbrich) erfolgt.
Als Werbegeschenk möchte ich

- O Umweltfreundliches Schreibset (UWS-Block und Holzkugelschreiber)
- O Projektmesse-Reader 1984, herausgegeben vom Hessischen Verband der selbstverwalteten Betriebe
- O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 7,– DM (statt 14,– DM) „Schatz im Silbersee". Ein Finanzierungsleitfaden für selbstverwaltete Betriebe und Projekte
- O Unser Geldrausch – neue Wege zur Finanzierung kollektiver Produktionsmittel
- O zum CONTRASTE-Spezialpreis von nur 3.– DM (statt 18.– DM) den „Provinz-Film-Katalog", 220 Seiten, mit Zusammenstellung von ca. 100 Provinz-Filmen, Filmarbeit in der Provinz-Modelle von Programm-Kinos in der Provinz und einer Bestandsaufnahme der Kinos in der Provinz

Name des Werbers/der Werberin: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Datum, Unterschrift . . . . . .

Leserbriefe

Liebe Ladner/innen,
vor geraumer Zeit bekamen wir, von der Vollkornbäckerei Lummerland, mit, wie ein Handelsvertreter (von besagtem „Wirbelwind"-Kollektiv) auf eine ziemlich üble Tour für Wirbel sorgte. Durch Madig machen unserer Produkte wollte er einen Naturkostladen veranlassen, seinen Brotlieferanten zu wechseln, bzw. er wollte ihn weitervermitteln. Er sei im Auftrag besagtem Bäckers unterwegs, da dieser sich ausweiten wollte. Hierbei handelt es sich um die Bäckerei Rauen in Bensheim. Da dies sehr unübliche Methoden sind, zumindest in unserer Branche, rief ich bei diesem Bäcker an, und erfuhr, daß dieser hiervon nichts wußte. Zudem wäre er sowieso ausgelastet. Daher dieser Brief, um zu vermeiden, daß

1.) wir in Verruf geraten, schlechte Backwaren zu liefern,
2.) unserem Kollegen aus Bensheim überhaupt Schlechtes unterstellt wird.

Zudem würde es uns interessieren, ob der oben erwähnte Handelsvertreter noch bei anderen Läden, also Euch, vorgesprochen hat. Wenn ja, so teilt uns dies doch bitte mit: „Lummerland", Schwanenstr. 43, 6800 Mannheim, 0621/792230

Mit vollkörnigem Gruß
Lummerland

Unter dem Titel „Sozialdemokratie und Selbstverwaltung" schrieb Martha in CONTRASTE Nr. 12 einen 500-Zeilen-Beitrag über das Verhältnis von SPD und Genossenschaften im Allgemeinen und Oskar Lafontaines Äußerungen zum Thema im Besonderen.

.... und die Einäugigen fuhren fort, sich die Augen auszuhacken . . . . . .
„...daß der Kampf der Linken in erster Linie gegen die Sozialdemokratie gerichtet sein muß", „Verrat von welthistorischem Ausmaß", ideologisches Integrationsinstrument kapitalistischer Herrschaftsinteressen", „objektive Agentur", (zu „Wonneproppen" Oskars Buch:) „unüberbietbare Phrasenhaftigkeit", „Wortgeschwall", „Ergüsse". So schreibt es jemand, der sich offensichtlich zur linksradikalen Vorhut der Selbstverwaltungsbewegung zählt. In welche neue Gesellschaft will sie uns mit diesen Wörten führen?

Wolfgang Beywl
Mitglied der Kommission Genossenschaftswesen beim SPD-Parteivorstand

---

Es hat offenbar erst Eures Glückwunsches zu meinem Werkvertrag mit dem BMJFG (Bundesministerium für Jugend, Familie u. Gesundheit) bedurft, um mich zu einem CONTRASTE-Abonnenten werden zu lassen – obwohl ich das schon zu WANDELS- bzw. WANDERSBALTT-ZEITEN vorhatte.
Also: ich bitte um Zusendung ab Nr. 11
Noch ein Kommentar zu Eurer Mitteilung in Nr. 10:
Ich fühle mich durch Eure Glosse bzw. Kurzmitteilung ganz gut charakterisiert, auch der Ton ist fein-ironisierend, aber glücklicherweise nicht gehässig. Nur die Abkürzung W. gibt mir zu denken: ist das nun eine wohlmeinende oder eine bösartige Anonymität? Wohlmeinend kann sie doch nicht gemeint sein; denn wenn einer einen Job hat, über den sich alle freuen, kann man/frau ja auch seinen vollen Namen nennen. – Ich hätte jedenfalls nichts dagegen gehabt, zumal darüber ja auch schon mal in der TAZ und im Pflasterstrand – mit ähnlichem Zungenschlag – berichtet wurde.

Aber zugegeben: die Sache ist ambivalent, das ist ja gar keine Frage. Aber wenn ich nicht das Selbstvertrauen gehabt hätte, meine bisherige netzwerkpolitische Linie auch hier durchzuhalten, hätte ich den Werkvertrag auch nicht unterschreiben können. Bisher bin ich jedenfalls nicht umgedreht worden, es hat auch niemand versucht – im Gegenteil: mein Freiraum (besonders durch den Status des selbständigen Forschers – ich bin ja nicht Angestellter des Ministeriums) ist erfreulich groß.

Ich arbeite hier – neben der Bestandsaufnahme, was das BMJFG im Bereich Selbsthilfe tut – auf der Linie der „Antidiskriminierung": d.h. was müßte getan werden, um vorhandene Benachteiligungen der „neuen" Selbsthilfe gegenüber der „bewährten" traditionellen Selbsthilfe (in Wohlfahrtsverbänden) aufzuheben? Dies umfaßt dann den ganzen Bereich der Selbsthilfe-Infrastruktur u. der gesetzlichen Rahmenbedinungen u. Förderungsmöglichkeiten von Selbsthilfegruppen, alternativen sozialen Dienstleistungsprojekten und selbstorganisierten Jugendprojekten – (aber immer nur im „Zuständigkeitsbereich" des BMJFG, da wacht der Rechnungshof drüber – also ohne die eigentliche Wirtschafts- u. Arbeitsmarktpolitik, die für die Alternative Ökonomie von Bedeutung ist).

Wenn Ihr hier bundespolitische Forderungen habt, leite ich diese gern weiter; denkbar wär auch mal ein Gespräch mit Selbsthilfegruppen und sozialen Projekten hier in Bonn. Nur, das alte Problem: wer ist vertretungsberechtigt, wer kann es wagen, für die sozialen Projekte der BRD zu sprechen, wo noch nicht mal die örtlichen Staatsknetegruppen kontinuierlich zu organisieren sind? Eine Bundes-Einladung heute auszusprechen, hieße doch nur Unfrieden stiften. Andererseits könnte ein dauerhafter Erfahrungsaustausch über örtliche und landesbezogene Staatsknete-Erlebnisse eben auch später bundespolitische Forderungen bringen und gleichzeitig die Verhandlungserfahrungen u. damit -positionen in den Ländern u. Gemeinden stärken.

Eine „Ministeriums-Revolution" allein reicht da nicht aus, denn jedes Ministerium, vor oder nach der Revolution, braucht eine Basis, die verwaltet werden kann!

Ich bedaure nur, daß wir die Netzwerke bis zur Unkenntlichkeit dezentralisiert haben – sonst könnte ich hier gleich mit mir selbst verhandeln!

Christian Wend

»Bunte Seiten«

Wer es noch nicht weiß: so soll eine Beilage zur CONTRASTE heißen, in der Hunderte von Adressen von selbstverwalteten Betrieben und Projekten aufgeführt sind, übersichtlich nach Branchen und Regionen geordnet.

Einerseits ist das für die Betriebe eine (preiswerte) Werbung, andererseits erfahren die Leser der CONTRASTE in Stadt und Land mehr über die Betriebe in ihrer Nachbarschaft und über die Vielfalt der Arbeitsbereiche, in denen sich die Betriebe tummeln.

Zwar gibt es in einigen größeren Städten schon Wegweiser zu selbstverwalteten Betrieben und Projekten, doch viele Regionen und (Klein-)Städte in der BRD sind noch weiße Flecken auf der Selbstverwaltungslandkarte. Bundesweit existiert noch kein derartiges Verzeichnis.

Für die Anzeigen bieten wir die drei nachstehenden Größen an: 2-spaltig, Querformat (10,8 x 7 cm), 1-spaltig, Hochformat (5,2 x 14 cm) und die Kleine: 1-spaltig Hochformat (5,2 x 7 cm).

Die Anzeigen werden von uns nach Regionen und Städten geordnet. Zusätzlich wollen wir vermerken, ob der Betrieb schon Mitglied in einer regionalen Selbstverwaltungsorganisation ist. Bitte schickt diese Information mit der Anzeige. Als Preis haben wir DM 60,– für die Großen und DM 30,– für die Kleine festgelegt, eine Summe, die noch unter dem Selbstkostenpreis liegt. Um den Preis so niedrig anzusetzen, brauchen wir von Euch reproduktionsfähige Vorlagen, wenn wir Satz bzw. Gestaltung machen sollen, wird das extra in Rechnung gestellt. Wir können Eure Anzeige nur „verarbeiten", wenn Ihr mit der Druckvorlage einen Scheck schickt oder DM 60,– bzw. DM 30,– auf das Konto der Heidelberger Volksbank (BLZ 672 900 00) Kto.-Nr. 100 183 315 (Dieter Poschen/AG SPAK) überweist.

Für die interessierten Betriebe werden wir für Werbezwecke (Verteilen etc.) zusätzliche Exemplare drucken, die ihr zum (niedrigen) Selbstkostenpreis anfordern könnt.

Redaktionsschluß für die BUNTEN SEITEN ist der 15. Oktober 1985. Die reproduktionsfähigen Vorlagen schickt bitte pünktlich an: Zündsatz, Postfach 104 520, 6900 Heidelberg.

Dringend gesucht

Radio- und Fernsehtechniker, 27 Jahre alt, sucht Arbeit in diesem oder ähnlichem Beruf. Möglichst im Raum Bremen und Umgebung. Ich mache auch andere handwerkliche Arbeiten (Renovieren, Holzarbeiten etc.).
Jörg Muth
An den Beckheuen 25
2733 Breddorf
Tel. 04285/1221

Dipl. Designerin mit verschiedenen Urheberrechten auf dem Gebiet moderne Möbel. Erfahren in praktischer Arbeit. Mitarbeit in einem selbstverwalteten Betrieb wäre erwünscht. Bewerberin ist 24 Jahre alt, hat Hochschulreife und ein vierjähriges Studium an der Fachhochschule für Gestaltung in Schwäbisch Gmünd mit Abschlußprüfung absolviert.

Welche(r) Versicherungskauffrau(mann) hat die Nase davon voll, im normalen Versicherungsbereich zu arbeiten?
Ich suche einen Menschen, die (der) im „fairsicherungsladen" einsteigt und Lust hat, im Kollektiv zu arbeiten. Bitte keine „Abzocker"!!! Bedingt durch ein anderes Selbstverständnis ist nicht viel zu verdienen, aber viel zu tun.
fairsicherungsladen Heiner Stede, Brauhofstr. 1, 3000 Hannover 91, Postfach 911036, Tel.: 0511/442959

Wir suchen 2 Menschen, die sich die Hörner abgestoßen haben und wissen, was sie wollen für den Tagungshausbereich unseres Projektes.
Spezielle Arbeitsbereiche:
- Verwaltung
- Hauswirtschaft/Garten
- Gruppenbetreuung
- inhaltliche Seminararbeit

Darüberhinaus Interesse, sich in anderen Bereichen zu engagieren. Neben der fachlichen Qualifikation erwarten wir Engagement und Fähigkeit zur selbständigen Arbeit.
06263/1643

In unserem selbstverwalteten Betrieb brauchen wir dringend Verstärkung und suchen:

eine/n Fotosetzer/in

für Berthold-Maschinen (cps/tpe) sowie

eine/n Reprofotograf/in

für S/W-Repro, Montage und Kopie. Nähere Auskünfte bei:
windhueter kollektiv,
Heinkelstr. 27, 7060 Schorndorf
Tel.: 07181/61076

Nein, was ... Abonnement!

An alle schon Abonnierten:

Das erste CONTRASTE-Jahr ist voll, wenn ihr nicht rechtzeitig vor Ablauf Eures Abos („Wann war das bloß...?") neu bestellt, müssen wir den Versand an Euch leider einstellen. Und das würde doch beiden Seiten leidtun, oder nicht? Schließlich bringt Euch die CONTRASTE exklusiv alles zum Thema Selbstverwaltung jeden Monat frisch auf den Tisch. Und so soll es bleiben. Eine Bitte noch: auf Eurem Adressaufkleber befindet sich eine Vertriebsnummer. Wenn Ihr diese bei der Überweisung angebt, haben wir weniger Arbeit bei der Aboverlängerung.
Also nochmals unser Rat: rechtzeitig neu bestellen befördert die CONTRASTE ein Jahr länger von uns zu Euch und damit maximale Zufriedenheit für beide.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Name: . . . . . .

Adresse: . . . . . .

Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . . .

Abo DM 24,– für Kollektive oder Arbeitslose, Studenten und Schüler/ sonst DM 36,– (incl. Versand)
Coupon ausgefüllt an Jutta Gelbrich, c/o Krebsmühle-Druckerei, Niederurseler Str. 7, 6370 Oberursel 5, einsenden und bitte sofort das Geld auf das Konto: Postgiroamt Frankfurt/Main, (BLZ 500 100 60) Konto-Nr. 3836 87-607 (J. Gelbrich) überweisen!